

Elke Gillardon

ANKLAGE

Chronologie einer Hexenjagd

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2019 Elke Gillardon • Alle Rechte vorbehalten

Jegliche Haftung für die in diesem Buch getätigten Angaben sind ausgeschlossen, da
trotz sorgfältigster Recherche Fehler nicht ausgeschlossen werden können. Sollten
Rückschlüsse auf existierende Personen in der Weise gezogen werden, dass deren
Handlungen sich als rechtswidrig erweisen, so ist gleichfalls hierfür jegliche Haftung
ausgeschlossen, da es sich diesbezüglich ausnahmslos um Personen des öffentlichen
Lebens bzw. um Grundrechtverpflichtete handelt.

ISBN: 9781090380289

»Der Aufruhr, den eine Wahrheit verursacht,
ist direkt proportional dazu,
wie tief der Glaube an die Lüge war.«

Verfasser unbekannt

Für meinen Vater,
der mich viel zu früh verlassen hat.

Dieses Buch widme ich all jenen,
die den Weg der Wahrheit gehen,
und all denen, die diese
wahrhaft Mutigen
durch ihre Taten unterstützen.

In jedem Ende ist ein Anfang.

PLAYLIST

Final Masquerade – LINKIN PARK

Air – Johann Sebastian Bach

Sanctuary – Welshley Arms

Are you with me – Lost Frequencies

Radioactive – Imagine Dragons

Kryptonite – 3 Doors Down

Catch my Fall – Billy Idol

Leave a light on – Tom Walker

Steh auf, wenn du am Boden bist – Die Toten Hosen

Rooftop – Nico Santos

Legendary – Welshley Arms

Faded – Alan Walker

Natural – Imagine Dragons

All the little Lights – Passenger

Wake me up – Avicii

Beethoven – Figlo Perduto – Maria Callas Orchestra Del Teatro all

Scala – La Luna

Unforgettable – Robin Schulz & Marc Scibilia

Whatever it takes – Imagine Dragons

Heart of the Hurricane – Beyond the Black

I Am What I Am – Gloria Gaynor

EINS

AUFRUHR

Presse

Am Morgen des 31. Januar 2019 rief mich einer meiner Stiftungsbotschafter an. Ein Bericht in der Coburger Neuen Presse hat ihn in Panik versetzt. Verbunden mit der Bitte seinen Namen unverzüglich von der Homepage der Stiftung zu entfernen, damit er keine Probleme bekommt - auch im Hinblick auf seinen früheren Arbeitgeber. Er wies mich ängstlich daraufhin, dass er bereits mehrfach auf meine Person angesprochen wurde. Fast zeitgleich erreichte mich per E-Mail der nächste Rücktritt. Mein Stiftungsbeirat legt sein Amt nieder. Für ihn gilt nach wie vor „in der Beurteilung die Unschuldsvermutung, aber der öffentliche Umgang ist anders.“¹

Was ist denn da bloß los?

Das ist los: Ein Presseartikel² mit der Überschrift „Schulverbot für mutmaßliche Reichsbürgerin.“ Wow! Durchatmen! Jetzt hat es mich erwischt! Jetzt bin ich „die Sau, die durch's Dorf getrieben wird.“

Ich darf mich kurz vorstellen. Ich bin Elke Susanne Gillardon, geboren am 08.06.1970 in Karlsruhe. Nach Abschluss meiner Lehre zur Fachgehilfin in steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen zog es mich im Frühjahr 1994 zum Studium nach Oberfranken/Bayern. An der Fakultät Wirtschaft der Fachhochschule Coburg erhielt ich 1998 mein Diplom der Betriebswirtschaft überreicht.

¹ Zitat Wolfgang G., ehem. Beiratsvorsitzender der Stiftung Lebenspfad, E-Mail vom 31.01.19

² „Schulverbot für mutmaßliche Reichsbürgerin“, Neue Presse Coburg vom 31.1.2019, S.9

Als Spross einer Verlegerfamilie³, der mit unternehmerischen Genen ausgestattet ist und früh seinen eigenen Willen bekundet hat, folgte ich stets meiner inneren Führung und Berufung - in der Beurteilung und aus Sicht meiner Mutter bis heute allerdings erfolglos. Seit 1998 berate und begleite ich Geschäftsführer, Inhaber, Management- und Projektteams sowie Organisationen in Veränderungsprozessen⁴.

Meine sportliche Passion sind der Marathon und der Ultramarathon. Durch die vielen sauerstoffreichen (Genuss-)Läufe habe ich einen „langen Atem“ trainiert, meine Ausdauer, meine Motivation, meine Disziplin und meine Zähigkeit unter Beweis gestellt. Im Umgang mit Herausforderungen haben sich diese nun als gute Fähigkeiten und nützliche Eigenschaften hervor getan.

Gleich vorneweg eines zur Klarstellung: „Ich bin weder im Besitz eines Reichsbürger-Briefes⁵, noch gehöre ich einer sogenannten Reichsbürger-Bewegung oder irgendeiner Partei oder politischen Vereinigung an, noch bin ich der nationalsozialistischen Weltanschauung zugewandt und ich hänge auch keinen Ideologien nach.“

Seit vielen Jahren engagiere ich mich ehrenamtlich für junge Menschen im Übergang Schule-Beruf und durch eine gute öffentlichkeitswirksame Arbeit, wir berichten in den modernen Medien über unsere Stiftungsprojekte, bin ich weit über die Region Coburg hinaus bekannt. Im April 2016 habe ich eine als gemeinnützig anerkannte Treuhand-Stiftung⁶ gegründet.

³ Gillardon Zinstabellen Verlag, Bretten/Baden, heute msgGillardon AG

⁴ www.gillardon.org

⁵ Die einzige Grundlage für den Begriff „Reichsbürger“ findet sich im Reichsbürgergesetz vom Jahre 1935. Danach ist Reichsbürger, wer im Besitz eines Reichsbürger-Briefes ist und seine Treue gegenüber Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat unter Beweis gestellt hat.

⁶ Stiftung Lebenspfad, www.stiftung-lebenspfad.de

Meine Berufsorientierungsprogramme⁷ sind preisgekrönt und von Schulen, Lehrern, Eltern, Schülern, Unternehmen, Wirtschafts-Verbänden, etc. gleichermaßen gefragt. Unsere Referenten sind erfahrene Unternehmer und engagierte Mitbürger. Die Stiftung Lebenspfad zeichnet sich durch Parteiferne und Ideologiefreiheit aus. Es steht dort allein der Mensch im Mittelpunkt.

Der erschienene Pressebericht veranlasst mich nun zum Schreiben. Zeit habe ich gerade reichlich. Ich bin nicht nur gesundheitlich „stillgelegt“, sondern auch in meiner gesamten Existenz „kaltgestellt.“ Danke an alle Akteure! Danke für dieses Abenteuer einer neuen Chance!

Insgeheim nenne ich diesen Tatsachenbericht „Chronologie moderner Verfolgung.“ Denn, inwieweit sich eine Demokratie mit rechtsstaatlicher Grundordnung bereits zur Meinungsdictatur und zu verbaler und medialer Verfolgung von Bio-Deutschen⁸ entwickelt hat, zeigt diese Pressemeldung sehr deutlich auf. Das, was da mit meiner Person veranstaltet wird, hat Parallelen zu einem dunklen Kapitel, das ich eigentlich zu meinen glaubte, die Deutschen hinter sich gelassen zu haben.

Die Zeit des Nationalsozialismus und des Dritten Reichs kenne ich nur aus Erzählungen und vom Hörensagen meiner Großmütter sowie aus unseren Schulbüchern und der öffentlichen Geschichtsschreibung. Ich bin Jahrgang 1970. Dies wollte ich nur noch mal kurz erwähnen. Ganz ehrlich: Die Judenverfolgung muss sich so ähnlich zugetragen haben. Und dass sich „meine Akte“ ausgerechnet in Coburg abspielt, welche schon vor Hitlers Machtergreifung die erste „braune Stadt“⁹ war, das ist schon irrwitzig. Aber genauer betrachtet...

⁷ Projektseite der Stiftung Lebenspfad www.karriere-wege.de

⁸ Indigenat bezeichnet Gemeinschaften von ursprünglichen Bewohnern einer Region oder eines Landes; im Ausland wird der Deutsche umgangssprachlich auch gerne als „Kartoffel“ bezeichnet

⁹ ZEIT-ONLINE, Artikel „Braune Keimzelle“ von Hellmuth Vensky vom 25. Juni 2009; AVANTGARDE DES NATIONALSOZIALISMUS, Interview mit Dr. Eva Karl, Coburger – Das Magazin Nr. 31, Februar 2019

Als ein beseeltes göttliches Wesen kenne ich mich mit energetischer Heilung aus und bin in der sensitiven Wahrnehmung besonders ausgebildet¹⁰. Meine Werte-Haltung ist der Weg der Souveränität und der Weg der Wahrheit. Und die Wahrheit will ans Licht. Ich könnte annehmen, dass da die Seele Coburgs Erlösung fordert und ich hier der dafür vorgesehene „Kanal“ bin?

Tja, das hätte ich mir so nicht träumen lassen. Dumm nur, dass ich, und das persönlich nur aus einer Not heraus (Zufälle gibt es meines Erachtens nicht), mich bewusst für die „rote Pille“¹¹ entschied (ähnlich wie Keanu Reeves alias Neo im Film „Matrix“) und dadurch, wie in Platons Höhlengleichnis¹², mich „nach dem Lichte emporzublicken“ gewagt habe. Das würde ein eigenes Buch füllen. Stoff hierzu habe ich reichlich.

Nun gut. Zurück zu erschienenem Pressebericht. Ob sich aus dem öffentlichkeitswirksamen Feldzug gegen mich nun für die sogenannten Verfassungsschützer und ihre, in blindem Gehorsam und in vorausseilender Befehlsausübung bärenstark aufgestellten orwellischen Truppe¹³, die erhoffte Schadenfreude letztendlich wirklich lohnt, sei dahingestellt oder gar abzuwarten.

Die Zeit wird es zeigen. Und diese ist gerade global und energetisch turbulent, und wenn man gegenüber alternativen Medienbericht-Erstattungen aufgeschlossen ist, für gewisse Machteliten und Strukturen durchaus denkwürdig.

¹⁰ INROSO – Institut Dr. Rosina Sonnenschmidt und Harald Knauss „Mediale Welten“ www.inroso.com

¹¹ The Matrix, Australisch-amerikanischer Science-Fiction-Thriller (1999)

¹² Gleichnis der antiken Philosophie von Platon, gr. Philosoph, „Politeia“

¹³ Roman „1984“ von George Orwell; Der Kinofilm hat in den 80zigern bei mir damals ziemlich Eindruck hinterlassen



Foto: Neue Presse Coburg vom 31.01.19 – Seite 9

ZWEI

EIN PRESSEGESCHENK

anno 2019

Konditionierung ist alles. Unwissenheit ist Standard. Vorverurteilung gehört zum guten Ton. Ruhmreiche Zeiten! Willkommen im Jahr 2019!

Für mich ist nun der Gipfel einer gegen mich gerichteten Rufmord-Kampagne erreicht und ich nehme die Herausforderung an - auf meine Art und gemäß Wilhelm Buschs zugeschriebenem Ausspruch: „Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert“¹⁴. Schnallen Sie sich also an!

Ich freue mich, Sie an meinen außerschulischen und praxiserprobten Erfahrungen und Lerngewinnen teilhaben zu lassen. Schnappatmung, Kopfschüttelattacken und Lachanfälle sind beim Lesen und Ihren Recherchen bewusst in Kauf genommene Nebenwirkungen. Und ich will es nicht unerwähnt lassen: Sie benötigen ein wenig Grips¹⁵ und Aufgeschlossenheit.

Mir wurde mit der medialen Aufmerksamkeit ein besonderes Geschenk gemacht. Ich muss etwas getan haben, das Personen in hellen Aufruhr versetzt hat, und sich damit Behörden zum Eingreifen veranlasst sahen. Oder soll ich vielleicht sagen, zum Angriff aufgerufen wurden? Was gilt es zu verteidigen? Recht und Ordnung? Staatliche Legitimation? Bienenvölker? Bananen? Brot und Spiele? Den Freistaat Bayern? Die Bildung? Bürgerschaftliches Engagement?

Die Wahrheit? Und wenn ja, wessen Wahrheit?

¹⁴ Zitat von Wilhelm Busch u.a. auch Bert Brecht, erstmals 1945 öffentlich vom Kabarettisten Werner Kroll vorgetragen

¹⁵ umgangssprachlich für Gehirn, Verstand

Ganz nebenbei bemerkt: wenn man weiß, dass die Wortmarke ZOLL¹⁶ im Waren- und Dienstleistungsverzeichnis Klasse 10 beim Deutschen Patentamt mit „Defibrillatoren, externe Schrittmacher,..., ...und ärztliche Instrumente und Apparate, insbesondere elektro-medizinische Geräte“ geführt wird, sollte dies bei jedem Bürger berechnete Fragen aufwerfen und zu Recherchen animieren.

Auch die POLIZEI¹⁷ ist als Wortmarke beim Deutschen Patent- und Markenamt registriert. Dort ist sie im Verzeichnis in der Klasse 09 als „Registrierkassen, Rechenmaschinen, Brillen“, in der Klasse 16 als „Papier, Pappe (Karton) und Waren aus diesen Materialien, ... Schreibwaren,...“ und in Klasse 38 als „E-Mail-Datendienste“ geführt. Inhaber der Wortmarke POLIZEI ist der Freistaat Bayern.

Die Bundesregierung, Behörden, ja selbst das Polizeipräsidium Oberfranken sind bei Dun & Bradstreet¹⁸ gelistete Firmen und dort eingetragen.

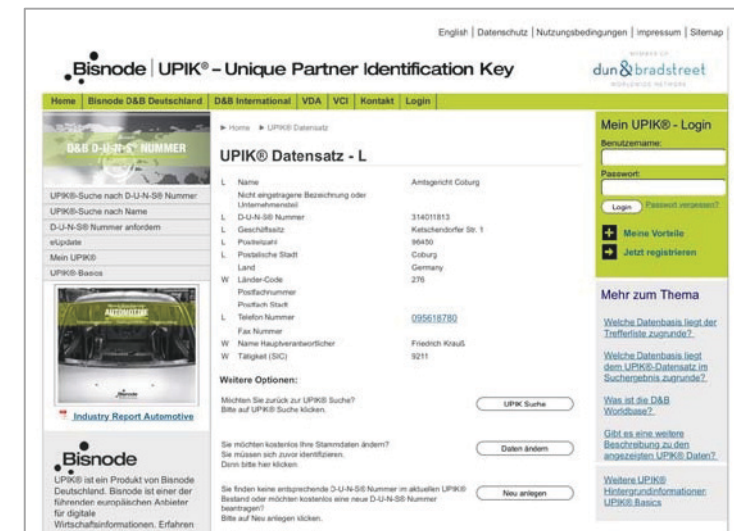
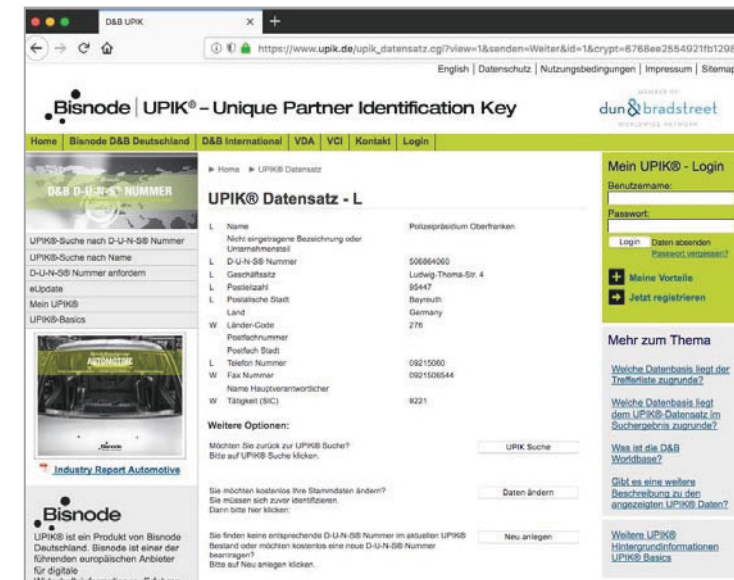
Beispielsweise ist die Bundesrepublik Deutschland, BRD, unter der D-U-N-S® Nummer 341611478, das Bundespräsidialamt unter 507446891, der Bundespräsident unter 342911901, das Bundeskanzleramt unter 342914780, der Deutsche Bundestag unter 332620814 eingetragen...

Die Bundesagentur für Arbeit hat die D-U-N-S®-Nummer 342596275 und firmiert unter W (nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil) als „Bundesagentur für Sanktionsterror und Mobbing“. Krass, oder?

¹⁶ Wortmarke „ZOLL“, Registernummer 2059441, <https://register.dpma.de>, Inhaber Zoll Medical Corp., Burlington Mass., US

¹⁷ Wortmarke „POLIZEI“, Registernummer 30243782, www.dpma.de

¹⁸ D-U-N-S® Nummer und UPIK® Suche unter www.upik.de



Fotos / Screenshots www.upik.de

Wenn ich ganz ehrlich bin, zollt man mir mit dem Presstext vom 31. Januar 2019 für meine Suche nach der Wahrheit doch höchsten Respekt und Anerkennung. Denn mir wurde ein „**fortschrittlich** theoretisches Argumentationsmuster“ zugeschrieben. Ja, da gibt es vielleicht meinen schriftlichen Ausführungen wohl wenig entgegen zu setzen...

Ich gebe es zu, dieses „Presse-Geschenk“ fiel mir auch erst auf den zweiten Blick auf. Und auch erst nachdem sich mein innerer Aufruhr und der Schock zu diesem öffentlichen Pranger gelegt hat. Dank meines smarten Anwalts und meinem kleinen und wunderbaren Krisenteam und loyalen Menschen geht das und ich kann jetzt sagen: „Ich bin der Sturm!“¹⁹

Zwei meiner Erkenntnisse gleich zu Beginn: „Wer die Wahrheit sagt, braucht ein schnelles Pferd“²⁰ und „Glaube nichts und prüfe selbst!“²¹

¹⁹ Diesen Ausspruch von Donald J. Trump, 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika

²⁰ Henning Voscherau, dt. Politiker (SPD), gutzitiert.de

²¹ Interviewserie www.glaube-nichts.com

DREI

ANPFIFF

Hexenjagd

Der „Stein des Anstoßes“ dieser beispiellosen „Hexenjagd“ ist wohl im privaten Schriftwechsel zwischen mir und meiner Hausbank²² begründet. Dieser ist, in Begleitterscheinung durch eine gegen mich gerichtete (meines Erachtens nach „konstruierte“) Strafanzeige eines Dritten, bewusst auf eine juristisch verfolgbare Ebene gehoben worden. Und wurde damit zur perfekten Waffe gegen zivilen Ungehorsam. Der Freibrief für „legale“ Verfolgung. Diesem Auslöser wäre es aufgrund seiner „fortschrittlich theoretischen Argumentationsmuster“²³ würdig, ein separates Buch zu widmen.

Beginnen wir also mit der Aufklärung der Hexenjagd auf eine Bio-Deutsche. Vorhang auf! Das Theaterstück beginnt.

„Aufklärung ist der Ausweg des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen.“ Dieses Zitat wurde 1784 (also vor 225 Jahren!) von Immanuel Kant²⁴ geprägt. Aus heutiger Sicht, und um das von Politik und Medien erzeugte Narrativ des Populismus²⁵ aufzugreifen, fühle ich mich geneigt den deutschen Philosophen der Aufklärung als „Ur-Populisten“ zu bezeichnen.

²² HypoVereinsbank UniCredit Bank AG, Abteilung Individual Workout Nürnberg (ist das vielleicht ein Fitness-Club?)

²³ Zitat aus Presseartikel Neue Presse Coburg, 31.1.19, S.9

²⁴ Immanuel Kant (22.4.1724-12.2.1804), zählt zu den bedeutendsten Vertretern der abendländischen Philosophie, Wikipedia

²⁵ Literarische Richtung des 20. Jhd., die bestrebt ist, das Leben des einfachen Volkes in natürlichem, realistischem Stil ohne idealisierende Verzerrungen für das einfache Volk zu schildern. Lexikon Duden-Wissensnetz deutsche Sprache

Seit November 2018 sabotieren die Regierung von Oberfranken und weitere Behörden nun entgegen jeglicher Gepflogenheiten meine gemeinnützige Arbeit und diskriminieren und kriminalisieren auf einen Schlag **alle** Akteure und Beteiligten und die, frei von jeglichen ideologischen und parteipolitischen Inhalten, jahrelang erprobten und an zahlreichen Schulen durchgeführten Jugendbildungs-programme und Berufsorientierungsangebote der Stiftung Lebenspfad. Ob ihnen das klar ist? Ob ihnen die Auswirkungen in ihrer Tragweite wirklich bewusst sind?

Mitmenschen, Führungskräfte, Unternehmer, die als engagierte Referenten ihr Fachwissen und ihre Lebenserfahrungen in Karrieremöglichkeiten, Potenzialentwicklung und Persönlichkeits-Entfaltung weitergeben, sind durch behördliche Willkür in Sippenhaftung genommen.

Motivierte Schüler, die freiwillig und mit sehr viel Freude an unseren Programmen teilnehmen, sind in der so wichtigen Erfahrung ihrer Stärken, der Erkennung ihrer Talente und der Anforderungen, die eine moderne Arbeitswelt an sie stellt, beraubt.

Eltern und Schulen wird eine einfache, lebensnahe Möglichkeit und wichtige Hilfestellung im Erwachsenwerden ihrer Schützlinge verwehrt, da weder die Erziehungsberechtigten die Zeit aufbringen können/wollen noch die Lehrer die tatsächlich notwendigen Kompetenzen dafür besitzen.

Kleine und mittelständische Unternehmen, allen voran die Handwerksbetriebe, die durch uns die jungen Talente frühzeitig kennenlernen und dadurch einen willigen und geeigneten Auszubildenden finden, sind dadurch grundlos ihrer Chance in der Sicherung und im Fortbestand ihrer Firma gefährdet.

Unsere Projektpartner sind Arbeitgebergemeinschaften und Wirtschafts- und Interessensverbände. Sie werden in ihrem

großartigen Engagement und Einsatz für die heimische Wirtschaft und Weiterentwicklung ihrer Region entehrt.

In Zeiten von akutem Nachwuchskräftemangel, unbesetzten Lehrstellen, massiver Desorientierung von jungen Menschen und sinkendem Bildungsniveau? In Zeiten, in welchen gerade Politik und Wirtschaft lauthals und händeringend nach Lösungen schreien, ist doch bürgerschaftliches Engagement gefragt!

Mit der Stiftung Lebenspfad bin ich dem Ruf der Wirtschaft gefolgt und biete erfolgreich Orientierungshilfen und Programme zur Nachwuchskräftegewinnung an. Und das freiwillig! Uneigennützig! Finanziert lediglich aus freiwilligen Zuwendungen, Spenden und geringen Teilnehmerbeiträgen, aber vor allem mit zeitintensivem, meinerseits unbezahltem, Arbeitseinsatz und sehr viel Herzblut.

Vielleicht habe ich in den wenigen Jahren aus dem Nichts etwas geschaffen und aufgebaut, das seinesgleichen sucht und sich andere gerne unter den Nagel reißen wollen? Und das auch noch als „One-Woman-Show“! Vielleicht bin ausgerechnet ich die „auserwählte Quoten-Frau“ an der ein Exempel zu statuieren ist? Liegt in meinem privaten Schriftwechsel so viel Wahrheit, dass dieses Wissen für die Allgemeinheit brandgefährlich ist und „staatliche Strukturen“ in seinen Grundfesten erschüttern kann? Oder bin ich vielleicht einfach mit meinen Programmen zu erfolgreich? Oder nur zur falschen Zeit am falschen Ort?

Das behördliche, öffentliche Vorgehen lässt in meinem Fall durchaus diese Gedanken zu und legt unter anderem auch die Vermutung einer „feindlichen Übernahme“ meiner Berufsorientierungs-Programme nahe. Das wäre ein starkes Stück.

VIER

SPIELZÜGE

Eine für alle

Basierend auf polizeilichen Ermittlungen aufgrund der [konstruierten] Strafanzeige²⁶ 'wegen Erpressung (Versuch) u.a. am 28.08.2018 in Coburg' ist nun mit dem Presseartikel²⁷ öffentlich zum Angriff auf die Person Elke Susanne Gillardon geblasen worden. Attacke!

Wie das „Schulverbot“ nun in die Zeitung kam, werde ich anhand der sich in chronologischer Reihenfolge ereigneten Begebenheiten vortragen und mit harten Fakten belegen. Am Ende dieses Buches gibt es einen Hinweis zur Möglichkeit der Einsichtnahme in entsprechende Dokumente.

Der Einblick in die wundersame Welt der deutschen Juristensprache und in die geheimnisvollen Verhaltensweisen von Verantwortungs-trägern in „hohen Ämtern“ ist dabei leider unvermeidbar. Die Spielzüge werden ein Bild ergeben und vielleicht einmal als Politkrimi einer angesagten Verschwörungspraxis verfilmt oder als Manager-Handbuch der strategischen Personalführung in Verwaltungshochschulbibliotheken verstauben. Wer weiß...

Eine Leere und einen hochdotierten Leerstuhl²⁸ könnte ich mit nachfolgenden nackten Tatsachen durchaus füllen. Für ein politisches Amt ist mittlerweile der notwendige Durchblick und Pragmatismus erlangt worden und fünfundzwanzig Jahre Berufserfahrung in der Selbständigkeit sind vorzuweisen. Nur für Amigo-Machenschaften, Logen-Netzwerke, Profilneurosen, systemische Besserwisserei und Trittbrett fahrendes Sonnenkönig-Gehabe bin ich völlig ungeeignet.

²⁶ siehe Dokumentation „Strafanzeige“ Kriminalpolizeiinspektion Coburg, Abteilung K5 (Polizeilicher Staatsschutz)

²⁷ Neue Presse Coburg vom 31.01.2019 – Seite 9

²⁸ Ich weiß, dass man in der deutschen Rechtsschreibung Lehrstuhl mit „h“ schreibt

Diesbezügliche Anfragen werden gesondert behandelt.

Grundlage des täglichen Lebens und unserer Teilnahme am Geschäftsverkehr ist die deutsche Sprache. Das Beherrschen derselbigen in Wort und Schrift wird allerdings stark herausgefordert²⁹, wenn es um die Bedeutung und die Klärung von Begriffen und Begrifflichkeiten geht, allem voran im Umgang mit Recht und Gesetz. Hier schmeißt der gemeine Bürger gerne all zu schnell die Flinte ins Korn und geht den einfachen und bequemen Weg. Verträge, wie z.B. Lebensversicherungsverträge, Kreditverträge, werden gelesen. Das Kleingedruckte wird oft nur überflogen und vorgelegte Geschäftsbedingungen einfach hingenommen und unterschrieben.

Der Verbraucher lässt sich ein. Im Notfall holt er sich Hilfe und überlässt die thematische Auseinandersetzung lieber Fachleuten und vertraut in gutem Glauben auf eine Lösung in seinem Sinne. Er weist die Auseinandersetzung erstmal von sich.

Ja, sorry. Auch ich hatte dieses naive „Einlassungsgebaren“ jahrelang kultiviert. Heute nenne ich es „meine Ära der Bequemlichkeitsverblödung“. „Scheißegal, ist halt so“; „Das verstehe ich ja eh nicht“; „Wird schon nix sein“ sind Haltungen, die jedem in Bezug auf Kleingedrucktes bekannt vorkommen dürften. Pustekuchen! In der Not ändert sich der toN (korrekte Schreibweise: Ton). Aber: aus einer Not heraus wird auch „Neues“ geboren.

Albert Einstein³⁰ soll mal gesagt haben: „Die reinste Form des Wahnsinns ist es, alles beim Alten zu lassen und gleichzeitig darauf zu hoffen, dass sich etwas ändert.“

Das karmische Prinzip von Ursache und Wirkung dürfte hinlänglich bekannt sein.

²⁹ auch ich habe so meine Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache und bitte an dieser Stelle für begangene Fehler um Nachsicht

³⁰ Albert Einstein (1879-1955), dt. Physiker

Also: Vertrauen ist gut. Kontrolle ist besser. Und vor allem: Wissen ist Macht.

Wenn ich mich auf etwas einlasse, weiß ich dann wirklich, um was es geht? Ist mir die Tragweite vollumfänglich bewusst? Sind mir die Bedingungen, Normen und Regeln sowie geltendes Recht tatsächlich bekannt? Kann ich ein Handelsangebot erkennen und wirklich von einer Forderung bzw. Verbindlichkeit unterscheiden? Wo befinde ich mich im rechtlichen Sinne zu Lande, zu Wasser oder in der Luft? Ist mir klar, in welcher Rechtstellung ich bin und welche Rechte mir hieraus erwachsen? Schippere ich unter einer Flagge durch das Leben, und wenn ja, unter welchem Hoheitsrecht? Bin ich Scholle oder Landei? Stecke ich in einem Schubladensystem fest oder bin ich die Schublade? Oder bin ich sogar der Eigentümer, der die Kommode aufgestellt hat und die Schubladen eigenmächtig bedienen kann? Was bin ich? Ein Einleger? Ein Konsument? Nur eine auf alle Lebens- und Wirkungsbereiche reduzierte Identifikationsnummer? Ein in voller Absicht zur Unmündigkeit getriebenes Vollweib? Ein geistig-sittliches, beseeltes Wesen? Was ist ein Mensch und was macht ihn aus? Was ist eine Person und wenn ja, wie viele gibt es denn davon? Was ist eigentlich unser Fundament? Was ist Recht?

Was ist die Wahrheit?

Viele Fragen, viele Antworten. Im Hinblick auf die unterschiedlichen Betrachtungsweisen, individuellen Ausgangslagen und dem jeweiligen Wissensstand ergeben sich noch mehr Fragen und noch viel mehr Antworten und ein sokratisches³¹ Gefühl des „Ich weiß, dass ich nichts weiß“ macht sich breit.

Was ist die Wahrheit?

Wir stehen auf Grund und Boden, bewegen uns in Treu und Glauben, berufen uns auf Recht und Ordnung. Aber weiß jeder Einzelne wirklich

³¹ Sokrates (469 v. Chr. – 399 v. Chr.) griechischer Philosoph

darüber Bescheid? Kennt er die Hintergründe? Ist jeder von uns so weit informiert und gebildet, dass er sich tatsächlich hinreichend in Geschichte, Politik, Recht und Staats- und Völkerkunde auskennt?

Was ist mit unserer „aufgeklärten“ modernen Gesellschaft passiert? Lassen wir uns von Fakten oder von „Fakes“³² und gezielter Manipulation leiten? Begreifen wir das Geschriebene überhaupt? Wem schenken wir mehr glauben, den tatsächlichen Beweisen oder reichen uns lediglich Vermutungen und Mutmaßungen aus? Glauben wir demjenigen, den es tatsächlich betrifft oder lieber der öffentlichen Meinung und damit der Masse?

Haben wir uns im Laufe der Zeit einfach alles - inklusive unserer Wahrnehmung - auf den Kopf stellen und verdrehen lassen, so dass wir sowohl nun auch nicht einmal mehr in der Lage sind zwischen Lug und Trug unterscheiden zu können als auch alles, was uns fein säuberlich in Kurzform aufbereitet und serviert wird, für die absolute Wahrheit halten?

Was ist die Wahrheit?

Aus einer Not heraus, habe ich mir Kenntnis verschafft, Wissen angeeignet, Gesetzestexte gelesen, Zusammenhänge verstanden, dabei Bauklötze gestaunt und sprachlos den Kopf geschüttelt. Ich bin auf Wahrheiten gestoßen.

Ich habe mich mit der Souveränität des Menschen und seiner an der bürgerlichen Gesellschaft³³ teilnehmenden Person auseinandergesetzt. Mit Seerecht, Kommerz und Landrecht. Mit Ladung, Frachtpapieren und Handel. Mit Treuhandverhältnis, Identität und Heimat. Und ich hatte den Mut, in meinem privaten Schriftwechsel dieses Wissen und geltendes Recht einfach anzuwenden.

³² engl. Fake (singular) die Fälschung, der Schwindel, die Imitation

³³ BGB (1900) erste Teil §1 „Der Mensch wird, in so fern er gewisse Rechte in der bürgerlichen Gesellschaft genießt, eine Person genannt.“

Werde ich wegen meines Mutes, meines privaten Wirkens deshalb wie eine Hexe verfolgt und an den Pranger gestellt?

Ich werde öffentlich für mein Wissen, für meinen Kenntnisstand, für meine bewusst wahrgenommene Rechtstellung³⁴, für die amtliche Wahrheit, abgestraft und das auf einem Gebiet, wo es den größtmöglichen Schaden verursacht. Und gleichzeitig wird ein durch Politik und Presse bewusst geprägtes Narrativ des „Reichsbürgers“ gepflegt, „durch's Dorf getrieben“ und dadurch weiter legitimiert!

Noch keiner meiner selbsternannten „Richter“ konnte mir hinreichend erklären, was in ihren Augen ein „Reichsbürger“ tatsächlich ist und was jemandem zu einem „Reichsbürger“ qualifiziert. Verlegen werden dann Suchbegriffe gegoogelt³⁵ und freie Enzyklopädien befragt...

Auch ich kann bis heute diese Frage nicht abschließend beantworten, obgleich ich manchem gerne mal bei Gelegenheit in seinen Spiegel schauen lassen würde.

Da ein Großteil der Jugendbildungsprogramme meiner Stiftung an Schulen durchgeführt wird, eignet sich dieser Raum außerordentlich gut als Kriegsschauplatz. Schulen und öffentliche Einrichtungen sind aus staatlicher Sicht ein sehr sensibles Feld und besonders schützenswert. Vielleicht sollten das Bündnis 90/Die Grünen hier mal über ein spezielles Artenschutzgesetz nachdenken...

Können Fakten nicht widerlegt werden, kann der Wahrheit nichts entgegengesetzt werden, wird angewandtes Wissen zur Gefahr für die Bevölkerung! Und was ist die wirksamste Waffe gegen anders Denkende? Rufmord! Womit wird ziviler Ungehorsam angezeigt? Diffamierung! Welch ein gefundenes Fressen. Die Presse verteilt schon mal ganz selbstverständlich die Futterträge. Nehmen Sie Platz und

³⁴ Lebenderklärung, Willensbekundung, Indigenat, deutsche Bundesstaatsangehörigkeit

³⁵ Online-Suchmaschine GOOGLE

lassen Sie sich dabei gerne auch noch die Gummibärchen oder das Popcorn schmecken.

Ein Exempel für alle. In meinem Fall: Eine für alle.

Die Schafhüter sorgen sich um das Wohlergehen ihrer Schützlinge, aber um Himmels Willen, lässt die Schafe bloß nicht erkennen, dass sie die echten Farmer sind.

Die Hochschule für angewandte Wissenschaften Coburg darf sich in meinem Fall geehrt fühlen. Hat es doch ein inspirierendes Geschöpf und eine Freidenkerin mit Wahrheitstrieb hervorgebracht. Coburg ist schon besonders.

Jetzt erst recht!

Wenn einer geht, gehen alle!³⁶

Das Spiel funktioniert auch in die andere Richtung. Alles hat zwei Seiten.

Vorsorglich bitte die Köpfe einziehen. Es könnte ein BOOMerang³⁷ kommen.

³⁶ Q: WWG1WGA – Where we go one, we go all! – www.qmab.pub; www.qanon.pub

³⁷ Q kündigt Veränderungen mit einem BOOM an; ein Bumerang ist eine traditionelle Wurfwanne der australischen Aborigines

FÜNF

TATSACHEN

Akteure

Die Freiheit des Menschen beginnt mit dem Wissen. Doch aufgepasst: „Die Wahrheit ist selten schlicht und niemals einfach.“³⁸ Und Vorsicht: Raus aus der anerzogenen Unmündigkeit kann den öffentlichen Scheiterhaufen bedeuten!

Ein guter Freund hat mal zu mir gesagt „Wem Gott viel Leid beschicken will, dem gibt er viel Verstand.“ Halleluja. Da muss ich mehrmals zu laut „hier“ geschrien haben. Nun gut. Legen wir nun endlich mit den nackten Tatsachen los.

Zugehöriger Schriftwechsel, Gesprächs- und Telefonnotizen, E-Mails, etc. sind fein säuberlich dokumentiert und auch bei meinem Anwalt hinterlegt.

August, September, Oktober, November sind für mich die arbeitsintensivsten Monate in der Stiftung. Zu Beginn des neuen Schuljahres starten nicht nur die neuen Staffeln unseres Schülercoachings und Kompetenztrainings „Der Business-Führerschein“, sondern es werden bestehende Staffeln fortgesetzt, neue Projekte begonnen und zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt.

Unser Einsatzgebiet erstreckt sich über ganz Oberfranken und bis nach Thüringen hinein. Ob Mittel- oder Realschule, Gymnasium, Wirtschafts- oder Fachoberschule, unsere Berufsorientierungs-Programme bedienen fast jeden Schultyp. Bei über 16 Schulen und mehr als 500 Schülern ist so einiges an Arbeitseinsatz und Aufwand gefordert.

³⁸ Oscar Wilde (1854-1900), Schriftsteller

Mitten in meinen Vorbereitungen zum Projektstart der zweiten Staffel des Kompetenztrainings „Der Business-Führerschein“ an einem Coburger Gymnasium, den Vorbereitungen zu unserem interaktiven Schüler-Infoabend 2018 und den Vorbereitungen zum Business-Führerschein-Praxis-Modul „Schüler als Bosse“, platzte mit einer formlosen Mitteilung die Bombe!

Und von da an stand kein Stein mehr auf dem anderen.

Am Dienstag, den 6. November 2018 erreichte mich von der Schulleitung einer Mittelschule im Landkreis Forchheim eine E-Mail mit dem Inhalt, dass der Projektstart des Programms "Der Business-Führerschein" am 12.11.2018 aufgrund einer Anweisung seitens der Regierung von Oberfranken, welche über das staatliche Schulamt Forchheim kam, abgesagt ist. Äußerst sprachlos und wie vor den Kopf gestoßen, antwortete ich umgehend auf die E-Mail und erfragte den Grund.

Ungeduldig und um schnelle Aufklärung bemüht, griff ich zum Telefonhörer und rief mehrfach und am Folgetag in der Schule an. Die Schulleitung ist nicht zu sprechen. Ein sonderbares Gefühl beschlich mich und ich hatte irgendwie den Eindruck gewonnen, dass man mit mir nicht sprechen wollte.

Das war der Beginn der Elke Susanne Gillardon als Persona non grata³⁹.

³⁹ lat. zu dt. für unerwünschte Person; bezeichnet den Status eines Angehörigen des diplomatischen Dienstes oder einer anderen Person, deren Aufenthalt von der Regierung des Gastlandes per Notifikation nicht mehr geduldet wird.

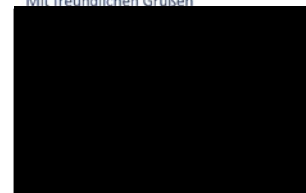
Stiftung Lebenspfad

Von: [REDACTED]
Gesendet: Mittwoch, 7. November 2018 13:22
An: Stiftung Lebenspfad
Betreff: AW: Businessführerschein
Kategorien: Kundenmanager pro

Sehr geehrte Frau Gillardon,

bei der Absage handelt es sich um eine dienstliche Anweisung der Regierung von Oberfranken. Als Beamtin muss ich diese strikt befolgen. Zur Klärung steht Ihnen Herr Stefan Kuen (Leitung Sachgebiet Schulen) zur Verfügung.
0921/6041366 oder stefan.kuen@reg-ofr.bayern.de

Mit freundlichen Grüßen



Von: Stiftung Lebenspfad [REDACTED]
Gesendet: Mittwoch, 7. November 2018 12:31
An: [REDACTED]
Betreff: AW: Businessführerschein
Wichtigkeit: Hoch

Sehr geehrte Frau [REDACTED]

telefonisch konnte ich Sie leider nicht erreichen.

Über Ihre Nachricht bin ich sehr verwundert, denn alle Vorbereitungen für den Start des Business-Führerscheins am 12.11.18 an Ihrer Schule sind bereits seit geraumer Zeit abgeschlossen. Die Schülerinnen und Schüler wurden per Post eingeladen, die Teilnahmebescheinigungen gedruckt, die Ordner für jeden Schüler personalisiert und bestückt, die Referenten gebucht,etc.

Ich bitte heute um Ihre Rückmeldung, denn ich hätte gerne auch den genauen Grund der Absage erfahren. So eine Situation ist bei uns noch nie vorgekommen. Besten Dank.

Mit herzlichen Grüßen
Elke Gillardon

Stiftung LEBENSPFAD
Talent entdecken. Talente finden.

Vorstand: Elke Gillardon • Sitz: Scheßlitz • www.stiftung-lebenspfad.de • www.karriere-wege.de
www.facebook.com/StiftungLebenspfad • www.facebook.com/lebenspfad

Der Inhalt dieser E-Mail Stiftung Lebenspfad hallo@stiftung-lebenspfad.de ist streng vertraulich und möglicherweise gesetzlich besonders geschützt. Die E-Mail ist nur für den Adressaten bestimmt. Wenn Sie nicht der beabsichtigte Empfänger sind, ist es Ihnen nicht gestattet und stellt möglicherweise einen Gesetzesverstoß dar, wenn Sie diese E-Mail kopieren, verbreiten (auch teilweise) oder anderweitig verwenden. Sollten Sie diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, bitten wir Sie, uns sofort zu benachrichtigen und die E-Mail (mit allen Anhängen) unwiderruflich zu löschen. Vertrauliche Unterlagen sowie Informationen sollten nicht via Mail versendet werden.

Mit dem mir schriftlich mitgeteilten Ansprechpartner bei der Regierung von Oberfranken nahm ich unverzüglich Kontakt auf. Stefan K., leitender Schulamtsdirektor, konnte ich dann endlich am Nachmittag des 8.11.2018 gegen 16:36 Uhr telefonisch erreichen. Da ich vormittags unterwegs in der Handwerkskammer für Oberfranken in Bayreuth war, ich habe dort beim oberfränkischen Treffen der Berufs- und Studienkoordinatoren die Stiftungsarbeit vorgestellt, schrieb dieser mir zwischenzeitlich eine E-Mail mit der Bitte um Rückruf.

Stefan K., ein freundlicher Herr, gab mir zum Grund des Programmstopps an besagter Mittelschule folgende Auskunft: „Die Regierung von Oberfranken, Frau Regierungspräsidentin Heidrun P., wurde von der Kripo Coburg informiert, dass gegen meine Person ermittelt wird aufgrund von Zugehörigkeit zu den Reichsbürgern. Dies hatte umgehend eine Anweisung an die oberfränkischen Schulämter sowie eine Information an das bayerische Kultusministerium zur Folge. Über diese Behörden sind dann die Schulleiter der betreffenden Schulen, an denen die Stiftung Lebenspfad tätig ist, informiert worden.“ Ich war sehr überrascht und ziemlich sprachlos und habe das Stefan K. auch so mitgeteilt.

Gegen mich wird polizeilich vorgegangen???

Zu diesem Zeitpunkt hatte ich überhaupt keine Kenntnis von einer Ermittlung.

„Die Regierungsbehörde hat auch direkt mit den Schulen Rücksprache zu den Inhalten und Abläufen der Programme der Stiftung Lebenspfad gehalten“, so Herr K. und „die Rückmeldungen waren allesamt positiv und es ist nichts daran auszusetzen. Im Gegenteil, es ist gut, dass es solche Angebote gibt“. Stefan K. weiter: „Es geht um meine Person, die aber als Vorstand die Stiftung vertritt und auch an den Schulen auftritt.“ Herr K. plauderte munter weiter und wusste über mich zu berichten, dass „ich ja im Besitz des deutschen Staatsangehörigkeits-

ausweises⁴⁰, Gelber Schein, sei.“ Er bat mich meinerseits umgehend die Schulen zu informieren, dass die laufenden Programme erst einmal abgesagt werden, bis die Sache geklärt ist.

Ich war völlig von der Rolle, hatte nur noch Fragezeichen im Kopf. Ich fühlte mich für den Moment machtlos. So, als ob mir der komplette Boden unter den Füßen weggezogen wurde. Was ist da passiert???

Einerseits war das Telefonat mit Herr K. sehr freundlich und sachlich, hat aber andererseits bei mir mehr als den Geschmack hinterlassen, ich sei schwerstkriminell, trage eine den Tod bringende Seuche in mir und stelle eine akute Gefahr für Leib und Leben dar. Ein kurzes Telefonat ändert schlagartig dein Leben. Die eigene Ordnung und Struktur sind aus den Angeln gehoben.

Mit der mir vorgeworfenen sogenannten „Reichsbürgerszene“ bin ich bis dato noch nie in Berührung gekommen bzw. konfrontiert gewesen und bis heute kenne ich diese nicht!

Dass Behörden, im Hinblick auf ihre Aufsichts- und Fürsorgepflicht gegenüber Schutzbefohlenen, weitreichende Schutzmaßnahmen ergreifen und einen größtmöglichen Sicherheitsradius ziehen, ist verständlich und oftmals auch angebracht. Aber ich, ich soll eine Reichsbürgerin sein? Was bitte ist das? Und bitte, was ist eine Reichsbürger-Bewegung? Gibt es dafür spezielle Organisationen, Treffpunkte, Strukturen???

Konfrontiert mit derartigen Vorwürfen, geht in deinem Kopf erst mal die Post ab... Die zahlreichen Gedanken, die dir jetzt durch das Gehirn

⁴⁰ Der sogenannte „Gelbe Schein“ ist das offizielle Dokument der Bundesrepublik Deutschland das die deutsche Staatsangehörigkeit ausweist (Art. 116 Abs. 1 GG). Im Besitz eines Reisepasses und/oder Personalausweises zu sein, legt nur die Vermutung nahe, dass man deutscher Staatsangehöriger ist – s. auch Landtag von Baden-Württemberg, Anfrage des Abgeordneten Daniel Lede Abal GRÜNER (Drucksache 16/1883) vom 2.05.2017, Anfrage Dr. Baum, AfD (Drucksache 16/4136) vom 14.06.2018

schießen, die sich daraus ergebenden und auf alle Lebens- und Arbeitsbereiche einstürmenden möglichen Auswirkungen, sind nicht in Worte zu fassen. Deine Gedanken fahren Karussell. Die Synapsen im Gehirn stehen unter Dauerfeuer. Und die zahlreichen Gefühle, die dieses Stigma in dir auslöst, drohen mit dir durchzugehen... Und kaum vorstellbar, welche Bilder das im Kopf Dritter erzeugt und welche Verhaltensweisen dein Umfeld allein durch das Wort „Reichsbürger“ assoziiert.

Über einen einzigen Begriff ist es möglich Menschen gedanklich auf ein „Gleis“ zu setzen, das sie bis in alle Ewigkeit befahren werden, wenn sie dich sehen, deinen Namen hören oder den der Stiftung Lebenspfad lesen, sie wegen dir sogar die Straßenseite wechseln oder sich verleugnen lassen. „Ergreife die Flucht!“ Lord Voldemort⁴¹ ist in weiblicher Gestalt von Elke Gillardon unterwegs. Und dabei kennen diese Menschen, wie eingangs erwähnt, nicht einmal die Begrifflichkeit „Reichsbürger“ in seiner wahren Bedeutung, sondern nur das erzeugte Narrativ! Wer ist hier Ross? Wer ist hier Reiter?

Über einen einzigen Begriff ist es möglich Menschen in ihrer Existenz zu vernichten. Sie bloßzustellen. Sie in ihrer Ehre zu demütigen. Sie zutiefst in ihrer Würde zu verletzen. Sie werden abgestraft, erniedrigt, verachtet und verraten. Einfach so. Stempel drauf. Rein in die Schublade. „Und wage es ja nicht, da wieder herauszukommen...“

Ohne zu wissen, um was es eigentlich geht, werden in sekunden-schnelle Palisaden hochgefahren, Schutzgräben gezogen und Pogromstimmung veranstaltet. Gute, persönliche Beziehungen weichen mit einem Schlag einer bisherigen herzlichen, kooperativen, langjährigen Zusammenarbeit, denn im Handumdrehen werden diese degradiert und zu einer Terrorzelle befördert. Und wenn dann auch noch ein sehr nahestehender Mensch dem Mainstream⁴² unreflektiert

⁴¹ eine fiktive Figur und der Hauptgegner in J.K. Rowlings Reihe von Harry-Potter-Romanen

⁴² engl. für Hauptströmung

nacheifert und sich in selbstherrlicher Arroganz und Rechthaberei übergriffig und dabei völlig unbedacht in einer Situation verbündet, bleibt einem die Spucke weck. „Chapeau!“⁴³

Hat es das sogenannte „staatliche“ System vielleicht nicht nur geschafft Zwietracht und Misstrauen bis in die kleinste Zelle zu säen, Familien zu spalten – aus Folgsamkeit, sondern gleich auch deren profundes Recherchieren verhindert und damit deren eigenen gesunden Menschenverstand gegen sich verwendet? „Divide et impera!“⁴⁴

Viele machen einfach mit. Bei der Entehrung. Bei der verbalen Vergewaltigung. Bei diesem seelischen Missbrauch. Bei diesem Übergriff. Bei dieser Hexenjagd. In dubio pro reo,⁴⁵ die Unschuldsvermutung: viel gepriesen, aber ungültig! Vertraute und Fremde wenden sich plötzlich mit der Begründung ab: „Ich will mit Reichsbürgern und solchen Leuten nichts zu tun haben.“ Es ist, als ob man eine Handgranate mit gezogenem Stift in der Hand hält. „Nix wie weg. Sie bringt uns alle noch um!“. Bombenattentate, Terrorangriffe und Seuchen scheinen dagegen ziemlich harmlose Lebensbedrohungen zu sein.

Wir schreiben das Jahr zweitausendundneunzehn. Ich sollte vielleicht „Doc Brown“ zu Hilfe holen, damit er mich „Zurück in die Zukunft!“⁴⁶ bringt. Denn, ich habe den Eindruck, dass wir das in der europäischen Geschichte bezeichnete „Mittelalter“⁴⁷ immer noch nicht verlassen haben. Nur Technik, Marketing und Vertrieb sind neu.

⁴³ stammt aus dem Französischen und ist ein auch im dt. Sprachkreis verwendeter Ausruf der Anerkennung „Hut ab!“

⁴⁴ lat. für „teile und herrsche“

⁴⁵ lat. für „Im Zweifel für den Angeklagten“ – Grundprinzip eines rechtsstaatlichen Strafverfahrens

⁴⁶ Science-Fiction-Film-Trilogie aus den Jahren 1985, 1989 und 1990 – Die Zeitreisen des Jugendlichen Marty McFly (Michael J. Fox) und seines Freundes Dr. Emmett L. „Doc“ Brown (Christopher Lloyd).

⁴⁷ Mittelalter: In der europäischen Geschichte der Zeitraum zwischen dem Ende der Antike und dem Beginn der Neuzeit (6.-15. Jhd.)

Als Multi-Projektmanagerin, Business-Coach und Krisenberaterin bin ich den Umgang unterschiedlichster Herausforderungen gewohnt. Aber das? Das ist selbst für mich neu. Sieht etwa so die merkelsche hybride Kriegsführung⁴⁸ im Inland aus?

Am selben Abend wurden von mir, der Bitte von Stefan K. entsprechend, unsere Referenten und die Lehrer über die Aussetzung der anstehenden Module zum Projekt „Der Business-Führerschein“ und „Ich pack's an“ informiert.

⁴⁸ Angela Merkel (CDU, dt. Bundeskanzlerin); hybride Kriegsführung beschreibt eine Mischform aus offen und verdeckt zur Anwendung gebrachten regulären und irregulären, symmetrisch und asymmetrischen, militärischen und nichtmilitärischen Konfliktmittel mit dem Zweck, die Schwelle zwischen den völkerrechtlich angelegten binären Zuständen Krieg und Frieden zu verwischen (wikipedia.org)

Stiftung Lebenspfad

Von: Stiftung Lebenspfad
Gesendet: Donnerstag, 8. November 2018 20:09
Betreff: vorübergehende Absage aller Veranstaltungen "Der Business-Führerschein" & "Ich pack's an"

Priorität: Hoch

Kategorien: Kundenmanager pro

Liebe Referentinnen, liebe Referenten,

unvorhergesehene Ereignisse haben leider dazu geführt, dass die Stiftung Lebenspfad alle Veranstaltungen an Schulen mit dem heutigen Tag vorübergehend aussetzen muss. Damit über die schwierigen und sensiblen Hintergründe keine Gerüchte entstehen, werde ich alle Beteiligte sobald als möglich ausführlich informieren.

Es handelt sich lediglich um eine vorübergehende Problematik. Die Arbeit der Stiftung Lebenspfad wird in Bälde wieder aufgenommen werden.

Ich bitte um euer Verständnis und bedaure es sehr, dass ich eure bereits terminierten Einsätze so kurzfristig absagen muss.

Die Termine werden nachgeholt.

Ich bin davon überzeugt, dass sich die Situation schnellstmöglich aufklärt und melde mich dann umgehend bei euch.

Mit herzlichen Grüßen
Elke Gillardon

Stiftung LEBENSPFAD
Talent entdecken. Talente finden.

Vorstand: Elke Gillardon • Sitz: Scheßlitz • www.stiftung-lebenspfad.de • www.karriere-wege.de
www.facebook.com/StiftungLebenspfad • www.facebook.com/lebenspfad

Der Inhalt dieser E-Mail Stiftung Lebenspfad hallo@stiftung-lebenspfad.de ist streng vertraulich und möglicherweise gesetzlich besonders geschützt. Die E-Mail ist nur für den Adressaten bestimmt. Wenn Sie nicht der beabsichtigte Empfänger sind, ist es Ihnen nicht gestattet und stellt möglicherweise einen Gesetzesverstoß dar, wenn Sie diese E-Mail kopieren, verbreiten (auch teilweise) oder anderweitig verwenden. Sollten Sie diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, bitten wir Sie, uns sofort zu benachrichtigen und die E-Mail (mit allen Anhängen) unwiderruflich zu löschen. Vertrauliche Unterlagen sowie Informationen sollten nicht via Mail versendet werden.

The information of this email from Foundation Stiftung Lebenspfad hallo@stiftung-lebenspfad.de is strictly confidential and may be legally privileged. It is intended solely for the addressee. If you are not the intended recipient, any copying, distribution or any other use of this email is prohibited and may be unlawful. If you received this email in error, please contact us immediately and delete irreversibly the email.


Interessant ist, aus der Reflektion betrachtet, die Erkenntnis der eigenen Konditionierung und der damit einhergehenden Muster und Verhaltensweise. Diese ist im ersten Moment (teil-)identisch bzw. ähnlich all derer mit der Sachlage konfrontierten. Oder soll ich ketzerischer Weise sagen, meine jahrelange Programmierung? Ich werde mit schweren Vorwürfen konfrontiert. Angst schnürt meine Kehle zu. Ich gehe sofort in Deckung. Distanziere mich. Ich tue, was man mir sagt. Ich bin gehorsam. Es ist zum Schutz. Ich höre...

An dieser Stelle ein kurzer Einwand: Das Wort **Behörde** sollte man sich in diesem Zusammenhang mal näher anschauen.

Leise keimt der Same eines Gedankens in mir auf, und mit einem gesunden Abstand zur Situation betrachtet, tat sich mir eine Frage auf: Woher hat ein Leiter Bereich Koordination Schulen überhaupt die Informationen aus einem laufenden Ermittlungsverfahren über mich, wovon noch nicht einmal ich in Kenntnis bin, dass eines gegen mich läuft?

Die Vorladung der Kriminalpolizeiinspektion Coburg habe ich am Abend des 8.11.2018 meinem Briefkasten entnommen (K5: Kommissariat 5 - Polizeilicher Staatsschutz)

Kriminalpolizeiinspektion
Coburg - K 5



Kriminalpolizeiinspektion Coburg - K 5 • Postfach 2653 • 96418 Coburg

Frau
Elke Gillardon
[REDACTED]
96450 Coburg

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Unser Zeichen: BY4380-005224-18/7
Unsere Nachricht vom:

Sachbearbeitung durch: Wettstein, PHK
Zimmer:
Telefon: 09561/645-392
Telefax: 09561/645-398
Datum: 06.11.2018

Vorladung

Sehr geehrte Frau Gillardon,

In der Ermittlungssache
"Erpressung (Versuch) u.a." am 28.08.2018 in Coburg

Ihre Vernehmung als Beschuldigte erforderlich.

Sie werden daher gebeten, am **Dienstag, 13.11.2018, um 10:30 Uhr**

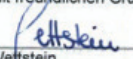
bei der **Kriminalpolizeiinspektion
Coburg - K 5
Neustadter Straße 1
96450 Coburg**


vorzusprechen.

Im Falle der Verhinderung (z.B. berufliche Gründe, Krankheit) bitten wir Sie um rechtzeitige (telefonische) Mitteilung, damit ein neuer Termin vereinbart werden kann. Bitte teilen Sie uns vorab mit, ob ein Dolmetscher benötigt wird, wenn ja, für welche Sprache.

Bitte bringen Sie zusätzlich zu diesem Schreiben Folgendes mit:
Personalausweis

Mit freundlichen Grüßen


Wettstein
Polizeihauptkommissar


96450 Coburg

Dienstgebäude
Neustadter Straße 1
96450 Coburg

Telefon (Vermittlung)
09561/645-0
Telefax
09561/645-398

E-Mail-Adresse
pp-oft-coburg.kp@polizei.bayern.de
Internet
www.polizei.bayern.de

Jetzt überschlugen sich die Ereignisse. Als Krisen erfahrene Projektmanagerin, bin ich es gewohnt pragmatisch, schnell und proaktiv zu handeln. Fakten und Informationen sammeln, analysieren und auswerten, Szenarien durchspielen, einen Plan machen, Strategien ausarbeiten, Hilfe finden, Fachleute und Vertraute beiziehen, Aufgaben definieren und loslegen. Am Freitag, den 9.11.2018 passierte das innerhalb weniger Stunden.

In meinem Fall habe ich es auch noch mit mehreren Ebenen zu tun, um die ich mich kümmern und mein Handeln deshalb sorgsam abwägen muss: Die Stiftung Lebenspfad, der Verein Lebenspfad e.V., die Öffentlichkeit, meine freiberufliche Tätigkeit, mein Privatleben. Mein Handeln in Bezug auf Akzeptanz, Einlassung, Identität und Rechtsposition.

Meine Entscheidung: Einen geeigneten Anwalt zu finden stand auf meiner Prioritätenliste ganz weit oben. Über einer meiner Netzwerk-Kontakte wurde mir Jens Conrad⁴⁹ aus Zwickau empfohlen. Ein cleverer Typ!

Aufgrund der Sachlage sah ich mich am 9.11.2018 gezwungen notwendige Schritte einzuleiten: Ich habe, ähnlich wie die Behörden, einen Schutzgürtel gezogen, um Schaden von der Stiftung Lebenspfad und dem Verein Lebenspfad e.V. abzuwenden und um die beteiligten Akteure auf Grundlage der mir bekannt gewordenen Informationen so transparent wie irgend möglich zu informieren.

Seit dem 10.11.2018 ruhen meine Vorstandstätigkeiten. Für die Stiftung Lebenspfad und den Verein Lebenspfad e.V. wurden Geschäftsführer eingesetzt, damit das operative Geschäft weitergehen kann. Projektpartner, wie z.B. regionale Wirtschafts-Verbände, die Referenten, Schulen, der Stiftungsbeirat, die Stiftungsbotschafter und wichtige Kontakte mussten zur Sachlage, den Geschehnissen und zu unserem Kenntnisstand umgehend informiert werden. Transparenz ist

⁴⁹ Kanzlei Jens Conrad, Zwickau, www.faktor-recht.de

mir wichtig. Eine offene Kommunikation für mich Pflicht. Ich trat die Flucht nach vorne an. Mit den wichtigsten Personen aus meinem Umfeld vereinbarte ich persönliche Gesprächstermine.

Die Regierung von Oberfranken wurde bereits am Sonntag, den 11.11.2018 per E-Mail informiert, dass eine erfahrene Fachfrau die Geschäfte der Stiftung Lebenspfad ab sofort führt und ich mich aus dem operativen Tagesgeschäft zurückgezogen habe und meine Vorstandsämter ruhen lasse.

Für die laufenden und anstehenden Projekte und Veranstaltungen⁵⁰ und Zertifikatsübergaben mussten ebenfalls Lösungen gefunden werden. Vor allem mussten wir in Erfahrung bringen, wer hat von wem welche Informationen erhalten und wie weitergegeben? Allem voran bei den Schulen. Was durften wir noch durchführen?

Betrifft der Programmstopp nur die an Schulen stattfindenden Module des Projekts „Der Business-Führerschein“? Was ist mit dem Praxis-Modul am 21.11.2018? Der schulfreie Buß- und Betttag wird für einen Perspektivenwechsel genutzt. Schüler nehmen die Rolle einer Führungskraft ein und bekommen einen ersten Eindruck, wie sich das Arbeitsleben im Chefsessel anfühlt und was Verantwortung bedeutet.

Was ist mit den am 22.11.2018 und 26.11.2018 anstehenden Zertifikatsübergaben? An diesem Tag sind Schüler zu Gast bei einem heimischen Unternehmen und nehmen in einem feierlich gestalteten Rahmen für ihr außerschulisches Engagement ihre Auszeichnung und Urkunde „Der Business-Führerschein“ entgegen.

Was ist mit unserem interaktiven Schüler-Infoabend am 27.11.2018 zu dem bereits über 25 Firmen und mehr als 180 Schüler angemeldet sind? Wie gehen wir mit Anfragen von Schülern, Eltern, Projektpartnern zum Programmstopp um?

⁵⁰ „Der Business-Führerschein (BFS)“, „Schüler-Infoabend (SIA)“, „Schüler als Bosse-Tag (SAB) – www.karriere-wege.de

Beispiel einer Nachricht via Facebook am 17.11.2018 um 23:04 Uhr: „guten Tag! da ich im Internet nichts darüber finde und ich mich nicht an Spekulationen beteiligen möchte, wende ich mich nun an Sie: wieso gab es eine ministeriale Anweisung, dass Ihre Kurse, **um die Sicherheit der Kinder zu gewährleisten**, storniert werden? was ist denn bei Ihnen los? ich hoffe, Sie bringen etwas Klarheit in diese Angelegenheit. freundliche Grüße“

Ist die Stiftung Lebenspfad schwerstkriminell? Haben unsere ca. 24 Referenten die Sicherheit von Schülern gefährdet? Welche Informationen wurden denn an die Schüler und Eltern „gespielt?“

Ich bin schockiert. Wir sind schockiert.

Was uns, und in erster Linie mich persönlich, fast verrückt und zutiefst betroffen gemacht hat war, dass scheinbar alle mit Informationen versorgt waren und auch inhaltlich über die laufenden Ermittlungen in Kenntnis sind! Nur wir nicht! Mir lag bis dahin nur die telefonische Aussage des leitenden Schulamtsdirektors, Stefan K., vor!

In der Zeit vom 12. bis 20. November 2018 traf ich mich mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft (u.a. auch mit meinem Büro-Vermieter), Stiftungsbeirat und Stiftungsbotschaftern, um sie über die aktuelle Lage in Kenntnis zu setzen. Auch habe ich bei Coburgs Oberbürgermeister Norbert T. bereits am 13.11.2018 per E-Mail um ein persönliches Gespräch gebeten. Was hieraus geworden ist, kann in der Dokumentation nachgelesen werden bzw. wird dazu später weiteres folgen.

Ein Telefonat am 21.11.2018 um 15:06 Uhr: Über meinen Beiratsvorsitzenden der Stiftung Lebenspfad ist mir telefonisch mitgeteilt worden, dass in der Stadt Coburg Behauptungen „ich sei Reichsbürgerin“ kursieren und er sich von mir und der Stiftung distanzieren soll. Er ist vermehrt persönlich darauf angesprochen worden und zieht sich jetzt erst einmal von seiner Beiratsfunktion zurück. Sein befreundeter Rechtsanwalt hat ihn dazu geraten... Leider

wollte er mir keine Namen nennen. Er hat auch davon gesprochen bzw. ist ihm mitgeteilt worden, dass ich mit "Zeichen" unterschreibe und Briefe mit 2ct⁵¹ versende. Das sei ein „Reichsbürger-Indiz.“ Woher kommen diese Informationen? Und wer verbreitet diese?

In dieser Situation des Nichtwissens gilt es mit Bedacht zu handeln. Ich bin für meine Schnelligkeit und Professionalität in der Umsetzung von Ideen und Projekten bekannt. Ein Hochgeschwindigkeitszug bei voller Fahrt eine Vollbremsung hinlegen zu lassen...der Bremsweg ist lang. Die Ruhe bzw. in meinem Fall Geduld zu haben, ist für jemanden wie mich, kaum auszuhalten. Fast täglich musste ich mir sagen lassen „du bist zu schnell, geh runter vom Gas.“

Die neu eingesetzte Geschäftsleitung, Projektmitarbeiter und Krisenstab telefonierten sich die Finger wund um den allgemeinen bzw. jeweiligen Kenntnisstand zu erfahren. Wir, mein kleines Krisenteam, legten gemeinsam eine Kommunikationsstrategie fest, loteten aus, wer und auf welchem Wege (telefonisch, schriftlich, persönlich) informiert wird. Eine sensible Kommunikation ist gefordert. Ich war mittlerweile mit Gesprächen mit meinem Anwalt, meinen Projektpartnern und Akteuren und sehr viel Schriftverkehr beschäftigt. Auch habe ich einen ehemaligen Bayerischen Ministerpräsidenten um Rat gefragt und wollte von ihm erfahren, ob ihm derartige behördliche Vorgehens- und Verhaltensweisen bekannt sind.

Hier noch eine Telefonnotiz vom 23.11.2018 um 12.11 Uhr: Ein Anruf eines Vorstandsmitglieds aus Hochfranken. Dieser berichtete mir von seinem Telefonat mit Stefan K. von der Regierung von Oberfranken bezüglich des Programmstopps. Als Projektpartner des Business-Führerscheins in der Region Hochfranken hat der Vorstand ein berechtigtes Interesse an der Weiterführung des Programms in seiner Region. Stefan K. teilte ihm ganz offen mit, dass es einen ganz konkreten Ermittlungsgrund gegen Elke Gillardon gäbe (Staats-

⁵¹ lt. Weltpostvertrag vom 14.9.1994 (BGBl. 1998 II) Nichtvorrangssendung bis 20g; Sonderziehungsrecht 0,18 ct., www.transportrecht.de

angehörigkeitsausweis, Reichsbürger). Gleichzeitig gab Stefan K. ihm bekannt, dass die Ermittlungen bis Mittwoch in der Kalenderwoche (KW) 47 abgeschlossen seien.

Aha! Könnte Stefan K. die Behörde gewechselt haben und ist vielleicht zum Staatsanwalt mutiert? Könnte Herr K. in seinem bisherigen Amt etwas unterfordert sein und sich nicht wichtig genug fühlen? Nebenbei bemerkt: Weder mein Anwalt noch ich hatten zu diesem Zeitpunkt Akteneinsicht erhalten! Wir wussten immer noch nicht, was Sache ist!

Vielleicht ist es Ihnen aufgefallen?

Es wird zu meiner PERSON⁵² ermittelt, gegen mich privat, denn gegen diese liegt laut Vorladung vom 6.11.2018 eine Strafanzeige vor.

Der Austragungsort ist aber die Stiftung Lebenspfad sowie der Verein Lebenspfad e.V. Das sind jeweils eigenständige Rechtspersönlichkeiten. Es liegt weder gegen die Treuhand-Stiftung Lebenspfad noch gegen die juristische Person des im Amtsgericht Coburg eingetragenen Vereins Lebenspfad e.V. derartig Schriftliches vor, die Überprüfungen und Untersuchungen „in alle Richtungen“ und in Folge ein auf allen Ebenen behördlich angeordnetes „Kaltstellen“ veranlassen.

Einige Schriftwechsel möchte ich hier besonders hervorheben.

Nachfolgende Schreiben erreichten mich bzw. habe ich an die Regierung von Oberfranken, diverse Behörden und Regierungsstellen verfasst - gerade auch im Hinblick auf die seit Mai 2018 in Kraft getretene Datenschutzgrundverordnung (DSGVO-EU).

⁵² via Geburtsurkunde erzeugte natürliche Person und „Sache“ um am Rechtsverkehr teilnehmen zu können, durch Einlassung, zur Beantragung für z.B. Personalausweis

Elke Susanne aus der Familie Gillardon
[96450] Coburg
geistig-sittliches Wesen/Entität

post: PHK Wettstein
Polizeiinspektion Coburg
Neustadter Str. 1
96450 Coburg

per Fax an: 09561 645 398
Bitte um Weiterleitung an Hauptverantwortlichen

Mein Zeichen: KPICO-Y01	Ihre Geschäftsnummer: BY4380-005224-18/7	Ihre D-U-N-S* Nummer: 312589116	SIC: 9221	Datum: 12. November 2018
----------------------------	---	------------------------------------	--------------	-----------------------------

Sehr geehrter Herr Wettstein,
Ihr Schreiben vom 06.11.2018 an die durch Geburtsurkunde konstituierte Person 'Frau Elke Gillardon' habe ich wahrgenommen.

Bevor ich zum Vorgang ohne Präjudiz Stellung nehme, beantrage ich hiermit Akteneinsicht. Die Akteneinsicht steht mir zu (Art. 116 GG, Art. 5 Abs. 1 S. 2 EGBGB, §1 BGB).

Ferner bitte ich um Auskunft bezüglich der über meine natürliche Person gespeicherten Daten nach Art. 15, 16, 23 DSGVO (EU).

Mit der Speicherung meiner persönlichen Daten bin ich nicht einverstanden.


Hochachtungsvoll
Kenntnisnahme des Erfüllungsgehilfen ist Kenntnisnahme des Prinzipals
Kenntnisnahme des Prinzipals ist Kenntnisnahme des Erfüllungsgehilfen
Alle Rechte vorbehalten
Das Definitionsrecht obliegt ausschließlich dem Verfasser

by: Elke Gillardon A.R.

Ein sehr interessantes Mitteilungsschreiben.

Bitte lesen Sie genau und jedes Wort einzeln! Die POLIZEI bezeichnet den Umgang mit personenbezogenen Daten als „sensiblen Bereich“ und geht „zum Schutz des einzelnen Bürgers vor Ausforschung durch Dritte“ vor...

Die Begriffe der „polizeilichen Vorgehensweise“ und „Dritte“... sollte diese „Einbahnstrasse“ vielleicht einmal verifiziert werden?

Polizeipräsidium Oberfranken 

Polizeipräsidium Oberfranken, Postfach 10 02 61, 95402 Bayreuth

Frau
Elke Susanne Gillardon
[REDACTED]
96450 Coburg

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom: Bitte bei Antwort angeben Unser Zeichen E 3-0551-197 Durchwahl (0921) 506-1315 Sachbearbeiter Herr Böwerg Bayreuth, 15.11.2018

Ihr Antrag auf Auskunft personenbezogener gespeicherter Daten

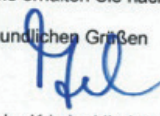
Sehr geehrte Frau Gillardon,

Ihr Antrag auf Auskunft personenbezogener gespeicherter Daten ist hier am 14.11.2018 eingegangen.

Für die weitere Bearbeitung des Antrages benötigen wir jedoch noch eine Kopie Ihres amtlichen Ausweises oder Passes (Vorder- und Rückseite gut lesbar).

Gerade im sensiblen Bereich des Datenschutzes ist diese Vorgehensweise zur Verifizierung Ihrer Person - und generell zum Schutz des einzelnen Bürgers vor Ausforschung durch Dritte - unvermeidlich, um personenbezogene Daten nicht an Unberechtigte zu übermitteln. Daher bitten wir um Verständnis, dass Ihr Ersuchen bis zum Eingang der Kopie zurückgestellt werden muss. Sollte diese innerhalb der nächsten 6 Wochen nicht eingehen, müssen wir den Vorgang leider ohne weitere Bearbeitung abschließen.

Bei der eingereichten Kopie können Sie alle zur Identitätsfeststellung nicht benötigten Daten (Ausweisnummer, Seriennummer, Größe und Augenfarbe) schwärzen. Die eingereichte Kopie erhalten Sie nach Abschluss der Bearbeitung unaufgefordert zurück.

Mit freundlichen Grüßen 

Osel
Leitender Kriminaldirektor

Hausanschrift: Ludwig-Thoma-Str. 4, 95447 Bayreuth
Öffentliche Verkehrsmittel: Bus Linie 314 (Saas), Haltestelle Justizpalast
Erreichbarkeit: Telefon: (09 21) 5 06-0, Telefax: (09 21) 5 06-10 09
Sondernetz der Polizei INTERNET: Telefon: 75 00-0, Telefax: 75 00-10 09
www.polizei-oberfranken.de
E-Mail: pp-off.bayreuth@polizei.bayern.de

Elke Susanne aus der Familie Gillardon
[96450] Coburg
geistig-sittliches Wesen/Entität

post: Stefan Kuen (Leiter Bereich Schulen)
Regierung von Oberfranken
Ludwigstrasse 12
95444 Bayreuth

per Fax an: 0921 604 4366
Bitte um Weiterleitung an Hauptverantwortlichen

Mein Zeichen: RvOf-81118-1
Ihre Geschäftsnummer: 341330996
Ihre D-U-N-S* Nummer: 9111
SIC: Heidrun Piewernetz
Hauptverantwortlicher: Datum: 16.11.2018

Sehr geehrter Herr Kuen,

nochmals vielen Dank für das freundliche Telefonat am 08.11.18 und die Mitteilung des Sachstands. Bezugnehmend auf unser Gespräch vom 08.11.18 teile ich Ihnen mit, dass ich seit dem 11.11.18 alle meine Aufgaben und Tätigkeiten der Stiftung Lebenspfad vertrauensvoll an die Geschäftsleitung, vertreten durch Frau Sandra Silbermann, übergeben habe.

Ich bin sehr an der Aufklärung der Sachlage interessiert und ersuche Sie freundlich um Akteneinsicht zu allen kommunizierten Informationen und Vorgängen. Die in diesem Zusammenhang relevanten Verwaltungsakte senden Sie mir bitte in Schriftform bis zum 22.11.2018 zu. Die Akteneinsicht steht mir zu (Art. 116 GG, Art. 5 Abs. 1 S. 2 EGBGB, §1 BGB).

Die mir telefonisch am 08.11.2018 gegenüber erklärten und im Raum stehenden Behauptungen zu meiner Person, die mich als sogenannte Reichsbürgerin bezeichnen und die in der Folge zum unmittelbaren Stopp für die Tätigkeiten und Programme der Stiftung Lebenspfad an Schulen geführt hat, betrachte ich persönlich als Diskriminierung (Art. 3 Abs. 4 GG, Art. 1 Abs. 1 S. 1 GG).

Ich bitte um Verständnis, dass ich (und auch auf separatem Wege die Stiftung Lebenspfad sowie der Verein Lebenspfad e.V.) die daraus entstehenden Haftungsansprüche prüfen werde und mir Schadenersatz nach §§ 826, 823 BGB vorbehalte, da ich weder einen Reichsbürgerbrief besitze, noch eine nationalsozialistische Gesinnung habe. Ferner bitte ich um Mitteilung, welcher ideologischen Gesinnung bzw. Partei ich anzugehören habe, um Nachteile auszuschließen.

Des Weiteren bitte ich um Auskunft bezüglich der über meine natürliche Person gespeicherten Daten nach Art. 15, 16, 23 DSGVO (EU).

Mit der Speicherung meiner persönlichen Daten bin ich nicht einverstanden.

Ich hoffe auf Ihre konstruktive Mitarbeit und Kooperation. Besten Dank.

Hochachtungsvoll

by: Elke: Gillardon A.R.

Alle Rechte vorbehalten

Das Definitionsrecht obliegt ausschließlich dem Verfasser

Regierung von Oberfranken



Regierung von Oberfranken, Postfach 110165, 95420 Bayreuth

Frau
Elke Susanne Gillardon
[96450] Coburg

Ihr Zeichen:
Datum Ihrer Nachricht:

BL 4
Herr Kuen
0921 604 - 1306
0921 604 - 4366
S 101
stefan.kuen@reg-ofr.bayern.de

Unser Zeichen:
Ansprechpartner:
Telefon:
Telefax:
Zimmer:
E-Mail:

22.11.2018

Datum:

Lebenspfad

Sehr geehrte Frau Gillardon,

aufgrund des Ergebnisses einer aktuellen Überprüfung Ihrer Person durch das Polizeipräsidium Oberfranken werden Sie als der Reichsbürgerbewegung zugehörig eingestuft. Bei der Reichsbürgerbewegung handelt es sich nach Ziffer 4 des Verzeichnisses extremistischer oder extremistisch beeinflusster Organisationen nach der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern über die Verfassungstreue im öffentlichen Dienst vom 29. November 2007 (AIIIMBl. S. 695, StANz. Nr. 51), die zuletzt durch Bekanntmachung vom 16. November 2016 (AIIIMBL. S. 2181) geändert worden ist, um „Extremismus sonstiger Art“.

Der Ideologie der Reichsbürgerbewegung entspricht es, die Existenz und Legitimation der Bundesrepublik Deutschland zu negieren und die auf dem Grundgesetz fußende Rechtsordnung generell nicht als verbindlich anzuerkennen. Personen, denen der Umgang mit Schülern und deren Anleitung und Beratung überantwortet wird, müssen demgegenüber die verfassungsrechtlichen Grundwerte glaubhaft vermitteln.

Die der Regierung von Oberfranken vorliegenden Schreiben lassen eindeutig, klar und unmissverständlich erkennen, dass Sie sich die Ideologie der sog. „Reichsbürgerbewegung“ zu eigen gemacht haben. So lässt sich beispielsweise den weitestgehenden Ausführungen in Ihrem Schreiben an den Gerichtsvollzieher Thorsten Redl vom 28.08.2018 unter anderem entnehmen, dass Sie ihm jegliche Legitimität zu hoheitlichem Handeln absprechen. Sie berufen sich unter anderem darauf, dass das heutige deutsche Recht keine Anwendung findet, sondern das Recht des deutschen Reiches. Darüber hinaus sehen Sie sich selbst als Treuhänder mit Vollmacht von der echten natürlichen Person und den Gerichtsvollzieher als NSDAP-Sklaven bzw. NSDAP-Deutschen. Auch dass Sie Ihre Schreiben mit einem Fingerabdruck und einer Briefmarke, die quer mit Ihrem Namen und Datum be-

Hauptgebäude
Ludwigstraße 20, 95444 Bayreuth
Buslinie 314 Haltestelle Stempitz

Telefon: 0921 604-0
Telefax: 0921 604-1258
E-Mail: poststelle@reg-ofr.bayern.de
www.regierung.oberfranken.bayern.de

Besuchszeiten
Mo-Do: 08.00 – 12.00 Uhr
13.00 – 16.30 Uhr
Fr: 08.00 – 12.00 Uhr
oder nach Vereinbarung

SOK Bayern in Landshut
IBAN: DE24 7502 0500 0074 3015 15
BIC: MARI3333
Deutsche Bundesbank Regensburg



schriftet ist, versehen und eine Unterschrift mit Doppelpunkten zwischen Vor- und Nachnamen verwenden, ist für die Reichsbürgerszene typisch.

Auch die übrigen uns vorliegenden Schreiben sind im gleichen Duktus gehalten. Den mehrfachen Schreiben an die Bundesbank und Ihrem Schreiben an die US-Army vom 25.09.2018 lässt sich entnehmen, dass Sie Deutschland als Unternehmen Germany mit Sitz in Delaware ansehen und Sie sich darüber verwundern, dass die Bundesbank Ihre sogenannten Schuldscheine "Accept for Value" nicht anerkennt. Darüber hinaus ist diesem Schreiben eine Ablichtung eines Fantasieausweises der World Government of World Citizens beigelegt. Selbst in Ihrem Fax an die Regierung von Oberfranken vom 16.11.2018 verwenden Sie Postleitzahlen in eckigen Klammern und versehen Ihren Namen mit dem Zusatz "aus der Familie Gillardon".

In Ihren sämtlichen Schreiben kommt daher deutlich zum Ausdruck, dass Sie einer völlig realitätsfremden Ordnungsvorstellung anhängen, deren Regeln weder mit der geltenden Rechtsordnung noch mit den Gepflogenheiten im geschäftlichen Verkehr in Einklang zu bringen sind. Vor diesem Hintergrund ist eine Begleitung von Schulabgängern bei dem Eintritt in das Berufsleben durch Ihre Person nicht vertretbar.

Der Freistaat Bayern und damit auch die unter der Aufsicht des Staates stehenden Schulen kooperieren nicht mit Personen, welche nicht auf dem Boden des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung stehen.

Wir werden daher bis auf Weiteres alle Anfragen des Vereins "Stiftung Lebenspfad" hinsichtlich einer Fortsetzung von schulischen und schulnahen Projekten negativ bescheiden. Dies gilt auch für sämtliche Initiativen, die in Zusammenhang mit Ihrer Person stehen.

Die Regierung von Oberfranken behält sich vor, bei Anfragen von Dritten hinsichtlich der Erkenntnisse des Polizeipräsidiums Auskunft zu geben, wenn sie eine Klarstellung des Sachverhalts für erforderlich hält.

Mit freundlichen Grüßen


Stefan Kuen
Ltd. Schulamtsdirektor

Puh! Starkes Stück! Starke Anschuldigungen!

Ich dachte immer in einem Rechtsstaat, wie die Bundesrepublik Deutschland bzw. der Freistaat Bayern sich rühmen, gilt die Unschuldsvermutung.

Aber es wird noch besser:

Stadt Coburg
Der Oberbürgermeister

Stadt Coburg · PF 30 42 od. 30 52 96419 Coburg

Per E-Mail versendet:
Frau
Elke Susanne Gillardon
96450 Coburg



Ansprechpartner:
Oberbürgermeister
Norbert Tessmer
Telefon: 09561 89-2014
Telefax: 09561 89-2019
obm@coburg.de

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Unser Zeichen: Unsere Nachricht
vom:
Datum: 29.11.2018

Stiftung Lebenspfad

Sehr geehrte Frau Gillardon,

vom Polizeipräsidium Oberfranken wurden wir als Sicherheitsbehörde informiert, dass Ihre Person aufgrund des Ergebnisses einer aktuellen Überprüfung als der Reichsbürgerbewegung zugehörig eingestuft wird.

Die uns vorliegenden Erkenntnisse der Polizei belegen zweifelsfrei, dass Sie sich die Ideologie der sogenannten „Reichsbürgerbewegung“ zu eigen gemacht haben.

In der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Inneren über die Verfassungstreue im öffentlichen Dienst vom 29. November 2007 und die durch Bekanntmachung zuletzt am 16. November geändert wurde, gehören die Reichsbürgerbewegungen nach Ziffer 4 des Verzeichnisses extremistischer oder extremistisch beeinflusster Organisationen zum „Extremismus sonstiger Art“.

Der Ideologie der Reichsbürgerbewegung entspricht es, die Existenz und Legitimation der Bundesrepublik Deutschland zu negieren und die auf dem Grundgesetz fußende Rechtsordnung generell nicht als verbindlich anzuerkennen.

In den uns bekannt gewordenen Informationen kommt deutlich zum Ausdruck, dass Sie einer völlig realitätsfremden Ordnungsvorstellung anhängen, deren Regeln weder mit der geltenden Rechtsordnung noch mit den Gepflogenheiten im geschäftlichen Verkehr in Einklang zu bringen sind.

Ich teile Ihnen hiermit mit, dass die Stadt Coburg nicht mit Personen kooperiert, weder als Veranstalter noch mit unseren Ämtern oder im Bündnis für Familie, welche nicht auf dem Boden des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung stehen.

Wir werden daher bis auf Weiteres alle Anfragen des Vereins "Stiftung Lebenspfad" negativ bescheiden. Dies gilt auch für sämtliche Initiativen, die in Zusammenhang mit Ihrer Person stehen.

Stadt Coburg
Markt 1, Rathaus
96450 Coburg
1. OG, ZNr.100
www.coburg.de

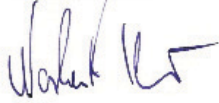
Bankverbindungen
Sparkasse Coburg-Lichtenfels
IBAN: DE5078350000092015114
BIC: BYLADE33HAN
HypoVereinsbank
IBAN: DE5378350000092015114
BIC: HYVODE33HAN

VR-Bank Coburg eG
IBAN: DE3378350000092015114
BIC: GENODEF1COB
Postbank Nürnberg
IBAN: DE5078350000092015114
BIC: PBNKDE33HAN

Die Veranstaltung am 27.11.2018 wurde daher von der Stadt Coburg auch nicht mehr unterstützt. Bis auf Weiteres sind auch alle Logos der Stadt Coburg sowie des Bündnisses von allen medialen Unterlagen (auch online) zu entfernen. Sobald dies geschehen ist, bitten wir um entsprechende Mitteilung.

Die Stadt Coburg behält sich vor, bei Anfragen von Dritten hinsichtlich der Erkenntnisse des Polizeipräsidiums Auskunft zu geben, wenn sie eine Klarstellung des Sachverhalts für erforderlich hält.

Freundliche Grüße



Norbert Tessmer
Oberbürgermeister



E:\Persönliche Mitarbeiterin\Reichsbürger\Schreiben an Elke Gillardon_Einfassung.docx

Zum Zeitpunkt des Eingangs beider Schreiben hatten weder mein Anwalt noch ich persönlich eine Auskunft bzw. Akteneinsicht erhalten. Immer noch wussten wir nicht, um was es geht und was konkret gegen mich vorliegt!

Diese beiden Schreiben, das der Regierung von Oberfranken und das der Stadt Coburg, haben mich zutiefst erschüttert und schockiert. Sie haben sowohl meinen guten Glauben an die freiheitlich demokratische Grundordnung als auch das Vertrauen in Menschen, insbesondere in die Kompetenz von Verantwortungs- und Amtsträgern, zerstört.

Seit über acht Jahren bin ich eine Bürgerin, die sich im Ehrenamt für das Gemeinwohl sowohl in der Region Coburg als auch weit über die Grenzen Oberfrankens hinaus einsetzt. In diesem bürgerschaftlichen Engagement bin ich Menschen immer auf Augenhöhe begegnet. Das dachte ich zumindest. Stefan K. ist mir persönlich nicht bekannt. Oberbürgermeister Norbert T. habe ich über die Jahre als aufrechten Sozialdemokraten kennengelernt. Einer, der Menschen wertschätzend und respektvoll behandelt und sich gerecht und aufmerksam zum Wohle der Sache einsetzt.

Sein Brief vom 29.11.2018 macht mich einfach nur sprachlos. Ich finde dieses Schreiben absurd. Es ist von Realitätsferne getragen und entbehrt jeglicher Gepflogenheiten. Es ist jenseits der guten Sitten, fern von Recht und Ordnung, entehrt, verleumdet, schädigt und diskriminiert meine Person und mich persönlich als lebenden Menschen⁵³.

Zur Erinnerung: Mir wurde am 8.11.2018 erst durch ein Telefonat mit Stefan K., Leiter Bereich Koordination Schulen der Regierung von Oberfranken, bekannt, dass gegen mich ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde, welches allerdings den rein privaten Bereich von mir betrifft. Weiterhin wurde mir durch Herrn K. am 08.11.2018 telefonisch

⁵³ eigentlich würde die Bezeichnung Weib besser passen; Weib steht für Frau als Geschlechtswesen im Unterschied zum Mann

mitgeteilt, dass die Regierung von Oberfranken darauf hingewirkt hat, dass die durch die Stiftung Lebenspfad mit den Schulen abgestimmten Programme, die im Übrigen völlig ideologiefrei und parteifern sind, für die Berufsvorbereitung der Schüler, ohne Rechtsgrund und rein willkürlich, gestoppt hat.

Wie es sein kann, dass die diesbezüglichen personenbezogenen Daten entgegen den Vorschriften der DSGVO⁵⁴ sowohl in die Behörde der Regierung von Oberfranken als auch in die Verwaltung der Stadt Coburg gelangten und trotz der rechtsstaatlichen Unschuldsvermutung⁵⁵ die Vorgehensweisen und Maßnahmen zu Lasten der Stiftung Lebenspfad, des Vereins Lebenspfad e.V. und der betroffenen Schüler, Schulen, Verbände, Institutionen, Unternehmen und Referenten führen konnten, bleibt nach wie vor aufzuklären.

Der Oberbürgermeister trägt vor, dass ihm aktuelle Ergebnisse der Überprüfung zu meiner Person vorliegen. Eine Rechtsgrundlage für die Überprüfung durch seine „Sicherheitsbehörde“ zu meiner Person wird weder genannt noch ist diese ersichtlich. Etwas muss mir in den mittlerweile knapp 25 Jahren, die ich in Coburg lebe, entgangen sein...mir war bis zu diesem Schreiben nicht bewusst, dass die im UPIK-Firmenregister eingetragene Stadt Coburg⁵⁶ eine Sicherheits-Behörde ist. Könnte das im Umkehrschluss bedeuten, dass alle Coburger Bürgerinnen und Bürger unter Sicherheitsverwahrung stehen ähnlich eines zoologischen „Freiwild-Geheges“???

Das wir als PERSON in wohnHAFT sind und unsere PERSON im Gemeindegebiet unter „Friedhofsverwaltung“⁵⁷ steht, ist mir im Zuge meiner Recherchen bekannt geworden. Ganz nebenbei: Haben Sie sich schon einmal gefragt, warum unsere gelben Ortsschilder mit

⁵⁴ DSGVO (Abk.) Datenschutzgrundverordnung

⁵⁵ lat. in dubio pro reo – Präsumtion der Unschuld ist eines der Grundprinzipien eines rechtsstaatlichen Strafverfahrens

⁵⁶ Stadt Coburg ist im UPIK-Firmenregister unter der D-U-N-S@Nummer 312633587 eingetragen, www.upik.de

⁵⁷ Friedhofsrecht ist Landesrecht der Bundesländer, Person ist Sache und damit „tot“

einem dünnen schwarzen Rand, ähnlich einer Trauerkarte, versehen sind? An dieser Stelle sind eigene Nachforschungen empfehlenswert.

„Der beste Platz zum Verstecken der Wahrheit, ist die Öffentlichkeit.“⁵⁸

Es werden aus einem schwebenden Verfahren gegen mich, dessen Inhalte sich zu diesem Zeitpunkt immer noch meiner Kenntnis entziehen, ohne dass ein rechtskräftiges Urteil vorliegt, sogenannte Erkenntnisse angesprochen, die darin gipfeln, dass ich der sogenannten „Reichsbürgerbewegung“ angehören würde.

Nochmals: Mir ist keine Definition der Begrifflichkeit „Reichsbürgerbewegung“ bekannt, die eine Grundlage in irgendeinem Gesetz findet. Die einzige Grundlage für den Begriff „Reichsbürger“ findet sich allerdings im Reichsbürgergesetz vom Jahre 1935. Danach ist Reichsbürger, wer im Besitz eines Reichsbürger-Briefes ist und seine Treue gegenüber Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat unter Beweis gestellt hat. Dies ist bei mir jedoch nicht der Fall! Ich bin weder im Besitz eines Reichsbürger-Briefes noch habe ich zu irgendeinem Zeitpunkt eine Treue oder Verbundenheit zum Nationalsozialismus bekundet! Und das werde ich auch niemals! Frauen nach ihrem Alter zu fragen ist eigentlich unschicklich. Ich gebe es deshalb und gerade in diesem Fall aber freiwillig preis und rufe es gerne laut heraus: Ich bin im Jahr 1970 geboren! Das liegt weit nach 1933 bis 1945!

Mithin ist seitens der Regierung von Oberfranken und des Coburger Oberbürgermeisters die Unterstellung der Zugehörigkeit meinerseits zu einer „Reichsbürgerbewegung“ eine falsche Tatsachenbehauptung, die unmittelbar ein Unterlassungsanspruch nach sich zieht. Etwaige Schadenersatzansprüche und alle Rechte aus diesem inakzeptablen Vorgang behalte ich mir dabei ausdrücklich vor. Die Stiftung Lebenspfad sowie der Verein Lebenspfad e.V. werden ebenfalls daraus entstehende Haftungsansprüche prüfen und sich

⁵⁸ Zitat von Sherlock Holmes (alias Benedict Cumberbatch) in der BBC TV-Reihe „Sherlock – Der lügende Detektiv“ (2017)

Schadenersatz nach §§ 826, 823 BGB vorbehalten. Über zahlreiche und gerne auch großzügige Spenden, die meine und unsere Jugendbildungsarbeit unterstützen, und um etwaige gerichtliche Verfahren voranzutreiben und durchzuziehen, freuen wir uns.⁵⁹

In beiden Schreiben wird auf die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 29. November 2007 verwiesen⁶⁰. Diese Anordnung bezieht sich auf Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Nebenbei darf ich erwähnen, dass ich nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt bin und somit nicht in den Gegenstandsbereich dieser Verordnung falle. Als Steuern zahlende Bürgerin darf ich doch davon ausgehen, dass „Amtsinhaber“ des Lesens und Verstehens behördlicher Anweisungen, Verordnungen und Gesetze auch mächtig sind mit denen sie sich schriftlich brüsten.

Die Ausführungen von Oberbürgermeister T. zu den ihm bekannt gewordenen Informationen, dass ich einer „...völlig realitätsfremden Ordnungsvorstellung anhängend bin“, lassen erkennen, dass ihm offenkundig Art. 1 Abs. 1 Satz 1, Art. 3 Abs. 4, Art. 2, Art. 20 usw. Grundgesetz unbekannt sind.

Im Zeitungsartikel der Neuen Presse Coburg „Schulverbot für mutmaßliche Reichsbürgerin“⁶¹ vom 31.01.2019 rühmt sich Coburgs Stadtoberhaupt und bezieht sich wohl damit auf sein Schreiben, wenn er sagt: „Wir haben sofort gehandelt, als wir mit den Vorwürfen“⁶² konfrontiert wurden.“

Ich bin als Mensch und natürliche Person im Sinne des Art. 5 Abs. 1 Satz 2 EGBGB⁶³, §1 BGB, Art. 10, Art. 50 EGBGB durchaus berechtigt

⁵⁹ Spendenkonten der Stiftung Lebenspfad unter www.stiftung-lebenspfad.de

⁶⁰ Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern für öffentliche Bedienstete (Az. ID6-0331-2, AllMBI. S. 695, StAnz. Nr. 51) und die durch Bekanntmachung zuletzt am 16. November 2016 geändert wurde (Az. IE3-1674-1)

⁶¹ Neue Presse Coburg, Ausgabe vom 31.01.2019, S. 9

⁶² Vorwurf: Äußerung, die jemanden beschuldigt oder jemandem Vorhaltungen macht.

⁶³ EGBGB: Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 18. August 1896

Dritten gegenüber meine Auffassung zu meiner Rechtstellung kundzutun und zu vertreten [was ich in meinem privaten Schriftwechsel mit meiner Hausbank getan habe].

Der Hinweis auf meine angeblich grundgesetzwidrigen und verfassungswidrigen Einstellungen oder Handlungsweisen ist völlig unbegründet und basiert lediglich auf offenkundig ideologiebasierter behörden- und verwaltungsinterner ungesetzlicher Handlungsanweisungen, nicht jedoch auf profunde Stützen in gültigen Gesetzen.

Weiterhin konnte ich beiden Schreiben entnehmen, und die dortigen Ausführungen deuten darauf hin, dass im Zuge der polizeilichen Ermittlungen gegen mich privat, personenbezogene Daten und Informationen zugetragen worden sind, besagte Stellen sich mit der Gesamtproblematik, die ich mir zum Gegenstand meiner privaten Kommunikation mit mache, nicht vertraut sind und vorschnell urteilen. Insoweit ist es ausdrücklich als ein Missverständnis der Herren K. und T. anzusehen, wenn diese aus meinen Ausführungen den Schluss ziehen, ich befände mich nicht auf dem Boden des Grundgesetzes (GG) und der Bayerischen Verfassung. Das Gegenteil ist der Fall.

Ich leugne weder die Existenz der Bundesrepublik Deutschland noch die des Freistaats Bayern. Ich lebe hier. Sondern ich lege Wert darauf, zum Ausdruck zu bringen, dass den grundgesetzlichen Anforderungen gerade auch im Hinblick auf die Rechtsstaatlichkeit und des Schutzes der Rechtsstellung der deutschen Staatsangehörigen (gemäß Art. 116 Abs. 1, Abs. 2 GG)⁶⁴, die die Hauptlast des Gemeinwesens tragen, und der aller anderen integrationswilligen Mitbürger, ihr ureigenes Anliegen ist. Des Weiteren gebe ich treu und brav die laufend und jährlich anfallenden Steuererklärungen ab und zahle geforderte Abgaben, Beiträge und Steuern.

⁶⁴ Der Staatsangehörigkeitsausweis, sog. Gelber Schein, bescheinigt als einziges Dokument die deutsche Staatsangehörigkeit im Sinne des Grundgesetzes Art. 116 Abs. 1

Insoweit sollte, bevor die Tür zugeschlagen wird, erst, wie es in einem Rechtsstaat üblich ist, das Ermittlungsverfahren und eine etwaige Entscheidung abgewartet werden.

Das gesamte mir gegenüber zum Ausdruck gebrachte Verfahren widerspricht dem Grundgesetz (Art. 2 GG, Art. 3 Abs. 4 GG, Art. 1 Abs. 1 S. 1 GG).

Eine derartige Diffamierungskampagne, deren Leidtragende automatisch auch **alle** an den Programmen betroffenen Teilnehmer und Akteure der Stiftung Lebenspfad und des Vereins Lebenspfad e.V. sind, sucht ihresgleichen.

Aus dem Schreiben von Stefan K. kann ich entnehmen, dass ihm mein gesamter privater Schriftwechsel mit meiner Hausbank vorliegt bzw. er von diesem Kenntnis erlangt hat. Mit welchem Recht? Ist die vielbeachtete europäische Datenschutz-Grundverordnung und weiterer unserer Gesetze nur vom Bürger aus als „Sackgasse ohne Wendemöglichkeit“ zu betrachten und strengstens einzuhalten?

Gelten denn für Behörden, Amtsinhaber und Bedienstete andere Regeln und Gesetze, die diese ausschließlich und nur zu ihren Gunsten in Hochgeschwindigkeit als echte „Einbahnstrassen“ befahren dürfen?

Ein herzliches „Grüß Gott!“ auch an das bayerische Polizeiaufgabengesetz⁶⁵ (PAG) .

⁶⁵ Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Staatlichen Bayerischen Polizei vom 14.09.1990 und zuletzt durch §1 des Gesetzes vom 18.05.2018 (GVBl. S.301, 434) geändert worden ist

Dem Sachverhalt des für mich offenkundigen Datenmissbrauchs wollte ich auf den Grund gehen und verfasste ein Schreiben an das Polizeipräsidium Oberfranken und an das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz.

Beide Schreiben habe ich der oberfränkischen Regierungspräsidentin, dem Coburger Stadtoberhaupt und dem Bayerischen Staatsminister des Innern, Joachim H., zur Kenntnisnahme übersandt.

Elke Susanne aus der Familie Gillardon

[96450] Coburg

Offizielles und öffentliches Schreiben mit öffentlicher Bekanntmachung

post: Herr Osel, Leitender Kriminaldirektor
Polizeipräsidium Oberfranken
Postfach 10 02 61
95402 Bayreuth

per Fax an: 0921 506 1009

Bitte um Weiterleitung an Hauptverantwortlichen

Mein Zeichen: PPOfr-Y01
Ihre Geschäftsnummer: E 3-0551-197
Ihre D-U-N-S* Nummer: 506864060
SIC: 9221
Datum: 04. Dezember 2018

Sehr geehrter Herr Osel,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 23.11.2018.

Gerne nehme ich Bezug auf Ihre Nachricht vom 15.11.2018 zum Antrag auf Auskunft personenbezogener gespeicherter Daten. In diesem weisen Sie ausdrücklich auf den Schutz des einzelnen Bürgers vor Ausforschung durch Dritte und Übermittlung von Daten an Unberechtigte hin.


Zu Ihrer Kenntnis finden Sie anhängend ein Schreiben vom 22.11.2018 von Stefan Kuen, Leiter Bereich Koordination Schulen der Regierung von Oberfranken, sowie ein Schreiben vom 29.11.2018 von Norbert Tessmer, Oberbürgermeister der Stadt Coburg.

Wie es möglich ist, dass eigentlich vertrauliche Ermittlungen der Polizeibehörde aus einem schwebenden Verfahren, ohne dass ein rechtskräftiges Urteil vorliegt, personenbezogene und polizeiinterne Daten und Informationen sowohl in die Behörde der Regierung von Oberfranken als auch in die Verwaltung der Stadt Coburg gelangten, bedarf dringend der Aufklärung.

Der unter Verletzung der rechtsstaatlichen Unschuldsvermutung begangene offenkundige Datenmissbrauch geht sowohl zu Lasten meiner Person, als auch schädigt sie nachhaltig und nachweislich das bürgerschaftliche Engagement der Stiftung Lebenspfad, des Vereins Lebenspfad e.V. sowie alle an den Programmen beteiligten Schüler, Schulen, Verbände, Institutionen, Unternehmen und Referenten. Darüber hinaus sehe ich in dieser Vorgehensweise eindeutig ein Verstoß gegen die Menschenrechte (UN Resolution 217 A III vom 10.12.1948) sowie gegen geltendes Recht (Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, DSGVO).

Ich bitte um Ihre schriftliche Stellungnahme unter vollumfänglicher Bekanntgabe, wie diese vertraulichen Informationen und personenbezogenen Daten an Dritte gelangen konnten, wer durch Ihre Behörde noch alles informiert wurde und auf welchem Wege, und wer die Verantwortung und Haftung dafür übernimmt, dass geschützte personenbezogene Daten widerrechtlich an Dritte weitergeben werden können. Aufgrund des bereits bestehenden immensen wirtschaftlichen Vermögens- und Imageschadens setze ich Ihnen eine Frist bis zum 07.12.2018 um 15 Uhr, eingehend vorab per Fax an 09561 8363319.

Sollte ich innerhalb der gesetzten Frist keine Antwort erhalten, muss ich davon ausgehen, dass bestimmten Personen des öffentlichen Sektors entgegen klarer Festlegung durch die DSGVO (EU) der Zugang zu geschützten personenbezogenen und polizeiinternen Daten bewusst ermöglicht wird.

Hochachtungsvoll


Alle Rechte nach Urheberrecht, DSGVO (EU), Art. 5 Abs. 1 Satz 2 EGBGB • UCC Doc # 1-308 und # 1-103 vorbehalten
Ohne Präjudiz • Das Definitionsrecht obliegt ausschließlich dem Verfasser

Elke Susanne aus der Familie Gillardon

[96450] Coburg

Offizielles und öffentliches Schreiben mit öffentlicher Bekanntmachung

post: Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz
Postfach 450 145
80901 München

Mein Zeichen: LV-Y01
Ihre Geschäftsnummer:
Ihre D-U-N-S* Nummer: 340926166
SIC: 9199
Datum: 05. Dezember 2018

Antrag auf Mitteilung personenbezogener Daten

Sehr geehrte Damen und Herren,

in oben genannter Angelegenheit ersuche ich Sie um Mitteilung aller über meine natürliche Person gespeicherten Daten entsprechend den Vorschriften des Landesverfassungsschutzgesetzes (BayVSG) bzw. der DSGVO-(EU).

Mein berechtigtes Interesse an einer vollständigen Auskunft resultiert aus beigefügten Schreiben der Regierung von Oberfranken und der Stadt Coburg, aus denen hervorgeht, dass mir der Vorwurf unterbreitet wird, einer sogenannten Reichsbürgerbewegung – ohne dass diese gesetzlich definiert ist – nahezustehen, obgleich ich weder im Besitz eines Reichsbürger-Briefes bin, noch der nationalsozialistischen Weltanschauung zugewandt bin.

Im Gegenteil; ich lehne jegliche Ideologie und Parteienwirtschaft ab. Insofern ist mir unbegreiflich, welche „Erkenntnisse“ zu dieser Auffassung in Ihrer Behörde geführt haben mag. Ebenso ist mir unbegreiflich, wie eine Landesverfassungsschutzbehörde nicht die Grundrechte und Grundfreiheiten sowie die freiheitlich demokratische Grundordnung schützt und bei Verstößen einschreitet, sondern tatenlos zusieht, wie unter Verstoß gegen Art. 1 Abs. 1 Satz 2, Art. 3, Art. 20 Abs. 1-3 usw. Grundgesetz unter Verletzung des Legalitätsprinzips ministerielle Erlasse als Gesetze von öffentlich Bediensteten gegenüber freien Bürgern ohne Gewährung rechtlichen Gehörs und ohne der Unschuldsvermutung Rechnung zu tragen eine Pogromstimmung gegen unterfertigte entfacht wird. Nicht abgeschlossene „Ermittlungen“ der Polizeibehörden wurden allgemein bekannt gemacht und Vorurteile ausgeführt.

Es wird darum nachgesucht entsprechende Erkenntnisse Ihrer Behörde bezüglich des Weges personenbezogener Daten, meine Person Elke Gillardon betreffend, zur Regierung von Oberfranken und der Stadt Coburg, der IHK zu Coburg, der Hochschule Coburg und weiteren Institutionen, mir gleichfalls mitzuteilen.

Hochachtungsvoll


Anlage Schreiben Regierung von Oberfranken
Schreiben Stadt Coburg

Alle Rechte nach Urheberrecht, DSGVO (EU), Art. 5 Abs. 1 Satz 2 EGBGB • UCC Doc # 1-308 und # 1-103 vorbehalten
Ohne Präjudiz • Das Definitionsrecht obliegt ausschließlich dem Verfasser

Zwischenzeitlich hat mein Anwalt ein Schreiben an die Regierung von Oberfranken verfasst, eine Stellungnahme ist zum Zeitpunkt der Buchentstehung ausgeblieben:

CONRAD RECHTSANWALT	
Unabhängiges Organ der Rechtspflege	
<small>Rechtsanwalt Jens Conrad Am Schwanenteich 4 08098 Zwickau</small>	<small>Rechtsanwalt Jens Conrad Am Schwanenteich 4 08098 Zwickau Tel.: 0375/295762 Funk: 0170/6704283 Fax.: 0375/295783 EPost: kanzel@raco2.de 27.11.2018</small>
<small>Regierung von Oberfranken z.Hd. Herrn Stefan Kuen Ludwigstraße 20 95444 Bayreuth</small>	<small>111/1801 (Bitte stets angeben) USD-Nr. 227/211/04757 ohne Prüfziffer Es gilt Art. 5 Abs. 1 Satz 2 EGBGB - Alle Rechte - UCC Doc # 1-308 und # 1-103 - vorbehalten!</small>
<small>Kc: 1416 p FAX: (0375) 604-4366</small>	
<small>Gillardon/Freistaat Bayern Elke Gillardon / Freistaat Bayern wg. Schadensersatz und Unterlassung</small>	
<small>Sehr geehrter Herr Kuen,</small>	
<small>Hiermit zeige ich Ihnen an, mich Frau Elke Gillardon, 96450 Coburg, mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt hat. Eine entsprechende Vollmachtskopie ist beigelegt.</small>	
<small>Ihr Schreiben vom 22.11.2018 liegt mir vor.</small>	
<small>Sie tragen vor, dass Ihnen aktuelle Ergebnisse einer Überprüfung zu der Person meiner Mandantin vorliegen. Eine Rechtsgrundlage für die Überprüfung Ihrer Behörde der Person meiner Mandantin (gemeint ist wohl die natürliche Person?) wird weder genannt noch ist diese ersichtlich.</small>	
<small>Es werden aus einem schwebenden Verfahren gegen meine Mandantin, ohne dass ein rechtskräftiges Urteil vorliegt, sogenannte Erkenntnisse angesprochen, die darin gipfeln das meine Mandantin der sogenannten „Reichsbürgerbewegung“ angehören würde. Mir ist keine Definition der Begrifflichkeit „Reichsbürgerbewegung“ bekannt, die eine Grundlage in irgend einem Gesetz findet. Die einzige Grundlage für den Begriff „Reichsbürger“ findet sich allerdings im Reichsbürgergesetz vom Jahre 1935. Danach ist Reichsbürger, wer im Besitz eines Reichsbürger-Briefes ist und seine Treue gegenüber Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat unter Beweis gestellt hat.</small>	
<small>Dies ist bei meiner Mandantin jedoch nicht der Fall. Sie ist weder im Besitz eines Reichsbürger-Briefes, noch hat sie zu irgendeinem Zeitpunkt eine Treue oder Verbundenheit zum Nationalsozialismus bekundet.</small>	
<small>Mithin ist Ihre Unterstellung der Zugehörigkeit meiner Mandantin zu einer „Reichsbürgerbewegung“ eine falsche Tatsachenbehauptung, die unmittelbar ein Unterlassungsanspruch nach sich zieht.</small>	
2	
<small>Bank: Deutsche Bank IBAN DE59 8707 0000 0348 2148 00 BIC DEUTDE33XXX</small>	

Ich habe sie jetzt persönlich aufzufordern, zur Meidung der Wiederholungsgefahr eine entsprechende strafbewehrte Unterlassungserklärung abzugeben. Hierfür setze ich Ihnen eine Frist

bis zum 28.11.2018, 15:00 Uhr,

vorab per Fax, hier eingehend.

Ihre Ausführungen zu Verhaltensweisen oder Willensäußerungen meiner Mandantin lassen erkennen, dass Ihnen offenkundig Art. 1 Abs. 1 Satz 1, Art. 3 Abs. 4, Art. 2, Art. 20 usw. Grundgesetz unbekannt sind.

Meine Mandantin ist als Mensch und natürliche Person im Sinne des Art. 5 Abs. 1 Satz 2 EGBGB, Paragraph 1 BGB, Art. 10, Art. 50 EGBGB durchaus berechtigt Dritten gegenüber ihre Auffassung zu ihrer Rechtsstellung kundzutun und zu vertreten.

Der Hinweis auf angeblich grundgesetzwidrige Einstellungen oder Handlungsweisen meiner Mandantin ist völlig unbegründet und basiert lediglich auf offenkundig ideologiebasierte interne ungesetzliche Handlungsanweisungen, nicht jedoch auf profunde Stützen in gültigen Gesetzen.

Zutreffend ist allerdings, dass es äußerst fragwürdig ist, sich unumschränkt auf die Anwendung des Rechts des Deutschen Reiches zu berufen, ohne zugleich klarzustellen, dass ausdrücklich die Gesetze aus der Zeit vom 1. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 ausgenommen sind. Auch sind sicherlich die Bezeichnungen im Zusammenhang mit der ehemaligen NSDAP Körperschaft des öffentlichen Rechts (seit Dezember 1933) unglücklich, sollen jedoch verdeutlichen, dass meine Mandantin eben nichts mit dieser Ideologie und Form der Staatsorganisation gemein hat.

Insoweit deuten Ihre Ausführungen darauf hin, dass Sie sich mit der Gesamtproblematik, die meine Mandantin zum Gegenstand ihrer Kommunikation mit macht, nicht vertraut sind und vorschnell urteilen.

Insoweit ist ausdrücklich als ein Missverständnis Ihrerseits anzusehen, wenn Sie aus den Ausführungen meiner Mandantin den Schluss ziehen, sie befände sich nicht auf dem Boden des Grundgesetzes. Das Gegenteil ist der Fall.

Sie leugnet weder die Existenz der Bundesrepublik Deutschland noch des Freistaates Bayern, sondern sie legt Wert darauf, zum Ausdruck zu bringen, dass den grundgesetzlichen Anforderungen gerade auch im Hinblick auf die Rechtsstaatlichkeit und des Schutzes der Rechtsstellung der deutschen Staatsangehörigen, die die Hauptlast des Gemeinwesens tragen und der aller anderen Integrationswilligen Mitbürger ihr ureigenstes Anliegen ist.

Insoweit sollte, bevor die Tür zugeschlagen wird, erst, wie es in einem Rechtsstaat üblich ist, das Ermittlungsverfahren und eine etwaige Entscheidung abgewartet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Jens Conrad
Rechtsanwalt

Auch eine anwaltliche Reaktion auf das Schreiben von Oberbürgermeister Norbert T. erfolgte und blieb bis zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Buches unbeantwortet:

RECHTSANWALT
CONRAD

Unabhängiges Organ der Rechtspflege

RA Jens Conrad, Am Schwanenteich 4, 08056 Zwickau

Rechtsanwalt Jens Conrad
Telefon 0375295782
Telefax 0375295783
E-Mail kanzlei@jensconrad.de
Mobiltelefon 01706704283
USTA_Nr. 227/211/04757

Stadt Coburg
z.Hd. OB Tessmer
PF 30 42
96419 Coburg

03. Dezember 2018

105/18 C01

Gillardon, Elke
Stiftung Lebenspfad

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Tessmer,

In oben genannter Angelegenheit zeige ich Ihnen an, dass mich Frau Elke Gillardon, 96450 Coburg, mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt hat. Ihr Schreiben vom 29.11.2018 liegt mir vor.

Im Kern unterbreiten Sie als Oberbürgermeister der Stadt Coburg meine Mandantin den Vorwurf, als Mitglied oder Sympathisant der phantomgleichen Reichsbürgerbewegung ein Sicherheitsrisiko für die Stadt zu sein, ohne dass ein rechtsstaatliches Verfahren überhaupt stattgefunden hat. Sie verstoßen damit gegen Art. 1 Abs. 1 Satz eins und zwei Grundgesetz, Art. 2 und Art. 3, Art. 20 usw. des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

Außerdem erfüllt die unter Verletzung der Unschuldsvermutung dargetane Ankündigung, eigentlich vertrauliche Ermittlungen der Polizeibehörden an* interessierte* weiterzugeben den Tatbestand der Kreditgefährdung im Sinne des Paragraphen 826 BGB.

Die haltlosen Beschuldigungen, meine Mandantin würde die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland nicht respektieren, entbehren jeglicher Tatsachen.

Die ihrerseits in Bezug genommene Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern ist für meine Mandantin grundsätzlich nicht einschlägig, da sie keinesfalls im öffentlichen Dienst beschäftigt ist. Unbeschadet dessen ist die willkürliche Zuordnung zu sogenannten

Rechtsanwalt Jens Conrad, Am Schwanenteich 4, 08056 Zwickau

Deutsche Bank IBAN: DE56 8707 0000 0348 2148 00 BIC: DEUTDE33XXX

Alle Rechte nach Urheberrecht, DSGVO(EU), Art. 5 Absatz 1 Satz 2 EGBGB und UCC Doc # 1-308 und #1-103 vorbehalten

„Bewegungen“ als rechtsstaatswidrig einzuordnen, da meiner Mandantin diesbezüglich keinerlei rechtliches Gehör gewährt wurde. Im vorliegenden Fall wird schlichtweg ideologisch motivierter Rufmord betrieben, denn aus eigener Anschauung werden Sie sicherlich aus der achtjährigen Zusammenarbeit mit der Stiftung Lebenspfad keinerlei Anhaltspunkte entdeckt haben, die Veranlassung gegeben hätten, die ehrenamtliche Tätigkeit meiner Mandantin und der Stiftung, die ohne jegliche ideologische Ambition erfolgt, in Zweifel zu ziehen. Alle in der Vergangenheit Einbezogenen waren vollumfänglich zufrieden.

Die Streichung ihres Engagements geht vor allen Dingen zulasten der Schüler und der Unternehmen der Region, die auf Nachwuchs angewiesen sind. Meine Mandantin wird das Vorgehen der Stadt Coburg insbesondere auch im Hinblick auf den Schutz Ihrer persönlichen Daten und dem offenkundigen Missbrauch gerichtlich überprüfen lassen, sofern nicht eine angemessene Einigung zustande kommt.

Hierfür gebe ich Ihnen bis zum Ablauf des 5.12.2018, 15:00 Uhr, durch Übermittlung einer entsprechenden Nachricht Gelegenheit.

Mit freundlichen Grüßen

Jens Conrad
Rechtsanwalt

Rechtsanwalt Jens Conrad, Am Schwanenteich 4, 08056 Zwickau

Deutsche Bank IBAN: DE56 8707 0000 0348 2148 00 BIC: DEUTDE33XXX

Alle Rechte nach Urheberrecht, DSGVO(EU), Art. 5 Absatz 1 Satz 2 EGBGB und UCC Doc # 1-308 und #1-103 vorbehalten

Am 06.12.2018 erhielt ich folgende Antwort vom Polizeipräsidium Oberfranken auf mein Schreiben vom 04.12.2018:

Polizeipräsidium
Oberfranken



Sachgebiet E 3

Polizeipräsidium Oberfranken, Postfach 10 02 61, 95402 Bayreuth

Frau
Elke Gillardon
96450 Coburg

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom 04.12.2018 PPOfi-Y01	Bitte bei Antwort angeben Unser Zeichen E3-0228 / 0551-197	Durchwahl (0521) 506- 1315	Sachbearbeiter Herr Dosewig	Bayreuth 05.12.2018
---	--	----------------------------------	--------------------------------	------------------------

Sehr geehrte Frau Gillardon,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 04.12.2018.

Das Polizeipräsidium Oberfranken führte aufgrund von Hinweisen anderer Behörden ein Überprüfungsverfahren im Zusammenhang Ihrer möglichen Zugehörigkeit zur sog. „Reichsbürger/Selbstverwalterbewegung“ durch. Aufgrund der vorliegenden Fakten werden Sie derzeit von uns als Angehörige dieser Bewegung betrachtet.

Das Ergebnis unseres Überprüfungsverfahrens wurde unter den rechtlichen Voraussetzungen des Art. 56 ff. PAG an die darin bezeichneten Behörden als Grundlage für weitere Entscheidungen im Rahmen der dortigen Aufgabenerfüllung übermittelt.

Wir möchten anmerken, dass es Ihnen selbstverständlich frei steht, gegen diese Maßnahmen den Rechtsweg zu beschreiten. Darüber hinaus weisen wir Sie zudem auf die Möglichkeit einer Beschwerde beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz, Wagnmüllerstraße 18, 80538 München, hin.

Mit freundlichen Grüßen

Osel
Leitender Kriminaldirektor

Hausanschrift Ludwig-Thoma-Str. 4 95447 Bayreuth	Öffentliche Verkehrsmittel Bus Linie 314 (S243) Haltestelle Justizpalast	Erreichbarkeit Telefon: (09 21) 5 00-0 Telefax: (09 21) 5 06-10 99	Sondernetz der Polizei INTERNET Telefon: 75 00-0 Telefax: 75 00-10 09 www.polizei-oberfranken.de E-Mail: pp-oh.bayreuth.pp@polizei.bayern.de
--	--	--	--

Zwischenzeitlich ging die Stiftungsarbeit weiter. Das Praxis-Modul „Schüler als Bosse“ am 21.11.2018, die Zertifikatsübergaben am 22.11.2018 und am 26.11.2018 im Landkreis Lichtenfels, das P-Seminar-Treffen mit Gymnasiasten am 22.11.2018 sowie der interaktive Schüler-Infoabend am 27.11.2018 in Coburg mussten vorbereitet, betreffende Akteure informiert werden.

Zu der laufenden Ermittlung waren ich und die Stiftung Lebenspfad informationstechnisch wie von der Außenwelt abgeschottet und wir stocherten sozusagen immer noch im Nebel des Nichtwissens. Nur aufgrund diverser Reaktionen konnten wir erahnen, was im Hintergrund an „Erkenntnisse“ und „Informationen“ kursieren:

In einer E-Mail vom 26.11.2018 um 09:29 Uhr war zu lesen: „Sehr geehrte Frau Gillardon, die Hochschule Coburg ist eine im Freistaat Bayern nachgeordnete Behörde des Bildungsbereichs. Wir haben von der Absage der Veranstaltung von schulischer Seite Kenntnis erhalten und daher von unserer Teilnahme an der Veranstaltung am 21.11.2018 Abstand genommen. Ich gehe davon aus, dass Ihnen persönlich die Gründe für die Anweisungen, die die Schulen erhalten haben, bekannt sind. Freundliche Grüße K.-L., Kanzlerin, Hochschule Coburg.“

Ein Anruf des Hauptgeschäftsführers der Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Coburg, am 26.11.2018 um 15:00 Uhr: Er bittet um Verständnis, dass er aufgrund unseres Gespräches vom 20.11.2018 den Dienstleistungsausschuss [der Vorsitz wurde mir im Januar 2019 entzogen] absagt sowie Abstand von der Teilnahme der IHK zu Coburg am Schüler-Infoabend am 27.11.2018 nimmt aufgrund der Einschaltung des Verfassungsschutzes, von laufenden Ermittlungen, etc.

Am 27.11.2018 erreichte die Stiftung Lebenspfad per E-Mail folgende Nachricht: „Sehr geehrte Damen und Herren, wir wurden informiert, dass unsere Schule in Zukunft nicht mehr mit der Stiftung Lebenspfad kooperieren wird. Doch weitere Informationen haben wir nicht bekommen. Im Namen aller beteiligten Schüler des Gymnasiums würde ich gerne fragen, ob bzw. wann wir genauere Gründe und die

Zukunft des Projekts besprechen. Außerdem würden wir gerne wissen ob und unter welchen Bedingungen wir unser Endzertifikat dennoch bekommen. Mit freundlichen Grüßen L. und die Teilnehmer des Businessführerscheins der 10/Q11.“

Die an den Zertifikatsübergaben beteiligten Gastgeber-Firmen haben den Business-Führerschein-Absolventen einen sehr würdigen Rahmen bereitet. Von den sich hinter den Kulissen abspielenden Vorgängen war am 22.11. und 26.11.2018 kaum etwas zu spüren.

Angesichts der gegen mich gerichteten Vorwürfe, und um so wenig Angriffsfläche auch gegenüber der Stiftung zu bieten, war ich erstmals am Schüler-Infoabend nicht persönlich anwesend. Die Moderation der Veranstaltung am 27.11.2018 musste ich in „fremde Hände“ geben. Lediglich den Auf- und Abbau habe ich übernommen. Zum offiziellen Veranstaltungsbeginn bin ich verschwunden. Das war der härteste Gang. Nicht zu erleben, zu spüren und dabei sein zu können wie das neue Veranstaltungsformat ankommt, für das ich knapp ein Jahr konzipiert, monatelang vorbereitet, geschwitzt und zahlreiche Unterstützer gesucht habe - für das ich einen enormen Aufwand betrieben habe.

Bis dato habe ich meine persönlichen Kontakte gepflegt und schätze sehr die über die langen Jahre aufgebauten und gewachsenen Beziehungen und gute Zusammenarbeit mit den verschiedenen Schulen, Verbänden, Organisationen, Firmen und Sponsoren. Aus diesen ungezwungenen Gesprächen bei solchen Veranstaltungen gewinne ich neue Ideen, Anregungen und Verbesserungsmöglichkeiten. Wenn ich noch heute an mein Fernbleiben denke, dann blutet mir das Herz. Auch wussten wir bis zum Veranstaltungsbeginn überhaupt nicht, ob alle, über das Online-System angemeldeten Schüler, kommen oder sogar Firmen und Institutionen ihre Teilnahme kurzfristig absagen. Bei einem Format eines Speed-Networking verteilt auf drei Räume, das eine minutiöse Planung und Abstimmung erfordert, ein Supergau.

Der Schüler-Infoabend⁶⁶ fand am 27.11.2018 um 17 Uhr im Bildungszentrum St. Augustin, Coburg, mit ca. 100 Schülern statt. Es fehlten der Schirmherr, in persona von Oberbürgermeister Norbert T., der Beiratsvorsitzende, Vertreter der IHK zu Coburg, der Hochschule Coburg und ca. 100 Schüler. Angemeldet waren 189 Schüler, mit Akteuren und Gäste waren 242 Personen online registriert. Schüler einer Coburger Schule sind zur Veranstaltung nicht erschienen, da die Schulleitung die Pflichtteilnahme aufgehoben hat. Die regionalen Medien⁶⁷ berichteten über unseren Speed-Networking-Abend und zahlreiche Eindrücke sind auf unseren Webseiten www.stiftung-lebenspfad.de und www.karriere-wege.de veröffentlicht.

Mittlerweile zehrt die Situation stark an meinen Nerven. Seit dem 08. November 2018 arbeite ich fast ununterbrochen durch. Achtzehn Stunden sind üblich. Schlafmangel, das extrem hohe Arbeitspensum [ich hatte seit der Stiftungsgründung in 2016 auch keinen einzigen freien Tag mehr] und die eigene Unkenntnis über den Ermittlungsstand fordern ihren Tribut. Und mich immer in der Habacht-Stellung befindend, welche Herausforderungen und Hiobsbotschaften als nächstes um die Ecke geschossen kommen, bringen mich an die Grenze der Belastbarkeit. Immer wieder muss ich mir in dieser Lage Mantra-mäßig ein Gleichnis vorbeten: „Gib mir die Gelassenheit eines Stuhles, der kommt auch mit jedem Hinterteil (in diesem Falle Situation) zurecht.“

Ich bin ein Herzensmensch. Ich mag Menschen. Ich achte sie. Für einen Menschenfreund ist es die hohe Kunst, alles einfach an sich abprallen zu lassen gemäß dem Sprichwort: „Was juckt es eine stolze Eiche, wenn sich eine Wildsau an ihr reibt?“ Was, emotional gesehen, nicht so einfach ist. Ich gebe mir viel Mühe und nehme die „Ich bin eine Meisterin, die übt“⁶⁸-Haltung ein. Auch wenn fast täglich über

⁶⁶ Der Schüler-Infoabend ist für die teilnehmenden Schüler kostenfrei

⁶⁷ Coburger Tageblatt vom 30.11.2018 S.12, Neue Presse Coburg vom 12.12.2018 S.18 ; www.stiftung-lebenspfad.de, www.karriere-wege.de

⁶⁸ Jwala Gamper, editionSIGN

eingehende Telefonate und Mails das Ausmaß, der sich ziehenden Kreise, immer deutlicher bzw. die Lawine noch viel größer wird.

Der Flurfunk hat Hochkonjunktur und schiebt in meinem Fall sehr viele Überstunden:

Im Anruf am 05.12.2018; 19:27 Uhr teilte mir unsere Moderatorin des Schüler-Infoabends mit, dass sie tags zuvor ein Gespräch mit einem Firmenvertreter u.a. zum Schüler-Infoabend 2018 hatte. Dieser erwähnte ihr gegenüber, dass der Schulleiter einer Coburger Mittelschule ihn auf mich angesprochen hat, und ob er wüsste, dass Elke Gillardon zur „Reichsbürgerbewegung“ gehöre. Den Inhalt des Pausenhof-Gesprächs hat mir dieser, noch über die Anschuldigungen zu meiner Person Schockierter, persönlich am 07.02.2019 telefonisch bestätigt.

Ich finde es erschreckend, dass Personen in verantwortungsvollen Positionen, und u.a. mit der Betreuung Schutzbefohlener beauftragt, mit Behauptungen so sorglos hausieren gehen, keine Gedanken an den Betreffenden verschwenden, geschweige denn solche derartigen Informationen auf Richtigkeit und Wahrheitsgehalt überprüfen und sich mit der Thematik bewusst auseinandersetzen. Wie langweilig muss das eigene Leben wohl sein? Oder ist es vielleicht die Sensationslust und pure Wichtigtuerei?

Ein „Tratsch auf dem Pausenhof“, „unter Nachbarn“, „zwischen Bekannten“ wird zur Unterlassung per E-Mail. Im Laufe der Zeit verschärft sich der Ton und die „Ansagen“ werden deutlich. Erreichten mich die „Vorverurteilungen“ zuerst nur über Dritte, so landen sie jetzt direkt bei mir im Postfach.

Zwei Prachtstücke möchte ich nicht vorenthalten. Vorverurteilung durch Hörensagen „at its best!“⁶⁹:

⁶⁹ zu deutsch „vom Feinsten“

Stiftung Lebenspfad

Von: [REDACTED]
Gesendet: Mittwoch, 16. Januar 2019 16:01
An: [REDACTED]
Cc: [REDACTED]
Betreff: Untersagung der Nutzung der Oberfranken-Dachmarke

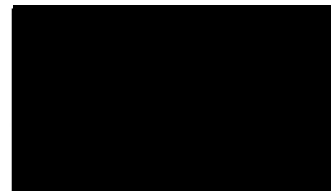
Priorität: Hoch

Sehr geehrte Frau Gillardon,

Auf Grund gegenwärtig schwebender Verfahrens, die sie in Verbindung mit dem Phänomenbereich „Reichsbürger und Selbstverwalter“ bringen, untersagen wir Ihnen bis zur vollständigen Klärung der Sachverhalte die Verwendung der Oberfranken-Dachmarke für ihre Webauftritte und ihre sonstigen Kommunikationsmittel (s. Mail vom 02.02.2017, 13:55 Uhr). Dies betrifft all ihre Tätigkeiten und Funktionen, mit denen sie in Verbindung stehen (zum Bsp.: Stiftung Lebenspfad, Dein Weg zum Beruf etc.). Bitte nehmen alle den CD-Richtlinien anhängigen Inhalte, zum Beispiel das „Oberfranken-Logo“ umgehend vom Netz. Auch untersagen wir in diesem Zusammenhang die Verwendung von Printmaterial. Gerne können wir nach der Klärung der Ihnen vorgeworfenen Sachverhalte über eine erneute Verwendung der Oberfranken-Dachmarke in Kontakt treten. Besten Dank für Ihr Verständnis.

Herzliche Grüße aus Oberfranken

[REDACTED]
Geschäftsführer



Echt. Stark. Oberfranken!



Ob sich der Betreffende seiner Mittäterschaft in Entehrung, Herabwürdigung, verbaler Vergewaltigung und seelischem Missbrauch an einem Menschen und dessen Engagement bewusst ist?

GILLARDON - Strategische Kraft

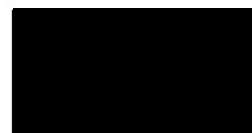
Von: [REDACTED]
Gesendet: Samstag, 26. Januar 2019 10:37
An: [REDACTED]
Cc: [REDACTED]
Betreff: Mitarbeit in der Jugendbildungsstätte [REDACTED]

Sehr geehrte Frau Gillardon,

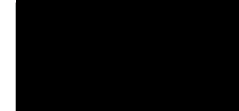
wir haben erfahren, dass Sie sich zur sogenannten „Reichsbürgerszene“ halten. Leider ist uns aufgrund dessen eine Zusammenarbeit mit Ihnen nicht möglich.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED] Dekan



Evang.-Luth. Kirchengemeinde [REDACTED]



Ist der Inhalt der E-Mail von Andreas K. eines Kirchenmannes würdig? Sieht so christliche Nächstenliebe aus? Und: Kann ein Vertreter einer Offensive, deren positive Botschaft er über die Region hinaus in die weite Welt tragen soll, ein guter Werbeträger für einen innovativen, leistungsstarken Standort sein? Sind Achtung, Respekt, Demut, Anstand, Sitten, Moral, Integrität inflationär verwendete und nur auf dem Papier gültige humanitäre Begriffe? Ist das die „political correctness“⁷⁰?

In der Kirche Wein predigen und im Alltag mit Chuzpe⁷¹ damit um sich spucken? Ein tolles Marketing-Konzept.

⁷⁰ Politische Korrektheit ist ein aus dem englischen Sprachraum stammendes Schlagwort, das insbesondere in der Theorie der öffentlichen Meinung eine Rolle spielt (wikipedia.org)

⁷¹ aus dem jiddischen für „Frechheit, Anmaßung, Dreistigkeit, Unverschämtheit“ entlehnt

Zeigt in meinem Fall vielleicht auf einmal jeder in persona⁷² und Rollenausübung sein wahres Gesicht? Egal, ob aus Kirche, Staat, Politik, Bildung, Justiz und Wirtschaft. Egal, ob christlich, sozial, liberal, alternativ, schwarz, rot, grün, blau, gelb, orange, lila, rechts, Mitte, links...?

Nur so nebenbei... Als Kind habe ich gerne meinen Malkasten bemüht und mit Farben experimentiert. Was mir beim Zusammenmischen aller Farben blieb? Mein Ergebnis war ein Einheitsbrei aus brauner Soße.

Auf andere zeigen, um vielleicht selbst von sich oder der Wahrheit abzulenken? Ist das unsere moderne Gesellschaft? Ist das auf Dauer ein erstrebenswertes, friedvolles, gesundes Leben in einer zivilisierten Gemeinschaft? Ernsthaft?

Jemanden als „Reichsbürger“ zu bezeichnen ist eine Beleidigung und stellt damit den Straftatbestand der üblen Nachrede, Kreditgefährdung und Volksverhetzung dar und kann zur Anzeige gebracht werden.

Gerne teile ich mein Lieblingszitat von Paul Watzlawick⁷³: „Was Peter über Paul sagt, sagt mehr über Peter aus als über Paul“. Und noch eine Beobachtung...zeige ich mit einem Finger auf einen anderen, zeigen gleichzeitig drei meiner Finger auf mich selbst!

Am 14.12.2018 erhielt ich über meinen Anwalt die Mitteilung, dass er Akteneinsicht hat. Endlich! Ein darauffolgendes Telefonat gab mir Aufschluss über den „sehr dünnen“ Inhalt der Ermittlungsakte.

In der anwaltlichen Stellungnahme am 18.12.2018 zum Ermittlungsverfahren wurde gleichzeitig Strafanzeige gegen Unbekannt gestellt. Kurz nachdem das Anwaltsschreiben an die Staatsanwaltschaft Coburg

⁷² lat. persona: Maske, Rolle, Charakter

⁷³ österreichisch-amerikanischer Kommunikationswissenschaftler, Psychotherapeut, Soziologe, Philosoph und Autor

gefaxyt wurde, hat ein Vorstandsmitglied des Vereins Lebenspfad e.V. zu Hause Besuch von der Kripo Coburg bekommen!

CONRAD	
RECHTSANWALT	
Unabhängiges Organ der Rechtspflege	
Rechtsanwalt Jens Conrad Am Schwanenteich 4 08056 Zwickau Tel.: 0375/295782 Funk: 0170/6704263 Fax: 0375/295783 EPost: kanzlei@rccz.de 18.12.2018	Rechtsanwalt Jens Conrad Am Schwanenteich 4 08056 Zwickau Tel.: 0375/295782 Funk: 0170/6704263 Fax: 0375/295783 EPost: kanzlei@rccz.de 18.12.2018
Staatsanwaltschaft Coburg Ketschendorfer Str. 1 96450 Coburg	105/1801 (Bitte stets angeben) US-Nr: 227/21164757 ohne Pdjudiz Es gilt Art. 5 Abs. 1 Satz 2 EGGGB - Alle Rechte - UCC Doc # 1-308 und # 1-103 - vorbehalten!
vorab per FAX: (0 95 61) 8 78 39 00	
Ihr AZ: 111 Js 9760/18 Ermittlungsverfahren gg. Elke Gillardon wg. Erpressung (Versuch)	
Sehr geehrte Damen und Herren,	
in o. g. Angelegenheit nehme ich Bezug auf die gewährte Akteneinsicht und die darin festgestellten Ergebnisse des Ermittlungsverfahrens.	
Zu diesem und zu dem unterbreiteten Vorwurf der versuchten Erpressung wird angemerkt, dass sich aus der Akte unter keinen rechtlichen Gesichtspunkten ein Strafvorwurf gegen meine Mandantin ableiten lässt. Insoweit befindet sich der Direktor des Amtsgerichts Coburg als Dienstvorgesetzter von Herrn Gerichtsvollzieher Thorsten Redl in einem Rechtsirrtum.	
Das ihm von seinem Untergebenen vorgelegte Schreiben der Angeschuldigten, welches an den Gerichtsvollzieher Redl gerichtet war, trägt in der Überschrift den Begriff "Beschwerde". Mithin war das Ansinnen der Angeschuldigten, sich über eine Diensthandlung des Untergebenen des Anzeigenerstatters zu beschweren. Mithin sind der gesamte Inhalt des Schreibens der Angeschuldigten vom 28.08.2018 als Rechtsmittel zu würdigen und unter Beachtung ihrer Grundrechte nach Art. 2 Abs. 3 sowie Art. 3 GG sowie 101 und 103 GG zu bearbeiten gewesen.	
Die Beschwerde der Angeschuldigten als Erpressungsversuch zu qualifizieren ist bereits rechtsstaatswidrig und widerspricht auch Art. 1 Abs. 1 Satz 2 GG. Vielmehr hätte seitens des Dienstvorgesetzten des Gerichtsvollziehers über die Beschwerde im Rahmen dessen Dienstaufsicht entschieden werden müssen.	
2 Bank: Deutsche Bank IBAN DE59 8707 0000 0348 2148 00 BIC DEUTDE33XXX	

Eine Entscheidung diesbezüglich steht bis heute aus.

Ob die Beschwerde inhaltlich, formal, sprachlich gefällt oder nicht und die Wahl der eigenen Anschauung entspricht oder nicht, darf dabei keinerlei Rolle spielen. Inhaltlich wendet sich die Beschwerdeführerin erkennbar gegen die Zustellung eines Schreibens unter Verletzung internationaler Abkommen der Postbeförderung. Sie hat die Zustellung des Gerichtsvollziehers als nicht mit internationalem Recht und insbesondere nicht mit dem hoheitlichen Anspruch einer ordnungsgemäßen amtlichen Zustellung aufgefasst. Aus ihrem Empfängerhorizont der seitens des Gerichtsvollziehers vorgenommenen Rechtshandlung (Zustellung) fand diese nicht entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen statt.

Dass der Standpunkt der Angeschuldigten ausführlich begründet wurde und in der Begründung Begrifflichkeiten aus der NS-Zeit dahingehend verwendet wurden um darzustellen, dass ähnliche/vergleichbare/verwechslungsinhärente Methoden angewandt werden, hätte nach diesseitiger Ansicht die Folge haben müssen, dass der Anzeigenersteller selbst eine schlüssige Widerlegung der Rechtsansichten und die Begründung der ordnungsgemäßen Zustellung vornimmt und insbesondere die Angeschuldigte gegebenenfalls darauf hinweist, dass ihr neben der Beschwerdemöglichkeit der Rechtsweg über die ordentliche Gerichtsbarkeit offensteht.

Rein aus einer Beschwerde einen Erpressungsversuch zu machen, ist mit rechtsstaatlichen Grundsätzen unvereinbar. Vielmehr erweckt es den Anschein, dass lediglich ideologische Gründe vorliegen, sich einer sachlichen Auseinandersetzung mit aufgeworfenen Rechtsfragen, seien diese begründet oder auch nicht, zu ersparen. Insbesondere die Verunglimpfung als sogenannter Reichsbürger, welcher der als Begriff völlig rechtsstaatswidrig nirgendwo gesetzlich definiert (zumindest nach bundesdeutschem Recht) ist und eng in Verbindung zum NS-Regime steht, ist eines seriösen Beamten unwürdig. Der Begriff Reichsbürger stammt aus dem 3. Reich nach dem dortigen Reichsbürgergesetz und setzt die Inhaberschaft eines Reichsbürgerbriefes voraus. Dies ist im vorliegenden Fall nicht gegeben. Eine Freidenkerin als der nationalsozialistischen Weltanschauung nahestehend zu denunzieren und dies gerüchtweise zu verbreiten, ist skandalös.

Insoweit ist hier lediglich daran zu erinnern, dass im Erlasswege für den öffentlichen Dienst verwendeten Begriffe wie "Reicherbürger" oder "Reichebürgerbewegung" und ähnliche Bezeichnungen auf die Angeschuldigte ohnehin nicht anwendbar sind, da diese lediglich dem Grundgesetz, den Gesetzen des Freistaates Bayern bzw. des Bundes unterworfen sein mag.

Insoweit setzt sich die Staatsanwaltschaft Coburg als Rechtsverfolgungsbehörde selbst den Verdacht strafbaren Handelns aus, wenn sie nicht nur aktenkundig politisch relevante Anschuldigungen durch Verwendung von Begrifflichkeiten wie

Reichsbürger oder ähnliches zur Stigmatisierung der Angeschuldigten anwendet, sondern diese "Erkenntnisse" auch noch an Dritte weiterleitet, wie beispielsweise der Regierung von Oberfranken oder der Stadt Coburg und andere Dritte, welches zu einer entsprechenden vorverurteilenden Kreditgefährdung und Ausgrenzung der Angeschuldigten führt.

Insoweit wird Strafanzeige gegen Unbekannt wegen der Verletzung des Datengeheimnisses, der Verbreitung unwahrer Tatsachenbehauptungen, der Kreditgefährdung, üblen Nachrede und der Volksverhetzung gestellt.

Amshaftungsansprüche bleiben ausdrücklich vorbehalten.

Darüber hinaus wird, unbeschadet vorstehender Ausführungen, darauf verwiesen, dass der Gerichtsvollzieher Redl selbst völlig unbeeindruckt von der Beschwerde geblieben ist und dies auch in seiner Zeugenaussage kundgetan hat. Er führt wörtlich aus: "Meine Reaktion nach Erhalt des Schreibens war relativ gleichgültig, da ich als Gerichtsvollzieher derartige Schreiben ab und an erhalte."

Dieser hat also die Beschwerde nicht als "Erpressung" aufgefasst, welches intellektuell und subjektiv wie objektiv völlig zutreffend ist.

Dass er zur Aufrechterhaltung der Strafanzeige durch seinen Vorgesetzten veranlasst oder genötigt wird, um diese politisch motivierte Vorgehensweise gegen sich als frei bezeichnende Menschen fortsetzen zu können, bleibt festzustellen.

Der gesamte Strafvorwurf ist aus jedem rechtlichen Gesichtspunkt völlig haltlos und eine schikanöse Willkürmaßnahme der Staatsgewalt, die mit Andersdenkenden wie in der DDR nicht umgehen kann, außer Willkür und Repression der eigenen Bevölkerung. Jeder Fremde genießt zwischenzeitlich seine Privilegien.

Bezüglich der diesseitigen Strafanzeigen wird um entsprechende Bearbeitung gebeten.

Weiterer Sachvortrag bleibt vorbehalten.

Mit freundlichen Grüßen

Jens Conrad
Rechtsanwalt

SECHS

STILLE NACHT

Pause

Kurz vor Weihnachten haben wir unsere Projektpartner zum Stand der Dinge, d.h. zur Akteneinsicht und Strafanzeige gegen Unbekannt, informiert. Und wir mussten unseren Referenten die Mitteilung machen, dass bis auf weiteres der Unterricht zum Projekt „Business-Führerschein“ und Projekt „Ich pack's an“ ausfällt und sie ihre geplanten Termine freigeben können. Die Stiftungsarbeit ruht. Die Schulprogramme sind stillgelegt.

Stille Nacht...

Brisant für einen Rechtsstaat ist, dass dieser, im Zuge von Ermittlungen gegen meine Person, mal einfach so in das Wirkungsfeld zweier rechtlich selbständigen Organisationen eingreift. Die Treuhand-Stiftung Lebenspfad sowie der Verein Lebenspfad e.V. werden grundlos angegriffen und „stillgelegt“, obgleich ich unverzüglich für jedes dieser eigenständigen Organisationen eine Geschäftsführung eingesetzt und damit augenblicklich die Funktion von meiner natürlichen Person getrennt habe. Die natürliche Person scheint es in der sogenannten „staatlich-exekutiven Realität“ nicht (mehr) zu geben? Wird hier entgegen unserer Gewaltenteilung einfach alles in einen Topf geworfen? Ist alles nur noch ein Einheitsbrei? Das gerne angewandte Prinzip von „Teile und Herrsche“ gilt hier ausnahmsweise mal nicht?

Das Institut für Rechtsicherheit⁷⁴ hat 2017 ein Untersuchungsbericht zum Grundrecht und Menschenrecht in der BRD herausgegeben.

⁷⁴ Institut für Rechtssicherheit, ifr-un.org, Öffentliches Wissen zur Rechtsicherheit, Forschungsreihe Band 2, 2017

Anlass war das Urteil des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (Aktenzeichen: EGMR 75529/01): Verpflichtungsbringschuld der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der natürlichen Person nach dem Bonner Grundgesetz von 1949 durch Artikel 1-10 und 25 garantiert – aber unerfüllt.

Soll die Brecht⁷⁵-Parole „Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht, Gehorsam aber Verbrechen!“ wieder aktueller denn je sein?

An dieser Stelle möchte ich noch eine Gesprächsnotiz eines Telefonats vom 12.11.2018 der Geschäftsleitung der Stiftung Lebenspfad mit dem leitenden Schulamtsdirektor der Regierung von Oberfranken, Stefan K., herausstellen. Stefan K. sagte, es lägen schwere Vorwürfe gegen Elke Gillardon vor und die Behörden prüfen auch, ob die Stiftung Lebenspfad mit involviert sei. Auf den Hinweis der Stiftungsleitung, dass Elke Gillardon ihre operativen Tätigkeiten am 11.11.2018 niedergelegt hat und ihre Vorstandschaft ruhen lässt, reagierte Stefan K. auf die Nachfrage, wann die Stiftung mit der Aufhebung des Programmstopps an Schulen rechnen könne, ganz lapidar: „Frau Gillardon soll sich komplett aus der Stiftung und der Arbeit an Schulen zurückziehen und alles komplett an eine andere Person übergeben, dann steht der Weiterführung der Programme nichts im Wege.“ Und Stefan K. wusste schon am 12.11.2018 zu berichten, dass „neue Erkenntnisse der Behörden bereits nächste Woche vorliegen sollen.“ Ob sich das mal nicht nach einer feindlichen Übernahme anhört bzw. der Plan einer ganz gezielten Demontage meiner Person ist? Wer hat hier im Hintergrund vielleicht seine Verbindungen, und/oder gerne die Gelegenheit, genutzt und von langer Hand die Fäden gezogen und in der Hand? Etwa ein Frankenrebell?

Seit vielen Jahren ist der Inhalt der vermittelten Berufs- und Studienvorbereitenden Programme von den beteiligten Schulen, den

⁷⁵ Bertolt Brecht, dt. Dramatiker; eine verkürzte, säkularisierte Fassung des Lehrwortes von Papst Leo XIII. aus dem 19. Jhd.

Projektpartnern und Behörden anerkannt. Seit vielen Jahren bin ich besagten Nutznießern persönlich bekannt. Für jedes meiner Programme gibt es schriftliche Konzepte mit inhaltlichen Ausführungen. Es gibt Referentenleitfäden, Projektpläne und Präsentationen. Zahlen, Daten, Fakten. Die Projektfinanzierung ist transparent. Sehr viele Informationen werden den Beteiligten weit im Vorfeld eines Projektstarts vorgestellt und dargelegt. Diese Ausführungen dürften auch dem Verfassungsschutz bekannt sein.

Schulen dürfen mitbestimmen und sogar selbst entscheiden, welche Module und Programmpunkte sie gerne inhaltlich an die Schüler vermittelt haben wollen. Darüber hinaus passen wir auch noch unsere Programme auf ihre bestehenden und schulintern angebotenen Berufsorientierungsmaßnahmen an bzw. entwickeln etwas Neues und probieren es gemeinsam aus.

Zahlreiche Erfahrungsberichte und Veröffentlichungen in unseren sozialen Medien⁷⁶ und auf unseren Online-Plattformen www.stiftung-lebenspfad.de und www.karriere-wege.de zeugen von lebhaftem Interesse und Freude aller Beteiligten. Landräte, Bürgermeister und weitere in Amt und Würden stehende Personen lächeln hier begeistert in die Kamera. Ideologische und/oder parteipolitische Anschuldigungen oder weitere Beschwerden sind mir und uns innerhalb dieser Zeit jedenfalls nicht bekannt geworden.

Bis November 2018 hat niemand Anstoß an unseren Programmen genommen - weder in Form und Inhalt der Darbietung noch zu den zahlreich im Einsatz befindlichen Referenten. Jetzt stellen mich Behörden, Bedienstete, Schulen und andere Mitläufer in der Öffentlichkeit so dar, als hätte ich bzw. die Stiftung Lebenspfad alle Leute mit einem „ideologischen Projekt“ überrumpelt und hinter Licht geführt. Und auch aus der Zivilgesellschaft hat bis heute keiner das Gegenteil und damit Zivilcourage bewiesen. Immer schön in der

⁷⁶ Facebook, Instagram, Twitter

eigenen Komfortzone bleiben! „Wasch mich, aber mach mich nicht nass“.... Ich erinnere hier gerne noch mal an das karmische Prinzip von Nehmen und Geben.

Die Unterrichtstermine zum Projekt „Der Business-Führerschein“ werden fast ein Jahr im Voraus geplant. Unsere Referenten halten sich entsprechend die Tage ihrer Unterrichtseinsätze frei und können dadurch anderweitige Aufträge und betriebliche Verpflichtungen nicht annehmen. Ärgerlich ist dies sowohl für die selbständig tätigen Honorarkräfte und ihr dadurch eintretender Verdienstausschlag, als auch für die vielen sehr engagierten, ehrenamtlich tätigen Unternehmensvertreter.

Hinzukommt, dass im Zuge dieser „Ermittlungsaktion“ und „Stilllegung der Programme an Schulen“ die Einnahmequellen der Stiftung versiegen. Teilnehmerbeiträge⁷⁷ fallen weg. Zugesagte Spenden und Zuschüsse bleiben aus bzw. wollen sogar zurückgefordert werden. Bisherige Kosten laufen weiter, neue Kosten werden produziert (Rechtsanwalt, Berater, usw.), offene Rechnungen sind zu begleichen...

Ein Auszug aus dem Rechenschaftsbericht 2018 der Stiftung Lebenspfad:

⁷⁷ Der Teilnehmerbeitrag pro Schüler pro Modul beträgt 5 Euro

Werdegang der Stiftung

2010 entwickelte Elke Gillardon mehrere Berufsorientierungs-Konzepte und startete mit dem Verein „Wirtschaftsjunioren Coburg e.V.“ ein Programm, das Jugendlichen einen Weg aufzeigt, wie sie ihre Talente erkennen und den für sie persönlich optimalen Karriereweg einschlagen.

2016 wurde die gemeinnützige Stiftung gegründet, damit die erfolgreichen Berufsorientierungs-Konzepte

- weiterhin und auch überregional realisiert werden können
- nachhaltig in den Regionen verankert werden und
- interessierten Kreisen, Städten und Schulen in Deutschland und in Europa zur Verfügung gestellt werden können.



Stiftung Lebenspfad · www.stiftung-lebenspfad.de · Telefon +49 9561 8363-310

2018 © Alle Programme sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten.

9

Programme der Stiftung

- **Förderzentrum, Mittelschule:**
»Ich pack's an!« - Die Berufseinstiegs-hilfe für Förder- und Mittelschüler und Flüchtlinge
- **Realschule, Wirtschaftsschule, Gymnasium**
»Der Business-Führerschein« - Das Schülercoaching und Kompetenztraining für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben
- **Fachoberschule, Gymnasium, Hochschule**
»Karriere-Kick« - Intensivtraining zur Persönlichkeitsbildung
- **Schulartübergreifende, berufsorientierte Angebote:**
Ferien-camp »Rückenwind«
Akutcamp »entscheidungsZEIT«
Jugend wird Profi »Gastgeber Challenge«
Kennlernfahrt & rollende Berufsmesse »Here I am!«
interaktiver Infoabend »Schule fertig – und dann?«
Get-Together & Networking »Bosse an die Schulen« & »Treff 'n' Chef«
Sprechstunde & Einzelcoaching »Wozu BERUFen?«



Stiftung Lebenspfad · www.stiftung-lebenspfad.de · Telefon +49 9561 8363-310

2018 © Alle Programme sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten.

10

ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

- 8 Auszeichnungen (3 Bundespreise, 1 Landespreis, 4 Top-3-Platzierungen)
- 23 Staffeln „Der Business-Führerschein“ bisher
- 251 Veranstaltungen gesamt in 2018
- 224 teilnehmende bzw. eingebundene Unternehmen 11/2010 bis 12/2018
- 4131 teilnehmende Schüler von 11/2010 bis 12/2018
- 6089 Stunden Einsatz im Ehrenamt in 2018
- 15219 Stunden ehrenamtl. Einsatz von Elke Gillardon von 11/2010 bis 12/2018

Stiftung Lebenspfad
Mensch und Wirtschaft:
zusammen wachsen



15

TEILNEHMERSTIMMEN

Elias R. (Schüler):

»Das ist mal was ganz anderes als der klassische Wirtschaftsunterricht. Die Referenten kommen aus der Praxis. Das hilft mir, mich zu orientieren, wohin ich nach der Schule mal kommen will.«

OStD Bernd J. (Schulleiter):

»Der Business-Führerschein ist ein exzellentes Angebot für Schüler/innen, schon in der Mittelstufe hochkarätige Module mit professionellen Referenten zu besuchen. Die hier erworbenen Kompetenzen können sowohl in der Schule als auch in der späteren Studien- und Berufslaufbahn entscheidende Vorteile verschaffen.«

Michael L. (Unternehmer): »Der Business-Führerschein offenbart das unglaublich gute Potenzial unserer Region auf einfache Weise. Ausbildungsbetriebe, Chefs und Schüler lernen sich auf Augenhöhe kennen und erfahren so viel voneinander, was vorher unbekannt bzw. gänzlich unbeachtet war. Dies bringt die Region voran und stärkt die regionale Vernetzung. Und jeder lernt hier von jedem!«

Stiftung Lebenspfad
Mensch und Wirtschaft:
zusammen wachsen



16

Der durch die Behördenaktion geschätzte wirtschaftliche Schaden beläuft sich im Zeitraum von November 2018 bis März 2019 bereits auf 275.000 EUR. Ganz zu schweigen des entstandenen Imageschadens für die Stiftung Lebenspfad, den Verein Lebenspfad e.V. und mich persönlich. Die Verdienstauffälle aus meiner freiberuflichen Tätigkeit fehlen in der Schadensauflistung noch gänzlich. Projekte werden abgesagt, Aufträge auf unbestimmte Zeit verschoben oder erst gar nicht aufgenommen, Anfragen bleiben aus und so weiter und so fort...

Am 08.01.2019 erreichte mich die Eingangsbestätigung der Staatsanwaltschaft Coburg zum 'Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt zum Nachteil von Elke Susanne Gillardon.'

Einen Tag später kam eine Mitteilung des bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz, dass mein Antrag vom 05.12.2018 auf Auskunft personenbezogener Daten eingegangen ist und sie mein Anliegen sorgfältig prüfen... Zum Zeitpunkt der Buchveröffentlichung prüfen Sie noch...

Das Jahr 2019 hat ruhig begonnen. Die Jahresabschlussarbeiten sind fast erledigt, die Rechenschaftsberichte in Entstehung. Einige Vorbereitungen zu laufenden Aktivitäten, insbesondere die Vorbereitungen zum Business-Führerschein-Modul „Projektmanagement“ an einem Gymnasium in Südthüringen, sind wieder aufgenommen. Denn, der uns am 08.11.2018 bekannt gewordene Programmstopp der beiden Projekte „Der Business-Führerscheins“ und „Ich pack's an“ betraf den Regierungsbezirk Oberfranken.

Tja, das hatten wir gedacht...bis mich am 10.01.2019 um 09:58 Uhr das Telefonat mit der Schulleiterin des Gymnasiums in die Realität zurück katapultierte. Sie hat am Vormittag über das Kultusministerium Thüringen und über ihre vorgesetzten Dienstbehörden (u.a. das staatliche Schulamt) die schriftliche Anweisung erhalten, dass die Kooperation mit der Stiftung Lebenspfad mit sofortiger Wirkung zu beenden ist. Das betrifft auch das heutige Modul des Programms „Der Business-Führerschein“, der Workshop Projektmanagement. Die betreffenden Schüler werden von ihr informiert. Auf meine Nachfrage hin kam folgende Begründung: Vom Amt für Verfassungsschutz liegt ihr die Information vor ich gehöre einer „Bewegung“ an. Ich fand es bemerkenswert und sehr anständig, dass die Schulleiterin das Wort „Reichsbürger“ nicht in den Mund genommen hat.

Der innerdeutsche Grenzverkehr funktioniert also bestens.

Interessanterweise erweckt der Pressebericht in der Neue Presse Coburg vom 31.01.2019 den Eindruck das „Schulverbot“ sei von Thüringen aus initiiert worden. Wollte sich der bayerische Landesverfassungsschutz hier bewusst im Hintergrund halten und sich nicht alleinig „hervortun“?

Ein Preisgeld könnte für denjenigen ausgelobt werden, der es einmal in Erfahrung bringt, aus welchen Quellen „Erkenntnisse“ entspringen, wie behördliche „Buschtrommeln“ organisiert sind und wo der

geschwätzig Sachwalter im Amt hoch erhobenen Hauptes seinen Schimmel namens „Rabulistik“⁷⁸ reitet.

Bei der Kriminalpolizeiinspektion Coburg ist der polizeiliche Staatsschutz im Kommissariat K5 angesiedelt. Qualifiziert sich in meinem Fall etwa der Verfassungsschutz als geheime Staatspolizei, wenn dieser Informationen eines nicht abgeschlossenen Ermittlungsverfahrens, geschweige denn eines beendeten Verfahrens, vorab an sogenannte „Regierungsstellen“ weiterträgt? Ich frage mich, in welchem Subordinationsverhältnis⁷⁹ die Verwaltungsstrukturen, wie die Regierung von Oberfranken, das Kultusministerium Bayern, die staatlichen Schulämter in Südthüringen und Oberfranken, die Stadt Coburg, die Hochschule Coburg, ein Marketingverein, eine Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde, um hier nur einige meiner Akteure (oder sogar Provokateure?) zu nennen, zum Verfassungsschutz stehen?

Das Programm „Der Business-Führerschein“ begann an einem Gymnasium am Rennsteig am 13. September 2018. In Thüringen wurden gerade einmal **drei** Module⁸⁰ durchgeführt, denn das Gymnasium am Rennsteig ist dort unser Pilotprojekt. Auftakt bildete am 13.09.2018 das Modul „Souverän Auftreten & Verhalten“ mit Alexander, gefolgt vom Workshop „Medientraining und Medienkompetenz“ am 18.10.2018 mit Martina und „interkulturellem Teamtraining“. Letzteres habe ich am 08.11.2018 unterrichtet. Zudem ist dieses Projekt ohne Spenden oder sonstige Zuwendungen gestartet, da die Bereitschaft der finanziellen Unterstützung in dieser Region ausgeblieben ist und unsere Mühen Unterstützer zu finden

⁷⁸ lat. rabere „toben“ bzw. rabula „marktschreierischer Advokat“ ist ein abwertender Begriff in der Bildungssprache für rhetorische „Spitzfindigkeiten“ oder „Wortklauberei“. Als Rabulist wird laut Duden jemand bezeichnet, der in „spitzfindiger, kleinlicher, rechthaberischer Weise argumentiert und dabei oft den wahren Sachverhalt verdreht.“

⁷⁹ Eine Subordination (Militär) steht für eine Zuordnung von Einheiten und Verbänden in der Hierarchie von Streitkräften

⁸⁰ Ein Modul bzw. Workshop dauert zwischen 1,5 und 3 Zeitstunden

fruchtlos blieben. Wir haben das Pilotprojekt trotzdem begonnen. Zusammengefasst hat die Stiftung doch sage und schreibe ganze 150 Euro an Teilnehmerbeiträgen eingenommen. Das Fünffache an Kosten ausgegeben (und noch Entwicklungshilfe geleistet).

Zwischenzeitlich waren weitere Einschlüsse zu verkraften und mit der Abkehr von Personen aus dem organisatorischen, beruflichen und meinem privaten Umfeld, mit Absagen schulunabhängiger Veranstaltungen der Stiftung Lebenspfad und Rückforderungen umzugehen.

Was mit einem Programmstopp im November 2018 an Schulen begann, hat sich zu einem Kontaktverbot von Schulen mit der Stiftung Lebenspfad ausgewachsen.

Ich frage mich schon die ganze Zeit, welchen Eindruck meine Referenten und insbesondere ich und unsere über die vielen Jahre hinweg durchgeführten Trainings hinterlassen haben? Wie haben uns die betreffenden Schulleiter und Lehrer in der Zusammenarbeit denn wahrgenommen?

Welche Erfahrungen haben die teilnehmenden Schüler und deren Eltern mit uns gesammelt? Haben die Lehrer, die sehr oft unserem Unterricht beiwohnten, die Referenten der Stiftung Lebenspfad als „ideologischen Haufen“ oder gar als „Extremisten sonstiger Art“ erlebt, wie mich Coburgs Oberbürgermeister in seinem Schreiben vom 29.11.2018 einordnet?

Gab es in allen diesen Jahren, denn jemals einen Anlass zu derartigen schweren Vorwürfen?

Beamte und staatliche Bedienstete haben behördlichen Anweisungen unbedingt Folge zu leisten. Da spielen über die Jahre hinweg gewachsene gute Beziehungen keine Rolle. Erfreulich ist, dass es trotzdem Personen gibt, die den besagten Anschuldigungen keinen Glauben schenken und uns aus der Ferne Rückhalt geben.

Exemplarisch nachfolgend die Nachricht eines Gymnasiallehrers, der sich traut seinen Eindruck zu äußern:

Von: [REDACTED]
Datum: 21. Januar 2019 um 10:27:42 MEZ
An: 'Elke Gillardon' [REDACTED]
Betreff: Stellungnahme zum dienstlichen Kontaktverbot

Sehr geehrte Frau Gillardon,
mit Bestürzung musste ich erfahren, dass es mir von Seiten des Kultusministeriums ab sofort untersagt ist, dienstlich mit Ihnen und Ihrer Stiftung in Kontakt zu treten. Ich bedaure dies sehr und kann nur sagen, dass ich diese Entscheidung für nicht nachvollziehbar halte.

Besonders nachteilig ist dies für unsere gemeinsam geplante Veranstaltung „Treff'n'Chef“ am Gymnasium [REDACTED]. Wir werden versuchen, diese Veranstaltung in Kooperation mit dem Wirtschaftsforum [REDACTED] trotzdem auf die Beine zu stellen.

Ich hoffe für Sie, aber auch für uns, dass sich die Situation baldmöglichst klärt und sich wieder zum Besseren wendet. Bis dahin wünsche ich Ihnen alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen
[REDACTED]

Offensichtlich sind die eingetretenen Ereignisse, die körperlichen und psychischen Belastungen für meinen Körper nun doch zu viel geworden. Am frühen Morgen des 14.01.2019 gingen bei mir „alle Lichter aus.“ Ein Blackout hatte nicht nur einen Treppensturz zur Folge. Es hat mir eine mittelschwere Gehirnerschütterung beschert, zahlreiche Blessuren, Nasenbluten und neurologische Ausfälle und hat weitere Folgeerscheinungen im Gepäck. Eigentlich wollte ich mir an diesem Tag einen Traum erfüllen...

Mein Körper hat den „Notausschalter“ betätigt. Jetzt bin ich auch noch körperlich „stillgelegt“, ans Bett gefesselt, ganz zu schweigen von den anrollenden seelisch-geistigen und emotionalen Schockzuständen und den damit verbundenen Lähmungserscheinungen. Die Amplituden schlugen in starken kurzen Wellen aus und glichen in ihren Spitzenwerten einem Mount Everest⁸¹ oder der tiefsten Stelle des Marianengraben⁸². Mein Hausarzt sah sich zwischenzeitlich veranlasst mir eine Überweisung in eine Klinik auszustellen.

⁸¹ Google: Ein Berg im Himalaya und mit einer Höhe von 8848 m der höchste Berg der Erde.

⁸² Google: Der Marianengraben, auch als Marianenrinne bezeichnet, ist eine Tiefseerinne im westlichen pazifischen Ozean, in der mit einer Maximaltiefe von etwa 11.000 Metern die tiefste Stelle des Weltmeeres liegt und die ca. 2400 Kilometer lang ist.

Mitten in meiner Zwangspause donnerte nun die öffentliche Lawine heran. Die Vorzeichen waren über diverse Email-Eingänge und Rückruf-Bitten erkennbar. So hatte ich am 30.01.2019 um 09:51 Uhr eine Nachricht vom Chefredakteur der Neuen Presse Coburg auf meiner Mobilbox. Wolfgang B. bittet um Rückruf aufgrund eines Hinweises, ich würde zur Reichsbürgerszene gehören.

Es war nur eine Frage der Zeit, dass die Presse vor meiner Tür steht.

Nun ja.

Am 31. Januar 2019 erschien dann der Pressebericht über mein mutmaßliches Reichsbürger-Dasein. Auch ein Coburger Radiosender veröffentlichte eine Kurznachricht auf seiner Homepage. Und aufgepasst! Jeder, der hinsichtlich der Erkenntnisse des Polizei-Präsidiums zu meiner Person was wissen will, darf sich gerne an die Stadt Coburg wenden. Diese gibt bereitwillig Auskunft (siehe Schreiben von Oberbürgermeister Norbert T. vom 29.11.2018).

Ach ja. Und was ist mit meiner Strafanzeige gegen Unbekannt wegen übler Nachrede, die ich über meinen Anwalt am 18.12.2018 gestellt habe?

Das Ermittlungsverfahren gegen Johannes T. wurde von der Staatsanwaltschaft Coburg am 08.01.2019 gemäß § 170 Abs. 2 StPO⁸³ eingestellt! Das Schreiben wurde am 15.01.2019 erstellt und ist meinem Anwalt am 21.01.2019 zugegangen.

Rekapitulieren wir kurz:

Die Mitteilung zum Eingang und Erstellung des Aktenzeichens der Anzeige zum Nachteil von Elke Susanne Gillardon wurde am 03.01.2019 erstellt.

⁸³ Abk. für Strafprozessordnung

Nur ganze **fünf** Tage später liegt bereits ein Ergebnis vor!

Da wurden in diesem Fall dem Amtsschimmel aber ordentlich die Sporen in die Flanken gerammt. Meine Vermutung: „Hier hackt ja wohl eine Krähe der anderen kein Auge aus.“

EINGEGANGEN 2.1.2019

Staatsanwaltschaft Coburg

Staatsanwaltschaft Coburg, Ketschendorfer Straße 1, 96450 Coburg

Herrn Rechtsanwalt Jens Conrad
Am Schwanenteich 4
08058 Zwickau

Herr Leitender Oberstaatsanwalt Lieb
Telefon: 09561/8783260
Telefax: 09561/8783900

Beschleunigung: 04.02.19

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom 105/1801

Bitte bei Antwort angeben
Akten- / Geschäftszeichen 110 Js 251/19

as
Datum 15.01.2019

Ermittlungsverfahren gegen Johannes Tränkle
wegen übler Nachrede

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt Conrad,

in dem oben genannten Verfahren habe ich mit Verfügung vom 08.01.2019 folgende Entscheidung getroffen:

Das Ermittlungsverfahren wird gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

Gründe:

Mit Zuleitungsschreiben vom 23.10.2018 übermittelte der Direktor des Amtsgerichts Coburg Buhl der Staatsanwaltschaft Coburg ein von Elke Gillardon verfasstes Schreiben vom 28.08.2018, welches an den Gerichtsvollzieher Thorsten Riedl gerichtet war. Dieser hatte in dem Verfahren, Az.: 3 DR II 1110/18, von der HypoVereinsbank München in seiner Eigenschaft als Gerichtsvollzieher einen Zustellungsauftrag erhalten, den er an Elke Gillardon als Schuldnerin ausführte. Elke Gillardon verfasste daraufhin unter dem 28.08.2018 ein Schreiben an den Gerichtsvollzieher Thorsten Riedl, in dem dieser persönlich verbal angegriffen und beleidigt wird. Des Weiteren wird er aufgefordert, dem Schreiben beigefügten Formulare in Zusammenhang mit einem sogenannten „Haftungssicherungsvertrag“ auszufüllen und an Elke Gillardon zurückzusenden. Inhaltlich und von der Diktion her enthält das Schreiben vom 28.08.2018 Ausführungen, wie sie typischerweise in der sogenannten „Selbstverwalter- bzw. Reichsbürgerszene“ verwendet werden, die die Existenz der Bundesrepublik Deutschland als legitimer und souveräner Staat bestreiten und ihre Rechtsordnung ablehnen. In dem Zuleitungsschreiben vom 23.10.2018 erstattete der Direktor des Amtsgerichts Coburg Buhl Strafanzeige gegen Elke Gillardon und stellte als Dienstvorgesetzter von Gerichtsvollzieher Thorsten Riedl gegen sie Strafantrag.

Hausanschrift Ketschendorfer Straße 1 96450 Coburg

Haltestelle Buslinien 1 und 1a Behindertenparkplatz Anfahrter Berliner Platz

Geschäftszeiten Montag - Freitag 8.00 Uhr - 12.00 Uhr

Kommunikation Telefon: 09561/8780 Telefax: 09561/8783900 Poststelle@sta-co-bayern.de

Die E-Mail-Adresse eröffnet keinen Zugang für formbedürftige Erklärungen in Rechtssachen

Durch die Staatsanwaltschaft Coburg wurde daraufhin unter dem Az.: 111 Js 9760/18 ein Ermittlungsverfahren gegen Elke Gillardon eingeleitet, welches von Staatsanwalt als Gruppenleiter Tränkle bearbeitet worden ist. Mit Verfügung vom 30.10.2018 beauftragte er die KPI Coburg -K 5- mit der Durchführung der Ermittlungen. Nach Abschluss der Ermittlungen durch PHK Wettstein wurden die Akten der Staatsanwaltschaft Coburg am 03.12.2018 vorgelegt. Nach Gewährung von Akteneinsicht gab der Verteidiger von Elke Gillardon, Rechtsanwalt Jens Conrad, mit Schriftsatz vom 18.12.2018 eine Stellungnahme für seine Mandantin ab und erstattete gleichzeitig Strafanzeige gegen Unbekannt wegen Verletzung des Datengeheimnisses, der Verbreitung unwahrer Tatsachenbehauptungen, der Kreditgefährdung, üblen Nachrede und der Volksverhetzung. Zur Begründung führt er hierzu aus, dass von der Staatsanwaltschaft Coburg durch Verwendung von Begrifflichkeiten wie „Reichsbürger“ eine Stigmatisierung der Beschuldigten erfolgen würde und diese „Erkenntnisse“ auch noch an Dritte weitergeleitet würden.

Das Ermittlungsverfahren ist gemäß § 170 Abs. 2 StPO einzustellen, da sich nach Beiziehung und Auswertung der Ermittlungsakten, Az.: 111 Js 9760/18, keinerlei Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten des sachbearbeitenden Staatsanwalts als Gruppenleiter Tränkle ergeben haben.

Gemäß § 160 Abs. 1 StPO ist die Staatsanwaltschaft verpflichtet, sobald sie durch eine Anzeige von dem Verdacht einer Straftat Kenntnis erhält, den Sachverhalt zu erforschen und darüber entscheiden zu können, ob die öffentliche Klage zu erheben ist. Vorliegend hatte der Direktor des Amtsgerichts Coburg mit Schreiben vom 23.10.2018 das an den Gerichtsvollzieher Thorsten Riedl gerichtete Schreiben von Elke Gillardon vom 28.08.2018 der Staatsanwaltschaft übermittelt und als Dienstvorsatz Strafantrag gestellt. Nachdem dieses Schreiben in Bezug auf die Person des Gerichtsvollziehers beleidigende Äußerungen wie etwa auszugsweise "der Sklave ist NSDAP- Deutscher", "A stellt unstreitig, dass A falsches Zeugnis abgelegt hat", "A stellt unstreitig, dass A den Straftatbestand Treuhandbetrug erfüllt hat", und dieser zudem aufgefordert worden ist, bestimmte, dem Schreiben beigefügten Formulare in Zusammenhang mit einem sogenannten "Haftungssicherungsvertrag" auszufüllen, bestanden konkrete Anhaltspunkte für das Vorliegen eines strafbaren Verhaltens im Sinne einer Beleidigung und einer versuchten Erpressung. Zur Einleitung eines entsprechenden Ermittlungsverfahrens und zur Aufklärung des Sachverhaltes durch Beauftragung der KPI Coburg war Staatsanwalt als Gruppenleiter Tränkle von Gesetzes wegen verpflichtet. Anderenfalls hätte er sich dem Vorwurf der Strafvereitelung ausgesetzt.

Soweit in der Strafanzeige vom 18.12.2018 vorgebracht wird, es seien Kenntnisse aus diesem Ermittlungsverfahren an Dritte weitergeleitet worden, ist dies nicht zutreffend und ergibt sich auch nicht aus dem Akteninhalt. Mit Verfügung von Staatsanwalt als Gruppenleiter Tränkle vom 05.12.2018 wurde ausschließlich dem Verteidiger der Beschuldigten, Rechtsanwalt Jens Conrad, Akteneinsicht gewährt. Andere Stellen erhielten weder Akteneinsicht noch bestimmte Mitteilungen.

Das Ermittlungsverfahren ist daher gemäß § 170 Abs. 2 StPO einzustellen, da ein strafrechtlich relevantes Verhalten des sachbearbeitenden Staatsanwaltes nicht vorliegt.

Beschwerdebelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie binnen 2 Wochen nach Zugang Beschwerde bei der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg erheben.

Die Beschwerde kann innerhalb dieser Frist auch bei der Staatsanwaltschaft Coburg eingelegt werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Lieb
Leitender Oberstaatsanwalt

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und enthält deshalb keine Unterschrift, wofür um Verständnis gebeten wird.

Das Ermittlungsverfahren gegen meine Person wegen 'Erpressung (Versuch) u.a.' wurde am 23.10.2018 eröffnet.

Vor dem Gesetz sind alle gleich und manche „gleicher?“ Es wird Zeit, dass sich Justitia⁸⁴ die Augenbinde abnimmt und mal genau hinschaut. Dass ich mich zeitweise ähnlich einer Atombombe kurz vor der Zündung fühle, die bei der nächsten Bewegung explodiert, dürfte hier jedem einleuchten.

Die mir bei meinem Anwalt am 11.02.2019 gewährte Akteneinsicht zum Ermittlungsverfahren gegen meine Person ergab: „Meine Akte“ zählt zu dieser Zeit keine zwanzig Seiten. Ca. zehn Seiten sind die Kopie meines Beschwerde-Schreibens und [konstruierter] Anlass der Strafanzeige, zwei Seiten Schriftsatz der Akteneinsichtsgewährung, zwei Seiten Datenblatt über die Angaben zu meiner Person. Der Inhalt der Ermittlungen lässt laut meinem Anwalt keinerlei Grundlage für ein strafrechtliches Vorgehen zu. Ich wundere mich: „Wo bleibt in meinem Fall die Verhältnismäßigkeit des behördlich betriebenen (Zeit-)Aufwands im Vergleich zur behördlich aufgewendeten Zeit im Ermittlungsverfahren gegen Johannes T.“

Was soll ich sagen?

Ermittlungen auf allen Ebenen. Das Umfeld wird weiträumig durchforstet. Alles auf den Kopf gestellt. Innerstes nach außen gekehrt. Die Öffentlichkeit großspurig informiert. Willkür angewandt. Angst geschürt. Panik gesät.

Täglich fragte ich mich: Werden die Ermittlungen zu meiner Person absichtlich in die Länge gezogen? Was suchen sie? Was erwarten sie denn zu finden? Das Ei des Kolumbus? Die Quadratur des Kreises? Den heiligen Gral? Einer von mir oder der Stiftung Lebenspfad von langer Hand geplanter Umsturz? Oder färben sich etwa gewisse Köpfe schon rot und es geht ihnen der sogenannte „Arsch auf Grundeis“, weil die Ermittlungen eigentlich im Ergebnis erfolglos sind und sich so manch einer vielleicht langsam in Erklärungsnot befindet?

⁸⁴ Göttin der Gerechtigkeit

Denn wirklich stichhaltige und eindeutige Beweise scheint es nicht zu geben. Nur Indizien. Vermutungen. Mutmaßungen. Unterstellungen. Heiße Luft. Auf einem Fundament aus heißer Luft, bleibt selbst ein Lügegebäude auch nur das: heiße Luft. Und die verpufft...

„Eine erfundene Ordnung läuft ständig Gefahr, in sich zusammen zu fallen wie ein Kartenhaus, weil sie auf Mythen aufgebaut ist und weil Mythen verschwinden, wenn niemand mehr an sie glaubt.“⁸⁵

Also, was ist die Wahrheit? Und viel wichtiger ist, wessen Wahrheit zählt?

Da mein Vorgehen wegen übler Nachrede gegen Johannes T. innerhalb kürzester Zeit eingestellt wurde, wie sich aus vorherigem Schreiben ergibt, ging ich davon aus, dass in meinem Fall und im Hinblick auf die Länge der Ermittlungsdauer nicht einmal ein Anfangsverdacht einer Straftat besteht und damit die Einstellung des Ermittlungsverfahrens zur Folge hat. Pustekuchen!

Am Valentinstag 2019 kam Post vom Amtsgericht Coburg: Strafbefehl! Aus dem Tatbestand der 'Erpressung (Versuch) u.a.' wurde Beleidigung. Geldstrafe 1.500 EUR.

An dieser Stelle wäre es einmal angebracht, alle „gerichtlichen“ Schreiben mal genauer unter die Lupe zu nehmen... im Sinne von Rechtsgültigkeit, Rechtssicherheit, Geltungsbereich, Einhaltung bestehender Gesetze, etc. Als Beispiel folgende Angabe im Strafbefehl: „Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle.“⁸⁶

Das ist schon ein Widerspruch in sich. Denn, alle Beamten-Verhältnisse⁸⁷ sind am 08. Mai 1945 erloschen.

⁸⁵ Yuval Noah Harari, israel. Globalist („A Brief History of Mankind, McLelland & Steward, Random House, Canada Ltd., 2014)

⁸⁶ Ämter und Behörden wurden allesamt seit den Bundesbereinigungsgesetzen 2006, 2007, 2012 in Firmen umgewandelt

⁸⁷ Bundesverfassungsgericht BVerfGE 3, 58; Aktenzeichen 1 BvR 147/52 Leitsatz 2 vom 17.12.1953, <https://opiniojuris.de/entscheidung/805>

Die nach dem 08.05.1945 neu begründeten Dienstverhältnisse standen unter dem besonderen Vorbehalt des Eingriffes der Militärregierung zum Zwecke der politischen Überprüfung. Ein Dienstaussweis ist kein Nachweis für eine staatshoheitliche Tätigkeit. Er identifiziert sie lediglich als privatrechtlichen Mitarbeiter eines Unternehmens⁸⁸ und Firmen haben grundsätzlich keine Rechte hoheitlicher Befugnisse auf Nicht-Beamte ist nach Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 27.04.1959 (Aktz. 2BvF2/58) verfassungswidrig. Auch müssten „Beamte“ eine Bestallungsurkunde vorweisen sowie eine Tätigkeitsgenehmigung nach Militärgesetz Nummer 2, Artikel V, 9 der alliierten Militärregierung.⁸⁹ Zudem ist das Staatshaftungsgesetz vom Bundesverfassungsgericht 1982 für nichtig erklärt worden (BVerfG 61, 149 vom 19.10.1982).


Alle „Mitarbeiter“ der „Bundesrepublik Deutschland“ haften seitdem privat und persönlich vollumfänglich mit ihrer eigenen Freiheit und ihrem eigenen Vermögen.

Durch das Motu Proprio vom 11.07.2013 hat Papst Franziskus erlassen, dass die Immunität aller Richter, Staatsanwälte, Rechts-anwälte und Regierungsbeamter per 01.09.2013 aufgehoben wird. Bleibt für mich noch die Frage im Raum stehen inwieweit das Bundesverfassungsgericht eigentlich legitimiert ist?

Was ist die Wahrheit?

⁸⁸ Das Amtsgericht Coburg ist eingetragen im UPIK-Firmenregister unter der D-U-N-S@Nr. 314011813, www.upik.de

⁸⁹ siehe auch Art. 120, 125 GG (Grundgesetz), Art. 180 Bayr. Verfassung; Wir leben immer noch unter alliierter Besatzerhoheit in einer von den Alliierten errichteten Verwaltung „BRD“ und seit 1990 dem „Vereinten Wirtschaftsgebiet“; Bayern ist US-Zone



Amtsgericht Coburg
Abteilung für Strafsachen

Amtsgericht Coburg PF 2135, 96410 Coburg
 Frau
 Elke Gillardon
 96450 Coburg

für Rückfragen:
 Telefon: +49(9561)878-s.u.
 Telefax: +49(9561)878-1905
 Zimmer: 125
 Sie erreichen die zuständige Stelle am besten:
 Mo - Fr: 8.00 - 12.00 Uhr
 Telefondurchwahl für Cs u. Ds-Sachen:
 Frau Krause - 1160 und Frau Kühnlenz - 1161

Ihr Zeichen	Bitte bei Antwort angeben Akten- / Geschäftszeichen 2 Cs 111 Js 9760/18	Datum 13.02.2019
-------------	---	---------------------

In dem Strafverfahren gegen
Gillardon Elke (geb. Gillardon)
 wegen Beleidigung

Sehr geehrte Frau Gillardon,

anliegend erhalten Sie den Strafbefehl vom 12.02.2019.

Der Strafbefehl wird Ihrem Verteidiger zugestellt.

Auf die beiliegende Rechtsbehelfsbelehrung wird hingewiesen.

Falls Sie wirksam Einspruch einlegen, kommt es zu einer Hauptverhandlung und Sie erhalten eine Vorladung zum Gericht.
 Die Einzelheiten zur Einlegung eines Einspruchs entnehmen Sie der dem Strafbefehl beigelegten Rechtsmittelbelehrung.

Falls Sie keinen Einspruch einlegen und der Strafbefehl rechtskräftig wird, erhalten Sie eine Rechnung mit Zahlungsaufforderung der Geldstrafe (Geldbuße), soweit darauf erkannt wurde und den Kosten des Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft. Entsprechende Zahlungen sind nicht an das hiesige Amtsgericht, sondern an die Staatsanwaltschaft Coburg zu richten.

Bitte zahlen Sie erst nach Zugang der Zahlungsaufforderung.

Hausanschrift
Ketschendorfer Str. 1
96450 Coburg

Haltestelle
Kongresshaus

Nachbriefkasten
Haupteingang
Ketschendorfer Strasse

Kommunikation
Telefon:
09561/878-0
Telefax:
09561/878-1900

Seite 2

Sollten Sie einen **Antrag auf Ratenzahlung** stellen wollen - sofern die Ratenzahlung nicht schon bewilligt wurde -, können Sie diesen schriftlich bei der Staatsanwaltschaft Coburg einreichen.

Mit freundlichen Grüßen

Krause, Sekr'in
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Beglaubigte Abschrift

Amtsgericht Coburg



Aktenzeichen: 2Cs 111 Js 9760/18
(Bitte stets angeben)

Telefon-Nr.: 09561/8780
Telefax-Nr.: 09561/8781900

Amtsgericht Coburg, Ketschendorfer Straße 1,
96450 Coburg

2Cs 111 Js 9760/18

Frau
Elke Susanne Gillardon
96450 Coburg

Rechtskräftig seit:

AG Coburg,

Unterschrift, Dienstbezeichnung
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

geboren am 08.06.1970 in Karlsruhe,
deutsche Staatsangehörige

Verteidiger:
Herr Rechtsanwalt Jens Conrad,
Am Schwanenteich 4, 08058 Zwickau

Strafbefehl

Die Staatsanwaltschaft legt Ihnen folgenden Sachverhalt zur Last:

Unter dem Datum 28.08.2018 versanden Sie ein mit Beschwerde betitelttes Schreiben an den **Gerichtsvollzieher Redl**, in dem Sie u.a. sich als Treuhänderin ("Q") sowie den Empfänger Redl als Anbieter ("A") definierten.

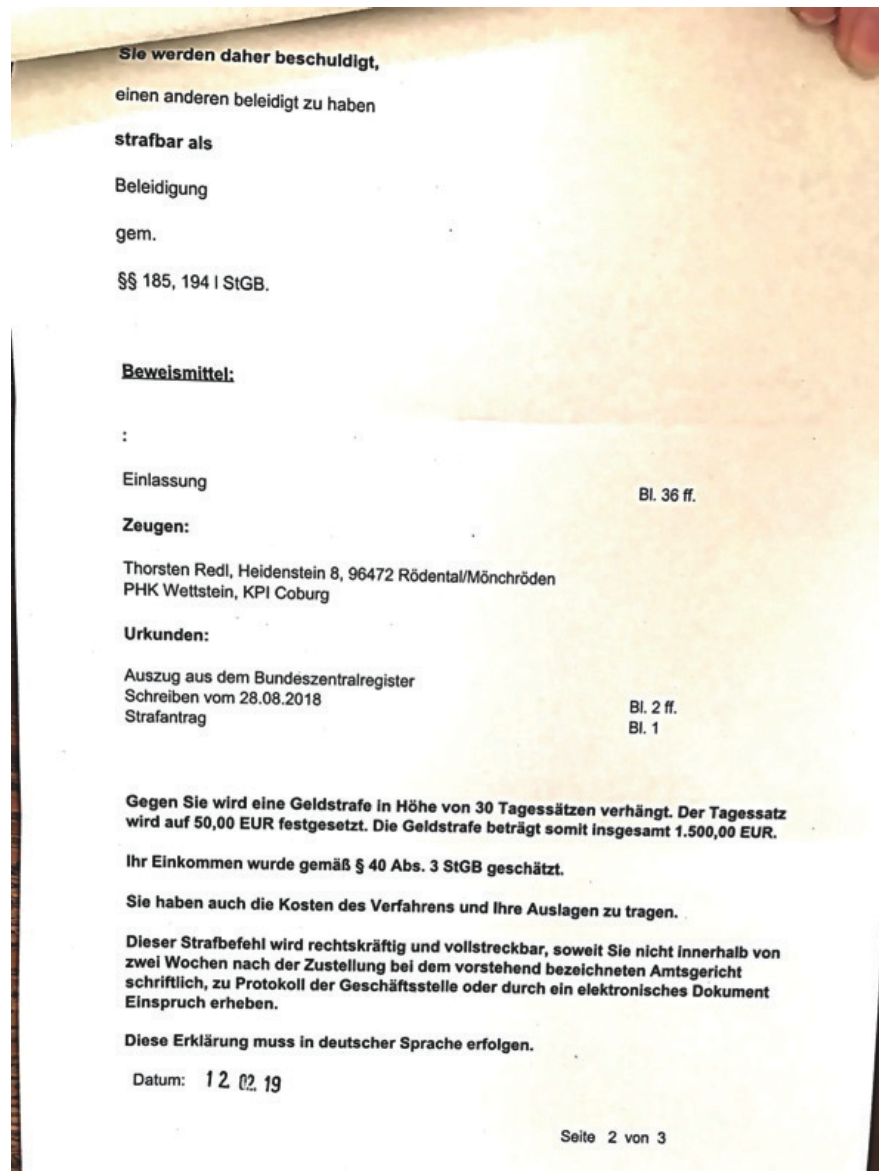
In diesem Schreiben erklärten Sie, dass

- „...Sie ein NSDAP-Deutscher...sind“,
- „A ist NSDAP-Mitglied...“,
- „A Anbieter: Thorsten Redl...NSDAP-Deutscher ohne Leben, besitzt Geburtsurkunde, die A gem. PSIG 1937 als NSDAP Sklaven registriert.“,
- „Thorsten Redl...sich identifizierend mit Personalausweis der Partei NSDAP für BRD...dieses Papier gebunden an die Geburtsurkunde für den rechtlosen NSDAP-Sklaven...Der Sklave ist NSDAP-Deutscher...“ bzw.
- „A stellt unstreitig, dass A NSDAP-Mitglied ist“.

Hiermit implizierten Sie, dass der Geschädigte Redl Mitglied der verbotenen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist und stellten diesen in die Nähe der zur Zeit des Nationalsozialismus begangenen Verbrechen, um Ihre Miss- bzw. Nichtachtung auszudrücken.

Strafantrag wurde durch den Dienstvorgesetzten am 23.10.2018 gestellt.

Seite 1 von 3



Sieht so vielleicht ein Handelsangebot der Firma „Amtsgericht Coburg“ aus?

Liegt hier vielleicht eine Täuschung im Rechtsverkehr vor? Wo ist die Richterunterschrift gem. § 126 BGB (gesetzliche Schriftform), §§ 34, 37 VwVfG⁹⁰ und damit die Einhaltung bestehender Gesetze?

Und noch eine Info: Seit dem 30. November 2007 gilt kein Gerichtsverfassungsgesetz (GVG), keine Zivilprozessordnung (ZPO), keine Strafprozessordnung (StPO) und das Ordnungswidrig-

⁹⁰ OLG München, Beschluss vom 26.06.2018 – 5 OLG 15 Ss 89/18; Abk. VwVfG
Verwaltungsverfahrensgesetz

keitengesetz (OWiG) nur noch im Rahmen des Geltungsbereiches (§ 5 auf Schiffen und Flugzeugen).⁹¹ Das Gerichtsverfassungsgesetz (GVG), die Zivilprozessordnung (ZPO), das Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG), die Abgabenordnung 1977 (AO 1977) sowie das Umsatzsteuergesetz (UStG) sind ungültig, weil sie insbesondere alle zitierpflichtige Gesetze im Sinne des Art. 19 Abs. 1 Satz 1 GG sind.⁹² Eigene Recherchen sind hier angebracht.

Die Entscheidung „Strafbefehl“ gibt mir zu denken: Ist das etwa der Ausweg der Justiz, um das Gesicht zu wahren? Soll über einen Einspruch ein Gerichtsverfahren angestrebt und dann gegebenenfalls wegen Geringfügigkeit eingestellt werden? Hauptsache Aktenzeichen, Obligationen, Papier und Kosten produziert? Ich hoffe, die Aktenzeichen wurden dem IRS⁹³ korrekt mit der Form 1099-iod gemeldet?

Ich bin über das unterschiedliche Maß der Handhabung rechtstaatlicher Prinzipien und der Anwendung bzw. Nichtbeachtung bestehender Gesetze sehr beeindruckt. Und vielleicht bin ich zu dumm es zu begreifen: Aus meiner 'Beschwerde'⁹⁴ wird eine Strafanzeige wegen 'Erpressung (Versuch, u.a.)' konstruiert (lt. Zeugenaussage wurde der „Betroffene“ von seinem Dienstvorgesetzten zur Stellung einer Strafanzeige genötigt) und per Strafbefehl nun auf 'Beleidigung' gestuft, wobei der Grund für die sog. Beleidigung völlig aus dem Zusammenhang gegriffen und damit meines Erachtens substanzlos ist. Ich stelle über meinen Anwalt Strafanzeige u.a. wegen übler Nachrede, belegbare Beweise gibt es genug, und ich habe keine Chance. Das Ermittlungsverfahren wird innerhalb von fünf Tagen eingestellt. Ich

⁹¹ Erstes Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz vom 19.04.2006 (BGBl. I, S. 866); 24.04.2006 (BGBl. Nr. 18); Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Justiz vom 23.11.2007 (BGBl. I, S. 2614)

⁹² Magazin2000plus / Nr. 312 Seite 20

⁹³ Abk. für Internal Revenue Service, US Steuerbehörde, Department of Treasury

⁹⁴ wegen UPU Postbetrug (Universal Postal Union, Weltpostverein mit Sitz in Bern, CH)

werde von allen Seiten nachweislich öffentlich beleidigt und muss mich gezwungenermaßen beleidigen lassen, da sich (fast) jeder hierzu (weil über Hörensagen bekannt geworden) nun das Recht herausnimmt mich als „Reichsbürgerin“ zu verunglimpfen und von mir Abstand nimmt.

Vor dem Gesetz sind alle gleich, aber mit dem Gesetz manche „gleicher“? Werden hier Sachverhalte einfach mal so konstruiert und Gesetze gebeugt, wie man es gerade braucht und für nötig erachtet? Wo ist jetzt bitte hier der Verfassungsschutz, der als Inlandsgeheimdienst doch eigentlich die Aufgabe hat, die Kräfte ausfindig zu machen, die Demokratie und Rechtsstaat beseitigen wollen, damit diese Kräfte bekämpft werden können? Wer steht jetzt wo und auf wessen Seite?

Wo ist die Wahrheit?

Wo bleibt da die Wahrheit?

Und welchen Wert besitzt denn noch die Wahrheit in unserer Gesellschaft? Welcher Stand wird der Wahrheit in unserer Demokratie, in unserem Rechtsstaat, beigemessen?

Was ist die Wahrheit?

Mein privater Schriftwechsel hat seine eigene Form, wie aus den bisherigen hier veröffentlichten Schreiben zu entnehmen ist, und mit dem ich meine Rechtstellung als lebender Mensch gegenüber Dritten (Bank, Behörden) kundtue. Diesem „fortschrittlich theoretischem Argumentationsmuster“⁹⁵ bediene ich mich aufgrund fehlender „Rechtsgültigkeit“, „Rechtssicherheit“ und „Geltungsbereich“ bestehender Gesetze.

⁹⁵ Zitat aus Pressebericht „Schulverbot für mutmaßliche Reichsbürgerin“, Neue Presse Coburg vom 31.01.2019, S. 9

Und aufgrund meiner bewusst wahrgenommenen Rechtstellung als lebender Mensch, mit nachgewiesener deutscher Abstammung nach RuStAG (1913) und Zugehörigkeit zum Bundesstaat „Baden“, bin ich theoretisch versucht in Sachen „Strafbefehl“ zweigleisig zu fahren.

Gleis 1: Herkömmlicher Rechtsweg⁹⁶

Meine PERSON⁹⁷ wird durch meinen Anwalt vertreten. Dieser legt das Rechtsmittel des „Einspruchs“ ein.

Gleis 2: Kommerz (UCC⁹⁸)

Der lebende weibliche Mensch Elke Susanne aus der Familie Gillardon weist den Strafbefehl, da Handelsangebot, zurück.

Gleis 1 ist die herkömmliche Schiene für die Einlassung auf das Rechtssystem mittels eines Anwalts.

Gleis 2 geht den Weg des Menschen. Denn, der lebende Mensch steht vor dem Gesetz und befindet sich an Land. Über seine natürliche Person erlangt der Mensch eine Staatsangehörigkeit und nimmt am Rechtsverkehr (Seerecht – Handelsrecht – Bodenrecht) teil.

Um das zu verstehen müssen wir jetzt ein wenig ausholen. Und vielleicht liegt genau hier „der Hund“ der Rufmord-Kampagne „begraben“, der das Versteck der eigentlichen „Reichsbürger“ zubuddeln möchte, indem er sich einer gezielten öffentlichkeitswirksamen Hexenjagd gegen mich bedient, um weiter von sich selbst abzulenken?

⁹⁶ freiwillige Einlassung; Gerichte der BRD sind sog. Freiwilligen-Gerichte. Der Bewohner des Vereinigten Wirtschaftsgebietes erkennt dies seit dem 30.11.2007 freiwillig an.

⁹⁷ „Mensch oder Person? – Der Herr vom anderen Stern“; Film mit Heinz Rühmann (1948), www.youtube.com

⁹⁸ Abk. für Uniform Commercial Code, siehe Fußnote 108

Eigene Recherchen und Nachforschungen sind hier durchaus empfohlen. Aber Vorsicht, man fühlt sich zeitweise wie in einem „Kaninchenbau“ bzw. wie „Alice im Wunderland.“⁹⁹

Nachfolgend zu Gleis 1 noch das anwaltliche Schreiben vom 18.02.2019 des Einspruchs zum Strafbefehl:

⁹⁹ Roman von Lewis Carroll (brit.) „Alice’s Adventures in Wonderland“ (1865)

Unabhängiges Organ der Rechtspflege

Rechtsanwalt Jens Conrad, Am Schwanenteich 4 - 08056 Zwickau

Amtsgericht Coburg
Ketschendorfer Str. 1
96450 Coburg

Rechtsanwalt
Jens Conrad
Am Schwanenteich 4
08056 Zwickau

Tel.: 0375/295782
Funk: 0170/6704283
Fax.: 0375/295783
EPost: kanzlei@raco2.de

18.02.2019

195/1801
 (Bitte stets angeben)
 USI-Nr: 227/211/04757 ohne Präjudiz
 Es gilt Art. 5 Abs. 1 Satz 2 EGGGB - Alle Rechte
 - UCC Doc # 1-308 und # 1-103 - vorbehalten!

In Sachen
Gillardon, Elke

- 2 Cs 111 Js 9760/18 -
wegen Beleidigung

wird hiermit namens und im Auftrag der Angeschuldigten gegen dem Strafbefehl des Amtsgerichts Coburg vom 12.02.2018 form- und fristgerecht

Einspruch

eingelegt.

Begründung:

Zur Begründung wird zunächst auf das diesseitige Schreiben vom 18.12.2018 ausdrücklich Bezug genommen und auch zum Inhalt des Einspruchs gemacht.

Die Angeschuldigte hatte eine Beschwerde gegen den angeblich Geschädigten Redl gerichtet. Demzufolge ist die inkriminierte Äußerung im Kontext der Rechtswahrnehmung nach § 193 StGB und dem Grundsatz der Meinungsfreiheit und Freiheit der Wissenschaft einzuordnen.

Die Begrifflichkeiten NSDAP Deutscher oder NSDAP Mitglied wurden völlig aus dem Kontext gerissen und isoliert als "Beleidigung" gewertet.

Die NSDAP war zum Ende des Jahres 1933 mitnichten nur eine Partei sondern Körperschaft des öffentlichen Rechts, quasi Staat im Staate. Mit der Verordnung vom 5.02.1934 wurde den Deutschen die Deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit) durch die NSDAP und ihren Führer, Adolf Hitler, verordnet und die Länderangehörigkeiten (Bundesstaatsangehörigkeit) den Deutschen entzogen.

Dieses NS -System der Deutschen Staatsangehörigkeit wird von der BRD nahtlos fortgeführt. Insoweit sind die Begrifflichkeiten "NSDAP Deutscher" usw. zwar nicht schön in den Ohren klingend, gleichwohl tatbestandlich und rechtserheblich als Beschreibung Deutscher nach NS-Verordnung vom 05.02.1934, nicht unzutreffend.

Bank: Deutsche Bank IBAN DE59 8707 0000 0348 2148 00 BIC DEUTDE33XXX

Alternativ wäre lediglich die Rückkehr zur Originalfassung des RuStAG vom 22.07.1913 unter Respektierung der jeweiligen Bundesstaatsangehörigkeit eines jeden Deutschen (Artikel 116 Abs. 2 GG) mit der Maßgabe, daß die Reichsangehörigkeit der Bundesangehörigkeit entspricht oder die Verabschiedung eines völlig neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes, welches die Beziehungen zwischen den Deutschen und der BRD regelt.

Die NSDAP nach Auffassung der Angeschuldigten ist zwar formal in der BRD verboten und ein Kampf gegen Rechts ausgerufen, aber es werden noch über 70 nationalsozialistische Gesetze, insbesondere auch auf dem Gebiet von Steuern (Einkommens- und Gewerbesteuer u.a.) um- und durchgesetzt.

Die arbeitenden Menschen und wirtschaftenden Unternehmen werden nach nationalsozialistischen Gesetzen und Prinzipien entgegen Artikel 106 GG ausgeplündert, bevormundet (GEZ, Parteienkartell usw.), entrechtet (Vorenthalten der Bundesstaatsangehörigkeit, Verfassung (Art. 146 GG)) , Beseitigung der Gewaltenteilung durch Verquickung von Staatsverwaltung, Legislative und Gerichtsbarkeit durch Parteizugehörigkeiten und außerparlamentarische Netzwerkstrukturen. Parteifunktionäre besetzen Ämter, sind Abgeordnete und besetzen Gerichte. Interessenverbände beherrschen die Gesetzgebung. Alles in allem wurde die grundgesetzlich vorgeschriebene Struktur in über 70 Jahren bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, mit Ausnahme regelmäßiger Sprechblasen.

So gesehen ist das Vorgehen gegen die Angeschuldigte lediglich politisch motiviert, faßte es doch ausweislich der amtlichen Ermittlungsakte der "Geschädigte" gar nicht zunächst als Beleidigung auf, sondern beugte sich seiner Aufsichtsbehörde, in dem er einer Strafanzeige zustimmte.

Jens Conrad
Rechtsanwalt

SIEBEN

FIKTION

Wahrheiten

Gleich vorneweg zum Verständnis: Nachfolgende Angaben und Hinweise sind weder auf meinem „Mist“ gewachsen noch sind die Tatsachen frei erfunden. Ich habe diese auch nicht einfach mal so aus dem Orbit gegriffen oder beteilige mich an sogenannten Verschwörungstheorien. Jegliche Haftung zu in diesem Buch gemachten Angaben schließe ich aus und weise ich hiermit ausdrücklich und öffentlich zurück. Eigene Recherchen und Nachforschungen sind von nun an besonders erwünscht. Und vielleicht kommt dadurch noch eine (andere) Wahrheit ans Licht? Alle Angaben und Hinweise sind ohne Gewähr. Alles auf eigene Gefahr.

Mein Fall der öffentlichen Diffamierung als und Stigmatisierung zur sogenannten „Reichsbürgerin“ spielt sich in der unbedarften, aber stark beeinflussbaren, Öffentlichkeit ab. Man benutzt dabei bewusst das Betätigungsfeld „Schule“ der Stiftung Lebenspfad, deren Initiatorin und Stifterin ich bin, um eine größtmögliche Wirkung zu erzielen und das zur juristischen Rechtfertigung auf Basis eines [konstruierten] Strafverfahrens.

Spiegelt mein Fall den derzeitigen Zustand bzw. Verfall unserer Gesellschaft, unseres „Staates“ wider? Bin ich das Beispiel aktueller und in jeglicher Hinsicht praktizierten Umgangs (rechtlich, politisch, sozial, ökonomisch, ökologisch) mit der Wahrheit in Deutschland?

Nun denn. Ich will hier gerne auf die Sprünge helfen...und bediene mich jetzt ebenfalls der Öffentlichkeit zu deren Aufklärung.

Der bekannte Journalist Claus Strunz stellt in seinem Buch „Geht's noch, Deutschland?“¹⁰⁰ einen interessanten Vergleich zur aktuellen Lage Deutschlands her.

Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsschutzes, Dr. Hans-Georg Maaßen, hat in seiner Rede vor der Werteunion Köln¹⁰¹ am 16.02.2019, dieses Bild aufgegriffen und ihn etwas koloriert:

„Der Flug von Frankfurt nach New York dauert sechs Stunden, aber man hat nur Treibstoff für vier Stunden getankt. Nach einer Stunde spricht sich das bei der Besatzung herum, dann auch bei den Passagieren. Einige werden unruhig. Der Pilot sagt, es gibt überhaupt keinen Anlass zur Unruhe. Wir fliegen mit einem der modernsten Flugzeuge, es ist besonders Treibstoff sparend, wir können mit weniger Treibstoff weiterkommen als früher, wir haben ausgezeichneten Rückenwind, wir schaffen es. Und als die Unruhe nach drei Stunden lauter wird, sagt er: bleiben Sie entspannt. Es ist doch nichts passiert: Das Bordprogramm hat die gleiche Qualität wie immer, auch das Catering ist wie gewohnt hervorragend, warum regen Sie sich denn eigentlich auf? ...die besorgten Passagiere sind weder konservativ, noch rechts, noch Verschwörungstheoretiker. Sie wollen nur, dass sie gesund ans Ziel kommen.“

Gerne bediene ich mich dieses politischen Flugzeug-Bildes des ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten, vervollständige und schmücke es mit meinem Fall weiter aus und setze es gleichzeitig in Bezug auf die „deutsche Staatsangehörigkeit“¹⁰². Auch beziehe ich den Heimat-Flughafen mit ein:

In das Flugzeug „Bundesrepublik Deutschland“ bin ich durch meine Geburt in 1970 freiwillig eingestiegen. Ich genieße mein Leben in Gesundheit, Frieden und Freiheit. Ich vertraue dem Piloten, seiner

¹⁰⁰ Claus Strunz „Geht's noch, Deutschland?“, Plassen Verlag, erschienen am 22.11.2018

¹⁰¹ <https://vera-lengsfeld.de> Beitrag vom 18.02.2019 „Die Fehler von 2015 werden jeden Tag wiederholt“

¹⁰² siehe auch Magazin 2000plus, EXTRA 16 vom Juli 2017 Nr. 391 „Rechtstatsachen zum Status von Deutschland“

Besatzung und der Technik. Ich verbringe die Reisezeit lernend, arbeitend und mit viel Sport. Ich informiere mich über und nutze aktiv das angebotene Bordprogramm. Ich helfe der Bordcrew aus und biete - mit einigen Mitreisenden - den jungen, motivierten Passagieren zur sinnvollen Zeitnutzung Persönlichkeitsbildung und Karriere-Starthilfe an. Ich höre, dass der Treibstoff knapp wird. Die Unruhe an Bord aufgrund des Treibstoffmangels legt sich etwas, sowohl durch die stoische Gelassenheit und die Parolenrufe „Wir schaffen das!“ des Flugkapitäns und seiner Crew, als auch durch das vielseitige Vergnügungsprogramm an Bord.

So langsam wird mir aber das bordeigene Animateurprogramm immer widersprüchlicher. Das dargebotene Catering schmeckt fade und fast schon künstlich. Die Luft wird stickig. Blicke ich aus dem Flugzeugfenster, trübt sich der Himmel, sobald die Sonne scheint, augenblicklich mit weißen Streifen und Schlieren immer mehr ein. Die Wetterkapiolen nehmen zu. Eine stille, schwelende Unzufriedenheit, auch in Form von Desorientiertheit, vernehme ich sowohl bei mir als auch unter manchen Mitreisenden. Auch kommt mir das Crew-Verhalten zunehmend eigentümlicher vor. Ich kann den gefühlten Zustand nicht erklären...

Die Flug-Reichweite wird immer kürzer. Die Turbulenzen stärker. Ich will jetzt mehr über die aktuelle Lage wissen. Ich informiere mich über die Fluggesellschaft, die Maschine und ihre Technik, die Modalitäten zum Check-in/Check-out. Ich will wissen, wem die Maschine gehört, wo sie herkommt, wer sie betreibt. Ich beschäftige mich mit den Rahmenbedingungen, dem Flugplan, dem Heimatland, den Destinations.¹⁰³ Je mehr ich mich selbst damit auseinandersetze, umso orientierungsloser fühle ich mich dabei. Gleichzeitig beunruhigt mich das wachsende Desinteresse meiner Mitreisenden zur aktuellen Lage. Ich schweige. Ich grübele. Ich arbeite. Ich tue meine Pflichten. Ich erledige meine Aufgaben. Und ich lese und lerne. Ich nutze meine Zeit.

¹⁰³ dt. für Bestimmungsort, Ziel, Zieladresse, ...

Ich mache weiter, aber gewinne mehr und mehr an Abstand und gehe bewusst in die Beobachtung.

Weil ich mich nun frage, wer ich bin und was ich hier mache, erkenne ich mein Reisevehikel, als das was es ist: eine Mitfahrgelegenheit und Mobilitätsgarantie. Und noch etwas leuchtet mir ein: Ich bin in einem Flugsimulator gelandet! Es ist alles eine Fiktion!

Ich stelle plötzlich fest, dass ich souverän sein, selbstbestimmt fliegen sowie ein- und aussteigen, ja sogar starten und landen kann!

Ich erkenne, dass es nur meine Meldeobligation (Reisepass, Personalausweis) ist, die als Passagier an Bord sitzt... Ich erkenne, dass sich das Flugzeug als insolvente Firma „Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH“¹⁰⁴ herausstellt und mit „staatlichem“ Logo in schwarz-rot-gold beflaggt ist... Ich erkenne, dass der Flieger unter mehreren Bezeichnungen firmiert... Ich erkenne, dass die Bordcrew einschließlich Flugkapitän uns nur eine „Staats-“Maschine und damit Bordzugehörigkeit, Schutz, Sicherheit, Recht und Ordnung simuliert... Ich erkenne, dass das Flugzeug ständig seine Slots¹⁰⁵ über dem Heimatflughafen dreht... Ich erkenne, dass die Maschine nicht landen darf, mangels fehlender Autorisierung, mangels verfasster Landeerlaubnis durch die Passagiere, mangels eingeholter und fehlender vertraglicher Zustimmung des Aufsichtsrates der Fluggesellschaft.

Im Bordprogramm werden unter anderem die Wettkämpfe und Spiele von Sportmannschaften übertragen und ausgetragen. Ich wundere mich, dass auf den Trikots der Nationalspieler nicht mehr „Bundesrepublik Deutschland“ zu lesen ist, sondern nur noch „Deutschland.“ Vielleicht ein Marketing-Gag passend zum Fußball-WM2006 „Schlaaaand“¹⁰⁶-Ruf?

¹⁰⁴ Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH, HRB 51411, Amtsgericht Frankfurt am Main, Insolvenzantrag vom 1.11.2016, Verwertung durch Verkauf der BRD GmbH und EU GbR zur Masse durch die Gläubiger mit Notarvertrag vom 28.11.2017

¹⁰⁵ In der Luftfahrt dient die Vergabe von Slots (dt. Zeiträume oder Zeitfenster) der Rationierung von knappen Luftverkehrs-Infrastrukturen. Hier „Kreise ziehen“

¹⁰⁶ Schland ist als Wortmarke beim www.dpm.de eingetragen, Rechteinhaber ist die Raab TV GmbH

Ich bin ziemlich irritiert...in welcher Maschine sitzt meine Meldeobligation denn nun wirklich? In der mit dem Namen „Bundesrepublik Deutschland“? In der „Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH“? In der „Deutschland-DDR 1990“? In der „Vereinigte Wirtschaftsgebiete“? In der „Deutschland“? In der „Germany“? Hä??? Was ist da los? Ich ringe um Fassung und wünsche mir Orientierung! Ich brauche eine Ordnung, eine Struktur.

Bildlich gesprochen ziehe ich an meinem Fallschirm die Reißleine und steige aus dem Flugsimulator aus... Mit meiner Geburtsurkunde und dem Ahnennachweis bis vor 1914 in der Hand, lande ich als lebendes Weib im März 2018 auf Heimatboden... Nur weiß ich jetzt nicht, wie ich dieses Land benennen darf... Bundesrepublik Deutschland? Freistaat Bayern? US-Zone?

Eigentlich ist es der Bundesstaat „(Königreich) Bayern“... meine Staatsangehörigkeit ist „(Großherzogtum) Baden.“ Beides gehört zum Deutschen Kaiserreich (von 1871 bis 1918). Dieses ist immer noch existent. Es ist nur nicht handlungsfähig (vgl. Urteil des Bundesverfassungsgerichts, BVerfG, vom 31.07.1973). Das Land ist zwar bewohnt, aber doch verlassen.

Seit 1919 sitzen die Passagiere im Flugzeug mit wechselnden Logos und diversen Firmierungen und haben eine bewegte Zeit hinter sich: Weimarer Republik (von 1918 bis 1933), Deutsches Reich (von 1933 bis 1945), Deutschland (von 1946 bis 1949), Bundesrepublik Deutschland (von 1949 bis 1990), Bundesrepublik Deutschland¹⁰⁷ (von 1990 bis heute).

¹⁰⁷ Anm. d. Verfasserin: Außenminister Genscher (FDP) hat zum 18.07.1990 die bisherige bei der UNO unter A134 geführte „Bundesrepublik Deutschland“ abgemeldet. Die heutige BRD wurde neu bei der UNO als Land „Germany“ mit der Landeskenntung 0 und als „Nicht-Regierungs-Organisation“ angemeldet -> Entstehung der BRD GmbH; lt. 2+4-Vertrag ist die BRD der DDR beigetreten...? Bitte hier eigene Recherchen anstellen! BRD ist im internationalen, privaten Bezirk „District of Columbia“ eingetragen und im Staate „Delaware“ (SEC Code) ist das einheitliche internationale Handelsrecht (UCC) für die private BRD-Company verpflichtendes, oberstes Recht unter Admiralsrecht, bestehend seit der Kapitulation am 08.05.1945, s. Kooperations-Vertrag Artikel 18 B 7, in eroberten und verwalteten Gebieten der U.S.

Meine „Landeerlaubnis“ zum Betreten des Heimatbodens habe ich durch den Staatsangehörigkeitsausweis erhalten. Vom Heimatboden aus werde ich, das lebende Weib, mit meiner natürlichen Person tätig u.a. gemäß UCC¹⁰⁸ und handle für meine im Flieger sitzende Meldeobligation. Ich wundere mich...

Die Flugzeugbesatzung, das Bordpersonal und ein Großteil der Passagiere benehmen sich gegenüber meiner Meldeobligation (natürlichen und juristischen Person) zunehmend komisch. Ihre widersprüchlichen Verhaltensweisen, das Getuschel und die Spionage-Aktivitäten werden von Minute zu Minute offensichtlicher. Anfeindungen hinsichtlich meines Besitzes der deutschen Staatsangehörigkeit (umgangssprachlich als „Gelber Schein“ bekannt) werden laut und man beschimpft mich deshalb als „Reichsbürgerin“. Meine Sitznachbarn suchen großräumig das Weite und wechseln ihre Plätze. Meine Verwunderung steigert sich in Verwirrung. Denn über

¹⁰⁸ UCC Uniform Commercial Code: Internationales Handelsrecht, wird auch als vertragliche Anbindungsregel für die mit der Geburtsurkunde eingerichtete PERSON als Rechtssubjekt und die darauf eingenommenen Geburtenkredite und Freistellungskonten mit den internationalen Banken IWF und BIZ angewandt. Des Weiteren ist das UCC in Verbindung mit der „House Joint Resolution 192 (1933)“ auch die vertragliche Anbindungsregel den Ausgleich öffentlicher Forderungen durch Annahme/Akzeptanz – durch ein Accept for Value – auszugleichen. Daran hat sich auch für die BRD nach 1990 nichts geändert, s. Vereinbarungen der Drei Mächte über Berlin vom 25./26.09.1990 und die Vereinbarung der Drei Mächte mit der Bundesrepublik Deutschland vom 27./28.09.1990 und dem 2. Bundesbereinigungsgesetz vom 29.11.2007. Das Gebiet Deutschlands wurde durch den Artikel 7 des 2+4-Vertrages wieder freigegeben, gleichzeitig aber die Verwaltung des vereinten Wirtschaftsgebietes – die BRD – besetzt. Dass die BRD unter Admiralitätsrecht steht, sieht man des Öfteren, wenn der Bundespräsident bei Empfängen in seiner Präsidialkanzlei unter der mit Gold umrandeten schwarz-rot-goldenen Flagge steht. Am 01.10.2003 erließ das U.S. Government eine Verordnung, in der ihre kommerziellen Einheiten/Untereinheiten Geschäftspartner und Subventionsempfänger angewiesen wurden, eine D-U-N-S-Nummer der Wirtschaftsauskunftei Dun & Bradstreet in Virginia zu beantragen und die Registratur selbst vorzunehmen. So ist auch die Eintragung der Stadt Coburg, des Amtsgerichts Coburg, etc. erfolgt, als private Company, natürlich danach auch in anderen Auskunfteien (wie Manta, Hoppenstedt, usw.). Nicht nur die BRD ist eine private Company, sondern auch Österreich, Großbritannien (seit 1998), Italien (eingetragen in der City of London) und so ziemlich alle westlichen Nationen und Staaten. (Quelle www.smad.berlin)

meine Willensbekundung als Staatsangehörige im Sinne des Grundgesetzes Art. 116 Abs. 1 HS 1 wollte ich nur meine Rechte als Deutsche wahrnehmen, nicht mehr als „staatenlos“ gelten und mich gleichzeitig „entnazifizieren.“ Denn:

Kleiner (Flug-)Zeitsprung zurück: Zum 08. Dezember 2010 hat der Flugkapitän in persona von Frau Dr. Angela Merkel (CDU) unter Mitwirkung ihrer Bordcrew „Bundesjustizministerium“, vertreten in persona durch Frau Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), das sogenannte „Staatsbürgerschaftsrecht der Bundesrepublik Deutschland“ nunmehr auf die Basis einer Verordnung der Nationalsozialisten vom 05.02.1934 gesetzt und damit klammheimlich die Bordrechte für die Passagiere korrigiert. Damit werden die „Passagiere“ (siehe Art. 133 GG) des Fliegers „Bundesrepublik Deutschland“, die dies nicht ausdrücklich von sich weisen, einem „NS-Gesetz“ unterworfen. Vor der Änderung am 08.12.2010 wurde die deutsche Staatsbürgerschaft auf das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 (RuStAG) zurückgeführt. Die Passagiere „Bundesbürger“¹⁰⁹ wurden damit, als Sachen, lückenlos der Passagiermaschine „Drittes Reich“ zugeordnet, das heißt nazifiziert und staatenlos gestellt!¹¹⁰

Kurz zum Hintergrund: Im Februar 1934 wurde durch die Nationalsozialisten das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz des Deutschen Reiches (RuStAG) von 1913 so geändert, dass alle Deutschen von da an keine Staatsangehörigkeit mehr hatten, sondern die deutsche Reichsangehörigkeit, welche lediglich in den Kolonien galt. Die primäre Staatsangehörigkeit eines jeden Deutschen zu seinem Bundesstaat wurde durch diese Änderung vom 05.02.1934 beseitigt. Und das gilt seit 08.12.2010 wieder! Mit anderen Worten ausgedrückt und bei unserem Flugzeug-Bild bleibend:

¹⁰⁹ Bürger werden im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland nicht genannt

¹¹⁰ Ist das vielleicht auch der Grund, warum ausländische Mitmenschen die Deutschen (immer noch) als „Nazis“ bezeichnen?

2010 wurden also alle Passagiere des Flugzeugs „Bundesrepublik Deutschland“ per „downgrade“ auf die Bordrechte von 1934 gesetzt. Das heißt, die von den Passagieren gewählte Flugzeugbesatzung der Maschine mit dem Label „Bundesrepublik Deutschland“ setzen das „Staatsbürgerschaftsrecht“¹¹¹ der Nationalsozialisten nahtlos fort. Dieses gilt gleichwohl für das Gewerbesteuerengesetz, Einkommensteuergesetz, die Justizbeitragsordnung und ca. siebzig weitere Gesetze!

Einschub: Im Presseanzeiger vom 19.06.2011 wurde folgende Meldung veröffentlicht. Zitat: „Das sogenannte Staatsbürgerrecht der Bundesrepublik Deutschland gerät weiter ins Zwielficht. Es wird in den Strudel des Rechtsextremismus gezogen. Mit dem vor wenigen Monaten geänderten Staatsbürgerschaftsgesetz (StAG) vom 08. Dezember 2010 hat der Bundesgesetzgeber diesen fundamentalen Rechtsbereich nunmehr auf die Basis eines Gesetzes aus der Zeit des Nationalsozialismus gestellt. Die deutsche Staatsbürgerschaft wird nunmehr nicht wie bisher auf das entsprechende Gesetz aus dem Jahr 1913 zurückgeführt, sondern auf den Sockel eines von den Nationalsozialisten verabschiedeten Gesetzes vom 5. Februar 1934 gesetzt. Damit werden Bürger, die dies nicht ausdrücklich von sich weisen, automatisch einem NS-Gesetz unterworfen. Damit dieser skandalöse Schwenk keine öffentlichen Wellen schlägt, wurde er stillschweigend vollzogen und ist nur im nichtamtlichen Teil der Bundesdrucksachen zu finden.“

¹¹¹ Die Metamorphose unserer deutschen Staatsangehörigkeit:

22.07.1913 - „Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat [Bayern, Hessen, Sachsen, etc.] (§§ 3 – 32) oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit (§§ 33 – 35) besitzt.“

05.02.1934 - „Deutscher ist, wer die ... unmittelbare Reichsangehörigkeit ... besitzt.“

15.07.1999 - „Deutscher ist, wer die ... unmittelbare/*Reichs*/angehörigkeit...besitzt.“

21.08.2002 - „Deutscher ist, wer die (...) unmittelbare Reichsangehörigkeit (...) besitzt.“

14.03.2005 und 08.12.2010 - „Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.“

Bei meiner „Buchung“ (Beantragung) der „deutschen Staatsangehörigkeit“ im Jahr 2015 habe ich ausdrücklich meinen Willen zur Bundesstaatsangehörigkeit „(Großherzogtum) Baden“ bekundet, mich dadurch einer „Staatenlosigkeit“ entzogen und automatisch „entnazifiziert“. Aber welche Staatsangehörigkeit wurde mir denn nun mit dem „Gelben Schein“ durch die ausstellende Behörde bestätigt?

Nur so „geflügelt“ am Rande... Vielleicht war der Komplettausfall des Kommunikationssystems an Bord der Regierungsmaschine „Bundesrepublik Deutschland“¹¹², die am 29.11.2018 auf dem Weg von Berlin nach Buenos Aires (Argentinien) in Köln „am Boden bleiben musste“, für die Flugzeugbesatzung ein Wink mit dem Zaunpfahl? Damit sich der Pilot samt Crew mal vom Luftraum auf den Boden der Tatsachen (zurück) besinnt? Wer weiß...

Im Telefonat am 08.11.2018 mit Stefan K. von der Regierung von Oberfranken wurde mir vorgeworfen, allein der Tatsache des „Gelben Scheins“ (deutscher Staatsangehörigkeitsausweis) geschuldet, eine „Reichsbürgerin“ und einer sogenannten „Reichsbürgerbewegung“ zugehörig zu sein.

Dies hat mich Anfang Januar 2019 zu einem Schreiben an die ausstellende Behörde, an das Einwohnermeldeamt, zuständig hierfür ist die Ausländerbehörde (!) der Stadt Coburg, veranlasst. Ich wollte den sogenannten „Gelben Schein“ wieder zurückgeben bzw. das Stigma „Reichsbürger“ loswerden.

¹¹² Regierungs-Airbus A340 „Konrad Adenauer“; Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (CDU) auf dem Weg zum G20-Gipfel, diepresse.com vom 30.11.2018

elke susanne : gillardon
[96450] Coburg
geistig-sittliches Wesen/Entität/Mensch

PER EINSCHREIBEN RÜCKSCHEIN
Peter Schrickel [Amtsleiter], in persona
Stadt Coburg, Einwohneramt - Ausländerbehörde
Rosengasse 1
96450 Coburg

Coburg, 07.01.2019

Offizielles Schreiben mit öffentlicher Bekanntmachung

Peter Schrickel [Amtsleiter], persönlich und unlimitiert privat haftend
[Aktenzeichen 33-002-Gillardon, ESIA-Registereintrag Nr. 3941815]

Kündigung und Aufhebung der deutschen Staatsangehörigkeit

Sehr geehrter Herr Schrickel,

der Unterzeichnerin wurde von Ihnen am 07. Mai 2015 mittels Staatsangehörigkeitsausweis die deutsche Staatsangehörigkeit (Aktenzeichen 33-002-Gillardon, ESIA-Registereintrag Nr. 3941815) bescheinigt. Kopie anbei.

Aufgrund von Rechtsstauschung und Fälschung seitens der ausstellenden Behörde kündigt und hebt die Unterzeichnerin ihre Zugehörigkeit und Willensbekundung zur deutschen Staatsangehörigkeit mit sofortiger Wirkung auf. Begründung: In 2015 hat die Unterzeichnerin die Zugehörigkeit nach § 4 Abs. 1 RUSIAG (1913) zum Bundesstaat Großherzogtum Baden nachgewiesen und beantragt. Nach eingehenden Recherchen wurde der Unterzeichnerin nun bekannt, dass die Staatsangehörigkeit des durch die Bundesrepublik Deutschland ausgestellten Staatsangehörigkeitsausweises (Gelber Schein) die Staatsangehörigkeit des nationalsozialistischen Deutschlands (Nazi-Staatsangehörigkeit) bescheinigt wurde. Die Unterzeichnerin distanziert sich ausdrücklich von dieser Staatsangehörigkeit!

Die Korrektur der hinterlegten Eintragungen (im Melderegister und im Bundesregister) sowie die Löschung und Führung der Unterzeichnerin als Inlanddeutsche, hat unverzüglich zu erfolgen und ist der Unterzeichnerin binnen 21 Tagen schriftlich zu bestätigen. Das Originaldokument (Gelber Schein) verbleibt zur Beweissicherung bei der Unterzeichnerin.

Mit der Speicherung ihrer persönlichen und personenbezogenen Daten ist die Unterzeichnerin nicht einverstanden.

Hochachtungsvoll

Kenntnisnahme des Erfüllungsgehilfen ist Kenntnisnahme des Prinzipals
Kenntnisnahme des Prinzipals ist Kenntnisnahme des Erfüllungsgehilfen
Alle Rechte vorbehalten

Das Definitionsrecht obliegt ausschließlich dem Verfasser

by Elke Susanne : gillardon A.R.
elke susanne : gillardon

Autograph ohne Privatsignatur und ohne Stempel im Sinne UCC Doc #3 308 und UCC Doc #3 309 und UCC Doc #3300043123, als Fälschung und Grundbesitznahme
All rights reserved gemäß deutschem Recht im Bundesgesetz 77 33 1918 (1918) über Rechte vorbehalten - nicht Adressen - nicht Namen - nicht andere Person - nicht Wohnort - ohne (BILD) -
nicht Militär - derzeit Privatsignatur - kein schwebender Agent - Inhaber des Titels und Begründung der Geburtsurkunde - Sicherheitsnehmer und Kreditur - autorisierter Repäsentant - offizielles Stempel - nicht
lauter gemäß Art. 102 - Kreditur der CROD - außerordentliches Stempel - auf Internationalen im Handelsrecht - auf Anweisung (Stempel) Law 1917/1918 - selbständige - ohne Privatsignatur -
sonstige - kein Stempel der Jurisdiktion - nicht Stempel - öffentliche Bekanntmachung über UCC - 1 - Finanzierung Statement - Holder in due Course (18 Code of Federal Regulations Part 432)

Seite 1 von 1

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



Staatsangehörigkeitsausweis

Vorname(n), Familienname, Geburtsname

Elke Susanne Gillardon J.

geboren am

08.06.1970

in Karlsruhe

Wohnort

Coburg -/-

ist deutsche(r) Staatsangehörige(r).

Dieser Ausweis gilt bis zum

entfällt

Ort, Datum

Coburg, 07. Mai 2015

Stadt Coburg

Im Auftrag


Schrickel

Verwaltungsamtman



Art.-Nr. 10 005

Bundesdruckerei

 Bundesverwaltungsamt

ESTa Register


Registereintrag Nr. 3941815

Personale	
Nachname	Gillardon
Vorname	Elke Susanne
Geburtsdatum	08.06.1970
Geschlecht	weiblich
Geburtsort	Karlsruhe
Geburtsstaat	Deutschland
Geburtsname	
Frühere Nachnamen	
Frühere Vornamen	
Weitere Namen	
Ordensname	
Künstlername	
Optionspflichtiger	Nein
Eingestellt am	14.09.2015 08:21
Eingestellt durch	619300 Einb8 STV Coburg
Eingestellt für	
Letzte Aktualisierung am	14.09.2015 08:21
Letzte Aktualisierung durch	619300 Einb8 STV Coburg
Letzte Aktualisierung für	

Sachverhalt	
Entscheidung	Feststellung positive Entscheidung
Datum der Entscheidung	07.05.2015
Form der Entscheidung	Staatsangehörigkeitsausweis
Wirksam geworden am	07.05.2015
Gültig bis	
Deutsche Staatsangehörigkeit erworben am	
Erworben durch	Geburt (Abstammung), § 4 Abs.1 (Ru)StAG
Anschrift	
Anschrift Staat	96450 Coburg
Aktenzeichen	Deutschland
Altes Aktenzeichen	33-002-Gillardon
Alte Behördenbezeichnung	
Eingestellt am	14.09.2015 08:21
Eingestellt durch	619300 Einb8 STV Coburg
Eingestellt für	
Letzte Aktualisierung am	14.09.2015 08:21
Letzte Aktualisierung durch	619300 Einb8 STV Coburg
Letzte Aktualisierung für	

Folgende Antwort fand ich am 01.02.2019 im Briefkasten:

Stadt Coburg
Einwohneramt



Stadt Coburg Amt 33 PF 30 42 od. 30 52 96419 Coburg

Ansprechpartner:
Herr Schrickel

Telefon: **09561 89-1330**
Telefax: **09561 89-1369**
einwohneramt@coburg.de

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom: 07.01.2019
Unser Zeichen: 33-002
Unsere Nachricht vom:
Datum: 28.01.2019

Frau
Elke Gillardon
[REDACTED]
96450 Coburg

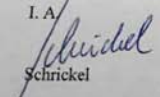
Kündigung und Aufhebung der deutschen Staatsangehörigkeit

Sehr geehrte Frau Gillardon,

wir kommen auf Ihr Schreiben vom 07.01.2019 zurück. Die geltende Rechtslage stellt sich wie folgt dar:

1. Der von Ihnen als "Gelber Schein" bezeichnete Staatsangehörigkeitsausweis ist das offizielle Dokument zur Bescheinigung des Besitzes der deutschen Staatsangehörigkeit.
2. Ihre Auffassung, damit würde eine "Nazi-Staatsangehörigkeit" bescheinigt, geht fehl.
3. Es gibt kein Bundesland "Großherzogtum Baden", mithin besitzen Sie auch keine Staatsangehörigkeit eines (nicht existierenden) Bundeslandes "Großherzogtum Baden".
4. Sie können sich nicht von sich aus einseitig vom Innehaben der deutschen Staatsangehörigkeit lossagen oder distanzieren, weshalb Sie weiterhin – und folglich zu Recht – im Besitz des Staatsangehörigkeitsausweises sind. Eine Berichtigung der Daten der Meldebehörde oder des ESTa-Registers ist nicht veranlasst.

Wir bitten, von weiteren Zusendungen in dieser Angelegenheit abzusehen.

Mit freundlichen Grüßen
I. A.

Schrickel

Stadt Coburg
Rosenstraße 1
96450 Coburg
1. OG, Zitr. 309
www.coburg.de

Wir sind für Sie da
Mo, Di, Do 08:30-15:30 Uhr
Mi, Fr 08:30-12:00 Uhr

Bankverbindungen
Sparkasse Coburg-Lichtenfels
IBAN: DE53783500000002015114
BIC: SPKOF333
HypoVereinsbank
IBAN: DE53783200760001439200
BIC: HYVDE333

VR-Bank Coburg eG
IBAN: DE53783500000000890782
BIC: GENODEF333
Postbank Nürnberg
IBAN: DE53783200760001439200
BIC: PNBKDE33

Dieses Schreiben zeugt von extremer Unkenntnis der Verwaltungsbehörden über die tatsächliche Rechtslage! Diese ergibt sich zum einen aus dem Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG), Ausfertigungsdatum 22. Juli 1913 der in BGBl. III 102-1 veröffentlichten bereinigten Fassung das zuletzt durch Art. 3 des Gesetzes vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2218) geändert worden ist, zum anderen aus dessen abweichendem Wortlaut vom original Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG), identisches Ausfertigungsdatum, das neben vielen anderen Änderungen der Verordnung vom 4.2.1934 geschuldet ist, in der die Begrifflichkeit der deutschen Staatsangehörigkeit begründet wurde und die Bundesstaatsangehörigkeit diktatorisch abgeschafft wurde. Allerdings lässt Art. 116 Abs. 2 Grundgesetz (GG) für die Bundesrepublik Deutschland jedem Deutschen die Möglichkeit, die seiner Vorfahren entzogenen Bundesstaatsangehörigkeit wieder zu erlangen, wenn er eine entsprechende Willenserklärung abgibt.

Was ist die Wahrheit?

Wer kennt die Wahrheit? Wessen Wahrheit ist wahr? Werden in meinem Fall vielleicht die Tatsachen verdreht, gültige Gesetze und die aktuelle Rechtslage einfach ignoriert und willentlich oder unwissentlich missachtet? Sind es etwa die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Fluggesellschaft „Deutschland“ die gelten und wenn ja, wer hat diese erstellt und wo finde ich diese?

Bin ich aufgrund meiner Willenserklärung, meiner bewusst getroffenen Entscheidung, fußend auf gültigen Gesetzen, deshalb zu einer Hexe mutiert worden, die man medial als „Reichsbürgerin“ verfolgt? Und wer ist hier eigentlich der/die „Reichsbürger/in“?

Immer noch kann ich nicht erklären, was gewisse Menschen, Medien und Propagandaschaffende glauben unter einem „Reichsbürger“ zu verstehen. Laut meiner „selbsternannten Richter“ und den „Systemmedien“ ist ein „Reichsbürger“ wohl derjenige, welcher die „Bundesrepublik Deutschland“ als Staat ablehnt, die geltenden

Gesetze der „Bundesrepublik Deutschland“ nicht anerkennt, „Bundesrepublikanische Ämter/Behörden“ (da alles Firmen ohne hoheitliche Befugnisse) nicht akzeptiert, Dokumente nicht anerkennt (da Fälschungen und gegen die eigenen Gesetze der Bundesrepublik Deutschland verstoßen).

Wie kann dies sein?

Was ist denn wirklich die Wahrheit?

Kann es sein, dass wer andere als „Reichsbürger“ bezeichnet oftmals – und das in absoluter Unkenntnis – selber einer ist? Wie kann es sein, dass die Verwaltung der Bundesrepublik Deutschland sich nicht an ihre eigenen Gesetze hält, und dass diese BRD-Verwaltung aktuell knapp achtzig verbotene Gesetze aus dem Nationalsozialismus weiterhin anwendet? Nur als Beispiel: Das Einkommensteuer-Gesetz (EStG) ist aus dem Jahr 1934, das Gewerbesteuer-Gesetz (GewStG) aus dem Jahr 1936. Alle Gesetze aus der Zeit des Nationalsozialismus sind verboten! Dies wurde durch das Tillessen-Urteil¹¹³ bestätigt und durch das Alliierte Kontrollratsgesetz¹¹⁴ Nr. 1, Artikel III ist die Anwendung der Gesetze aus dem Nationalsozialismus illegal. Auch das Gesetz vom 30.09.1935, in dem der Reichsbürger¹¹⁵ definiert ist, ist also verboten!

Wer also hat einen Nutzen von solchen „Behauptungen“? Und wer ist in logischer Konsequenz jetzt der „Reichsbürger“? Der Mensch, der sich weigert die verbotenen Gesetze anzuwenden? Oder ist die BRD-Verwaltung selbst der Reichsbürger, welcher sich selbst auf Nationalsozialistisches Recht beruft und stützt?

Wer ist Ross? Wer ist der Reiter?

¹¹³ Urteil des Tribunal Général in der Strafsache gegen Tillessen vom 06. Januar 1947

¹¹⁴ Kontrollratsgesetz Nr. 1 vom 18.09.1944 durch General Dwight D. Eisenhower

¹¹⁵ Reichsbürger ist, wer im Besitz des Reichsbürgerbriefes ist und seine Treue und Verbundenheit zu Adolf Hitler bekundet hat

Eine Dienstanweisung zur Meldung von und der Verfahrensweise mit „Reichsbürgern“ ist mir in die Hände gefallen. Lesen Sie selbst und machen Sie sich Ihre eigenen „Erkenntnisse“ - in Verbindung zu meinem Fall und den von mir zusammen getragenen Informationen und Quellen:

Diese Anweisung ist ab in Kraft. Wir sollten das Schreiben ausarbeiten, um die Argumente zu widerlegen!

Landratsamt

Dienstanweisung zur Meldung von „Reichsbürgern“ beim Landratsamt

1. Allgemeines

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sind Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen, unter anderem unter Berufung auf das historische deutsche Reich, auf verschwörungstheoretische Argumentationsmuster und/oder auf ein selbst definiertes Naturrecht die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen. Sie sprechen den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation ab oder definieren sich gar in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend und sind deshalb bereit, Verstöße gegen die Rechtsordnung zu begehen. Zum Teil verfolgen sie jedoch auch extremistische und staatsfeindliche Ziele. Das Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet aus diesem Grund die „Reichsbürger-Szene“ und die Behörden sind gehalten, Beobachtungen und Erkenntnisse an das LfV zu melden.

Es handelt sich sowohl um Einzelpersonen wie auch Gruppierungen von Personen mit sehr heterogenen Ansichten, die sich nur schwer unter bestimmte Begriffe fassen lassen. Wenn in dieser Dienstanweisung der Begriff „Reichsbürger“ oder „Selbstverwalter“ genannt wird, dient dies der Vereinfachung und stellt keine inhaltliche Einschränkung dar.

Indikatoren für die Angehörigkeit zum Selbstverwalter- oder Reichsbürgermilieu sind

- Eigenbezeichnung als „natürliche Person nach BGB“, „besetzter Mensch“, „das lebende Welt“, „aus dem Hause“, „aus der Familie“, „vom Stamm“ etc.
- Abgabe einer „Personenstandserklärung“
- Eigenbezeichnung als „Germaniten“, „Edelregierung“, „Republik Freies Deutschland“ etc.
- Bezeichnung der Bundesrepublik als „BRD-GmbH“, von Behörden und Gerichten als „Firma“, von Polizeibehörden als „Wortmarke“ etc.
- Benägen fehlender Unterschrift bei behördlichen und gerichtlichen Schreiben
- Verlangen nach einer „amtlichen Legitimation“
- Behauptung des Wiegfalls oder der Aufhebung geltender Gesetze durch Bundesrechtsbereinigungsgesetze oder Aufhebung von Einführungsgesetzen
- Behauptung des Entstehens von Schadensersatzansprüchen oder Vertragsstrafen durch „Stillschweigen“

Seite 1 von 2

a

Dienstanweisung zur Meldung von Reichsbürgern

Seite 1 von 2

Dienstanweisung zur Meldung von Reichsbürgern

2. Meldung an Sachgebietsleitung

Zeigt eine Person Anzeichen der Zugehörigkeit zum Reichsbürgermilieu, müssen der Vorgang dokumentiert und die zuständige Sachgebietsleitung in Kenntnis gesetzt werden. Dies gilt sowohl bei erstmaliger wie auch bei wiederholter Auffälligkeit der Person.

3. Weiterleitung an Zentrales Justizariat

Erscheint der Verdacht nicht völlig unbegründet, ist der Vorgang durch die Sachgebietsleitung dem Zentralen Justizariat (Amt 4.1) in elektronischer Form zur Kenntnis zu geben. Der in Anlage zu dieser Dienstanweisung beigefügte Meldebogen des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) ist hierzu stichpunktartig auszufüllen. Die jeweilige Amtsleitung wird über die Meldung in Kenntnis gesetzt.

4. Prüfung, Sammlung und Meldung an LfV

Das Zentrale Justizariat sammelt die Informationen und gleicht sie mit bereits vorhandenen Daten ab. Wird eine Person zum ersten Mal auffällig oder radikalisiert sich eine Person zusehends, erfolgt ein Abgleich mit Informationen des Sachgebiets für öffentliche Ordnung, um weitere Erkenntnisse über potentielle Gefährdungen zu erhalten. Das Zentrale Justizariat entscheidet eigenständig, ob eine Information an weitere Ämter zu erfolgen hat.

Das Zentrale Justizariat prüft die Erforderlichkeit einer Meldung an das LfV sowie das Vorliegen einer Straftat. Meldungen an das LfV werden ausschließlich durch das Zentrale Justizariat vorgenommen. Die an das Zentrale Justizariat meldende Sachgebietsleitung wird hierüber in Kenntnis gesetzt.

5. Austausch zwischen den Ämtern und Sachgebieten

Das Zentrale Justizariat organisiert ein regelmäßiges Treffen zum Erfahrungs- und Informationsaustausch zwischen den betroffenen Ämtern und Sachgebieten. Die Häufigkeit der Treffen richtet sich nach dem Bedarf, jedoch mindestens einmal jährlich.

6. Geltungsbereich/ In Kraft treten

Diese Dienstanweisung tritt zum 15. März 2018 in Kraft und gilt für die gesamte Landesverwaltung.

den 15. März 2018

Seite 2 von 2

An das
Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg

Mitteilung „Reichsbürgerbewegung und Selbstverwalter“

Absendende Behörde	Ort, Datum

Ansprechpartner (für Rückfragen bitte Kontaktdaten angeben)	
Name	
Funktion	
E-Mail	
Telefon	

Personendaten (soweit bekannt; bei mehreren Personen bitte Seite 2 ausfüllen)	
Name	
Vorname	
Geb.-Datum	
Geb.-Ort	
Familienstand	
Beruf	
Wohnort	

Kurze Sachverhaltschilderung (v. a. Grund für die Einstufung der Person als „Reichsbürger“ oder „Selbstverwalter“ sowie evtl. Zugehörigkeit zu Gruppierungen)

Aktenzeichen des Vorgangs

Sonstige sicherheitsrelevante Hinweise (z. B. aggressives Verhalten, Waffenbesitz, Kampfhunde)

Hinweis: Versand per E-Mail (hinweis-reichsbuerger@lfbvw.bwl.de) oder Post (LFB BW, Hinweis Reichsbürger, Postfach 50 07 00, 70337 Stuttgart). Bitte sehen Sie von einer Zusendung per Fax ab.

Schickt mir das Raumschiff „Enterprise“ und bitte: „Beam me up, Scotty!“¹¹⁶ Bin ich im falschen Film gelandet? Oder habe ich verschlafen und bin versehentlich in einer Parallelwelt aufgewacht, das einem Staatssicherheitslabor gleicht, und dessen ehemaliges Herrschaftsgebiet rein zufällig die Region Coburg von drei Seiten umschließt?

Was wird befürchtet? Wovor besteht die Angst? Vor einer „Alien-Frau“? Auf jeden Fall muss es, für das Ausmaß des behördlich betriebenen Aufwands, etwas ganz Großes sein.

Und vielleicht wäre es ja jetzt doch einmal nötig, wenn wir denn die Möglichkeit hätten, Hilfe von innerhalb oder außerhalb unseres Planeten zu holen, um wieder Ordnung in das Chaos zu bringen? Denn, ein wenig komme ich mir wie Truman Burbanks in der „Truman-Show“¹¹⁷ vor...

Es ist Mitte März 2019...

Was hat es nun mit meinem Stigma „Reichsbürger“ auf sich? Kann bzw. wird meine „Akte“ damit geschlossen werden und kann meine Mannschaft die Stiftungsarbeit wieder aufnehmen? Oder geht das Verfassungsschützer-Theaterstück auf diesem Spielfeld munter weiter?

Die Mutmaßungen bleiben. Die Behauptungen bleiben. Das Stigma bleibt. Vermutungen und Indizien stehen. Dies allein genügt, einen Menschen komplett zu ruinieren, Gutes auf einen Schlag in Frage zu stellen und bürgerschaftliches Engagement zu diskreditieren.

Der größtmögliche Schaden ist angerichtet.

¹¹⁶ Ein geflügeltes Wort aus der US-amerikanischen Science-Fiction-Serie Raumschiff Enterprise aus den 1960er Jahren

¹¹⁷ Die Truman Show, US-amerikanischer Spielfilm des Regisseurs Peter Weir aus dem Jahr 1998 mit Jim Carrey in der Hauptrolle – wikipedia.org

Eine Erkenntnis bleibt: Das Verhalten vieler, sich in meinem Umfeld tummelnden Persönlichkeiten und der sich „sonnenden“ Nutznießern und Trittbrettfahrern, ist dem Wesen einer Fahne gleichzusetzen. Je nachdem aus welcher Richtung der Wind kommt, dreht sich diese. Schlagartig!

Ich setze meine Segel mit dem Wind!

Und ich bin mir sicher, dass sich so manche meiner „selbsternannten Richter“ meine Situation, und den mir zugefügten Makel, diebisch bejubeln und sich dabei vor lauter Schadenfreude sehr genüsslich „sonst wo kraulen.“ Ich werde sie ermuntern weiterzumachen, denn jetzt sieht ihnen die Welt dabei zu!

Jeder trägt seinen Teil dazu bei, dass es ist, wie es ist – durch Tun oder Lassen, aktiv wie passiv.

Wunden heilen. Seelische Narben bleiben. Zeit verstreicht.
Die Wahrheit kommt. Die Wahrheit ist. Die Wahrheit bleibt.
Nichts als die Wahrheit. Immer.

Und das Vertrauen?

Ein alter Indianer sitzt mit seinem Sohn am Lagerfeuer und spricht:
„Mein Sohn, in jedem von uns tobt ein Kampf zwischen 2 Wölfen. Der eine Wolf ist böse. Er kämpft mit Neid, Eifersucht, Gier, Arroganz, Selbstmitleid, Lügen, Überheblichkeit, Egoismus und Missgunst. Der andere Wolf ist gut. Er kämpft mit Liebe, Freude, Frieden, Hoffnung, Gelassenheit, Güte, Mitgefühl, Großzügigkeit, Dankbarkeit, Vertrauen und Wahrheit.“

Der Sohn fragt: *„Und welcher der beiden Wölfe gewinnt?“*

Der alte Indianer schweigt eine Weile.

Dann sagt er: *„Der, den du fütterst.“*

Fortsetzung folgt...!?

ACHT

EPILOG

Bumerang

Ab sofort verwende ich zur Klarstellung nur noch den Begriff „Reichebürger“. Und sollte es eine Bewegung geben, die man als Reiche-Bürger-Bewegung bezeichnen könnte, bin ich dabei!

Reichebürger sind mit gesundem Menschenverstand gesegnet, reich an Beobachtungsgabe und hellen Sinnen. Reichebürger besitzen eine aufgeweckte Neugier, beschreiten zielstrebig den Weg der Wahrheit und nehmen sich mutig ihres Lebens an. Aufrecht, friedvoll und klar. Sie lernen. Sie fallen hin. Sie stehen wieder auf. Sie gehen weiter. Sie stehen auf Land und sind allzeit „Herr“ ihrer Lage. Sie sind geduldig mit der Materie. Sie vertrauen auf das Wiedererwachen der göttlich-rechtlichen Ordnung. Sie setzen sich für Gesundheit, Frieden, Freiheit und Wohlstand ein. Sie leben eine kooperative Beziehungs- und Beteiligungskultur. Sie begegnen jedem auf Augenhöhe. Willensstark tragen sie Verantwortung. In sich ruhend. Authentisch. Ganz mit sich im Reinen sind sie es: Souveräne.

Menschen.

„Nur wer gegen den Strom schwimmt, der gelangt zur Quelle.
Denn, nur tote Fische schwimmen mit dem Strom.“¹¹⁸

¹¹⁸ Heiko Schrang, schrangTV, www.heikoschrang.de

NEUN
DOKUMENTATION

www.elke-gillardon.de

ZEHN

DANKSAGUNG

An diese Stelle sage ich allen Menschen, die ich im Laufe meines Lebens und Wirkens begleiten durfte, all jenen, die mich auf meinem Weg begleitet haben und all denen, die weiter ein Stück des Weges mit mir gehen: Danke!

Allen Projektpartnern, Unterstützern, Helfern, Akteuren, Teilnehmern, Schülern, Referenten, Botschaftern und Beteiligten der Stiftung Lebenspfad und des Vereins Lebenspfad e.V. möchte ich meinen tiefen Respekt aussprechen und bedanke mich für ihren Rückhalt, ihr Engagement, ihre Treue und Verbundenheit, ihre Unterstützung und ihr großes Vertrauen.

Besonders verbunden bin ich mit und überaus dankbar für mein kleines Krisenteam. Sie haben in dieser für mich sehr schwierigen Zeit aufopferungsvoll, unvoreingenommen und reflektiert ihre Expertise, Unterstützung und Hilfe eingebracht. Oftmals haben sie mich in ihrer sachlich nüchternen, aber liebevollen Art wieder eingefangen, wenn bei mir aufgrund von eingegangenen Mitteilungen die Schockstarre einsetzte oder zahlreiche Emotionen hoch gekocht sind oder ich mich mal wieder im „Aktiven-Krisen-Problemlösungs-Hochgeschwindigkeits-Renn-Modus“ befunden haben. Trotz des ganzen Dramas, der fern gezündeten und auf uns zu rollenden Lawine, haben wir uns unseren Humor bewahrt. Danke, Wera, Sandra, Martina, Franziska, Christine und Martin für eure Hilfe. Danke, dass ihr für mich da seid, mir Beistand leistet und geleistet habt.

Ein besonderer Dank an Hans für das Teilen seines Fachwissens, seiner Expertise und vor allem für seine Engelsgeduld.

Und zu guter Letzt...eine Empfehlung an eventuelle „Nachahmer“:
Handelt wohl überlegt und mit Bedacht! Seid euch der
„Konsequenzen“ bewusst! Bleibt ganz bei euch selbst – in jedem
Moment. Stets mit beiden Beinen auf dem Boden, dem Herzen am
rechten Fleck und habt euren Verstand bei euch.

Lebt im Hier und Jetzt!

Durch diese „Hexenjagd“ und ganze (Schreib-)„Aktion“ fühle mich –
so seltsam es klingt - in meinem Leben endlich angekommen und im
Herzen echt und frei.

ELF

ANHANG

Der Business-Führerschein

Das Intensiv-Seminar für den optimalen Berufseinstieg



Arbeitswelt – wie funktioniert sie?

Beruf & Karriere – wie starte ich durch?

Motivation: entscheidend.
Noten: zweitrangig!

Weil **KARRIERE** nur hier unterrichtet wird ...

➔ Bewerben ➔ Dabei sein ➔ Zertifikat bekommen: www.karriere-wege.de

Ich pack's an

Wie nach der Schule durchstarten?
In diesen Seminaren lernst du es.



Sicherheit durch Selbstbewusstsein
Warum dich das richtige Maß schnell weiterbringt?

Smart auftreten
Wo dein Verhalten über Hopp oder Top entscheidet?

Eigene Ziele setzen
Was und wohin will ich?

Mit deinem Schulabschluss erfolgreich?
Und ob das möglich ist!

➔ Deine Meinung sagen ➔ Spaß haben ➔ Zertifikat bekommen: www.karriere-wege.de



Programm-Info

Information zum »Der Business-Führerschein«

Das heutige Wirtschafts- und Arbeitsleben stellt mannigfaltige Anforderungen an seine Teilnehmer und ganz besonders an die zukünftigen Schulabgänger. In der Berufsorientierungsphase von Schülern müssen mehrere Faktoren ineinander greifen. »Der Business-Führerschein« fördert die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen und gibt ihnen Hilfestellung bei ihrer persönlichen Berufswahl und Zukunftsorientierung.

Der Übergang vom Schülertag in ein selbständiges Berufs- und Arbeitsleben und die dazu notwendigen Schlüsselkompetenzen müssen gelernt und geübt werden. Neben fundiertem Wissen und handfesten praktischen Erfahrungen sind zwischenmenschliche Qualitäten, Sozialkompetenz, Teamfähigkeit, Eigenverantwortung, Engagement, Persönlichkeit, Werte sowie gesund erhaltende Verhaltensweisen gefragt. Selbstvertrauen, Achtung, Empathie und Sympathie, ein respektvoller Umgang und eine positive Einstellung und Grundhaltung sind der Antrieb und bilden ein stabiles Fundament für die Motivation und den Erfolg im Leben. Das Schülercoaching vermittelt Kompetenzen und Fähigkeiten für einen optimalen Berufsstart und bereitet auf die Anforderungen, die Unternehmen heutzutage an ihre Mitarbeiter stellen, gut vor.

Gerade in der Phase des Übergangs von Schule in den Beruf drängt sich Eltern wie Schülern auch die Frage ins Bewusstsein „Schule fertig - und dann?“. Eine gute Vorbereitung finden die Schüler mit dem »Business-Führerschein«. Neben der beruflichen Orientierung, was liegt mir, was macht mir Spaß, wo möchte ich hin, werden die eigenen Stärken entwickelt sowie alltagsspezifische Themen und Zusammenhänge konkret erklärt. Sei es der Umgang mit Geld und Zeit, Steuer und Sozialversicherung oder einfach nur „Krawatte binden“, richtig gekleidet zum Vorstellungsgespräch erscheinen und wirkungsvoll auftreten. Ich weiß, was ich später machen möchte und weiß auch wie ich es erreichen kann.

»Der Business-Führerschein« ist ein **Spezialprogramm** für außergewöhnlich motivierte Jugendliche der 9./10. Jahrgangsstufe Gymnasium oder der 9./10. Jahrgangsstufe Realschule oder der 11./12. Jahrgangsstufe FOS. Um ein hohes Niveau sicherzustellen, müssen sich die Interessenten für eine Teilnahme bewerben. In mind. 9 Unterrichtseinheiten, die sich über max. 1 ½ Jahre erstrecken, machen sich max. 16 Schüler pro Kurs mit den **Schlüsselkompetenzen der Arbeits- bzw. Wirtschaftswelt** vertraut. Themen sind u. a. soziale Kompetenzen (Teamwork, Kommunikation, ethisches Miteinander, Medienkompetenz), ein souveräner Auftritt (Selbstdarstellung, Business-Knigge, Debating), Grundlagen unternehmerischen Handelns (richtig Wirtschaften, Projektmanagement, Design und Innovation, Nachhaltigkeit) und Selbstfürsorglichkeit (Gesunde Lebensführung, Motivation). Die Teilnehmer lernen Unternehmer kennen, die aus der Praxis plaudern und erleben im Modul „Schüler als Bosse“ auch einen Tag als Führungskraft. Die Teilnahme wird mit einem Zertifikat bescheinigt. Ziel ist es, potentielle Leistungsträger von morgen zu fördern, ihre Motivation ernst zu nehmen sowie zu unterstützen, dass sie eine Karriere starten wollen.

- Zielgruppe: extrem motivierte Schüler
- Schultypen: Gymnasium, Realschule, FOS
- Dauer: 9 bis 13 Nachmittage + 1 Tagesseminar, verteilt auf ein bis 1 ½ Schuljahre
- Ort: Schule, Bildungseinrichtung
- Integration von Unternehmen: ja



Programm-Info

Mittelschüler Spezial „Ich pack's an“

Besser als ihr Ruf!

Wer die Mittelschule besucht, hat es heutzutage schwer, überhaupt einen Ausbildungsplatz zu finden. Weil abstraktes Lernen nicht ihr Ding ist, gesteht die Gesellschaft diesen Jugendlichen nicht zu, sich einen Beruf auszusuchen, der ihren realen Potenzialen entspricht. Für sie ist vorgesehen, was übrigbleibt. Dabei entpuppen sich viele Mittelschüler in der Lehre und später im Berufsleben als echte Überflieger. Aus Sicht der Stiftung Lebenspfad finden Absolventen dieses Schultyps auch deshalb kaum Anerkennung, weil es ihnen besonders schwerfällt, ihre persönlichen Stärken zu erkennen und ihre Lust auf Leistung konstruktiv, adäquat und verständlich zu kommunizieren. Häufig scheitern ihre beruflichen Träume und Bewerbungen daran, dass sie nicht wissen, wie man sich einem Unternehmen präsentieren und sich gegenüber Ausbildungsleitern und Personalverantwortlichen verhalten soll. „Ich pack's an“ ist ein Seminar, dass die Teilnehmer für Themen wie selbstsicheres Auftreten und Business-Knigge sensibilisiert und sie für die Soft Skills der Arbeitswelt begeistert.

Das Programm „Ich pack's an“ beweist der Welt, dass Mittelschüler in vielen Berufen die wahren Checker sind! In den Seminaren wird gelernt, wie man vorgehen muss, um einen Ausbildungsbetrieb von sich zu überzeugen. Zwei Dinge sind dabei am wichtigsten. Zum einen, dass die ganz eigenen Talente und Stärken erkannt sind. Zum anderen, dass man sich gut darstellen kann.

In „Ich pack's an“ dreht sich alles um Tricks und Kniffe, die Mittelschüler erfolgreicher machen. Bei der Berufswahl und der Bewerbung. Und später im Arbeitsleben. Sie helfen Mittelschülern, dass sie sich noch klarer darüber werden, was für einen das Richtige ist - und natürlich auch, dass der Plan fürs Berufsleben aufgeht. Deshalb gibt es an den drei Seminar-Einheiten eine etwas andere Art von Unterricht. Im Mittelpunkt stehen nicht Lernstoff und Wissen - sondern die Persönlichkeit. Denn nur jeder selbst hat es in der Hand, seine Zukunft zu gestalten.

- Zielgruppe: Schüler der 8. Jahrgangsstufe (Regelklassen)
- Schultypen: speziell für die Mittelschule
- Dauer: bis zu 5 Nachmittage
- Ort: Schule
- Integration von Unternehmen: ja
- Integration von Fach-/Hochschulen: nein
- Partner/Auftraggeber: Schulen, Einrichtungen der Jugend-/Bildungsförderung, Institutionen der Wirtschaft



DPMRegister

Trefferlisteneintrag 1 / 1, Registerauskunft

Registernummer: 2059441

Marke eingetragen

Stand am: 21.03.2019

[Zurück zur Einstiegsrecherche](#) [Zurück zur Trefferliste](#)

Stammdaten Details schließen			
INID	Kriterium	Feld	Inhalt
	Datenbestand	DB	DE
111	Registernummer	RN	2059441
210	Altes Aktenzeichen	AKZ	Z11129
540	Marken Darstellung	MD	ZOLL
550	Markenform	MF	Wortmarke
551	Markenklasse	HK	Individuelle Marke
220	Anmeldetag	AT	03.09.1992
442	Tag der Bekanntmachung	BT	31.07.1993
151	Tag der Eintragung im Register	ET	10.03.1994
156	Verlängerung der Schutzdauer	VBD	01.10.2012
730	Inhaber	INH	Zoll Medical Corp., Burlington Mass., US
740	Vertreter	VTR	Fah & Richardson P.C., 80807 München, DE
750	Zustellanschrift	ZAN	Fah & Richardson P.C. Highlight Business Towers, Messen-von-der-Roth-Straße 8, 80807 München
511	Klasse(n) Nizza	KL	10
320	Unionspriorität	PRD	Prioritätsdatum: 11.03.1992
330		PRC	Aktenzeichen der ausländischen Anmeldung: 74/254,463
510		PRWDV	Staat: US WDVZ: Defibrillatoren, externe Schrittmacher, kombinierte Defibrillator-Schrittmacher-Geräte sowie Elektroden hierfür
	Aktenzustand	AST	Marke eingetragen
180	Schutzenddatum	VED	10.09.2022
450	Tag der Veröffentlichung	VT	10.04.1994
510	Waren- / Dienstleistungsverzeichnis	WDV	Klasse(n) Nizza 10: Defibrillatoren, externe Schrittmacher, kombinierte Defibrillator-Schrittmacher-Geräte sowie Elektroden hierfür; Ärztliche Instrumente und Apparate, insbesondere elektro-medizinische Geräte
	Tag der ersten Übernahme in DPMRegister	EREGT	21.10.2012
	Tag der (letzten) Aktualisierung in DPMRegister	REGT	21.10.2012 (alle Aktualisierungstage einblenden)

Position	Verfahrensart	Verfahrensstand	EDV-Erfassungstag	Veröffentlicht im Markenblatt vom	Alle Details anzeigen
1	Anmeldeverfahren	Marke eingetragen	10.03.1994		Detail anzeigen



DPMRegister

Trefferlisteneintrag 1 / 1, Registerauskunft

Registernummer: 30243782

Marke eingetragen

Stand am: 21.03.2019

[Zurück zur Einstiegsrecherche](#) [Zurück zur Trefferliste](#)

Stammdaten Details schließen			
INID	Kriterium	Feld	Inhalt
	Datenbestand	DB	DE
111	Registernummer	RN	30243782
210	Aktenzeichen	AKZ	302437827
540	Markendarstellung	MD	POLIZEI
550	Markenform	MF	Wortmarke
551	Markenklasse	HK	Individuelle Marke
220	Anmeldetag	AT	04.09.2002
151	Tag der Eintragung im Register	ET	01.08.2006
156	Verlängerung der Schutzdauer	VBD	01.10.2012
730	Inhaber	INH	Freistaat Bayern, vertreten durch den Staatsminister des Innern, 80539 München, DE
740	Vertreter	VTR	BOEHMERT & BOEHMERT Anwaltskanzlei mbB - Patentanwälte Rechtsanwälte, 28209 Bremen, DE
750	Zustellanschrift	ZAN	BOEHMERT & BOEHMERT Anwaltskanzlei mbB - Patentanwälte Rechtsanwälte, Holtenauer Str. 22, 28209 Bremen
	Version der Nizza-Klassifikation		NCL8
511	Klasse(n) Nizza	KL	38, 9, 16
	Aktenzustand	AST	Marke eingetragen
180	Schutzenddatum	VED	30.09.2022
450	Tag der Veröffentlichung	VT	01.09.2006
	Beginn Widerspruchsfrist	BWT	01.09.2006
	Ablauf Widerspruchsfrist	EWI	01.12.2006
510	Waren- / Dienstleistungsverzeichnis	WDV	Klasse(n) Nizza 09: Registrierkassen, Rechenmaschinen, Brillen Klasse(n) Nizza 16: Papier, Pappe (Karton) und Waren aus diesen Materialien, soweit in Klasse 16 enthalten; Schreibwaren; Schreibmaschinen und Büroartikel (ausgenommen Möbel) Klasse(n) Nizza 38: Elektronische Geräte
	Tag der ersten Übernahme in DPMAregister	EREGT	21.10.2012
	Tag der (letzten) Aktualisierung in DPMAregister	REGT	02.10.2014 (alle Aktualisierungstage einblenden)

Position	Verfahrensart	Verfahrensstand	EDV-Erfassungstag	Veröffentlicht im Markenblatt vom	Alle Details anzeigen
1	Anmeldeverfahren	Marke eingetragen	01.08.2006	01.09.2006	Detail anzeigen

D&B International	VDA	VCI	Kontakt	Login
-------------------	-----	-----	---------	-------

► Home ► UPIK® Datensatz

UPIK® Datensatz - L

L Name	Bundesagentur für Arbeit
W Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil	Bundesagentur für Sanktionsterror und Mobbing
L D-U-N-S® Nummer	342596275
L Geschäftssitz	Allee der Kosmonauten 29
L Postleitzahl	12681
L Postalische Stadt	Berlin
L Land	Germany
W Länder-Code	276
Postfachnummer	
Postfach Stadt	
L Telefon Nummer	0305555482222
W Fax Nummer	0305555486666
Name Hauptverantwortlicher	
W Tätigkeit (SIC)	9441

Weitere Optionen:

Möchten Sie zurück zur UPIK® Suche?
Bitte auf UPIK® Suche klicken.

Sie möchten kostenlos Ihre Stammdaten ändern?
Sie müssen sich zuvor identifizieren.
Dann bitte hier klicken:

Proof